

# Westpreußen

## *Zur Struktur der Provinz*

### Die Wirtschaft

Westpreußen war 1914 25 542 qkm groß<sup>1</sup> und hatte 1910 1 703 474 Einwohner<sup>2</sup>. Auf den Quadratkilometer kamen damit durchschnittlich 67 Menschen, in den Nachbarprovinzen Pommern dagegen nur 56 und Ostpreußen 55.

Die Mehrzahl der Einwohner lebte auf dem Lande, wobei der Anteil im Südteil höher als im Nordteil war. Im Regierungsbezirk Danzig wohnten von 1 000 Personen 426,16 in den Stadt- und 573,84 in den Landgemeinden, im Regierungsbezirk Marienwerder dagegen 292,14 in Stadt- und 707,86 in Landgemeinden<sup>3</sup>.

In der Provinz gab es 62 Städte, die einzige Großstadt unter ihnen war Danzig mit 170 337 Einwohnern, die zweitgrößte Stadt Elbing besaß 58 636 Bürger und ebenso waren noch Thorn mit 46 227 und Graudenz mit 40 325 zur Klasse der Mittelstädte zu rechnen. Alle anderen waren wesentlich kleiner: Dirschau hatte 16 894, Zoppot 15 015, Marienburg 14 019 und Marienwerder 12 983 Einwohner. Die kleinste Stadt Westpreußens war Landeck mit nur 768 Bewohnern<sup>4</sup>.

Von je 1 000 Erwerbstätigen waren 1907 499 in der Landwirtschaft, dem Forstwesen oder in Gärtnereien tätig, 241 in der Industrie, dem Bergbau und dem Baugewerbe, 92 im Handel und Verkehr, 60 im öffentlichen Dienst oder freien Berufen, 18 waren Lohnarbeiter und 90 Berufslose, Rentner oder Selbständige<sup>5</sup>.

Von der Gesamtfläche der Provinz wurden im Jahre 1900 1 404 446 Hektar als Ackerland, 162 380 als Wiesen, 268 140 als Weiden, Hutungen, Öd- und Unland und 554 648 als Forsten und Holzungen registriert<sup>6</sup>. Der Rest der Fläche entfiel auf durch Bauten genutzte Areale, Hofräume, Wege und Gewässer.

---

<sup>1</sup> Die Provinz Westpreußen in Wort und Bild. Danzig 1914. Hier S. 1.

<sup>2</sup> Statistisches Jahrbuch für den preußischen Staat 1912, S. 8.

<sup>3</sup> ebenda, S. 9.

<sup>4</sup> Westpreußen in Wort und Bild, S. 124—125.

<sup>5</sup> Statistik des Deutschen Reiches Bd. 211, Berlin 1913, S. 37. Nach den Ergebnissen der Berufszählung von 1907.

<sup>6</sup> Statistisches Jahrbuch für den Preußischen Staat 1912, S. 121. Hutungen waren mit Futterkräutern bewachsenes Ödland, auf dem Herden gehütet werden konnten.

In der Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe überwog der klein- und mittelbäuerliche Besitz. Zwergbetriebe bis zu einem halben Hektar Gesamtfläche besaßen 0,56 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche, Parzellenbetriebe von 1/2 bis 2 Hektar 1,82 v. H., kleinbäuerliche Betriebe von 2 bis 5 Hektar Anbaufläche 3,96 v. H., mittelbäuerliche mit 5 bis 20 Hektar Anbaufläche 23,70 v. H., großbäuerliche mit 20 bis 100 Hektar Anbaufläche 33,12 v. H. und Großbetriebe 36,84 v. H. Von der Gesamtfläche der Großbetriebe entfiel ein Areal von 628 407 Hektar, d. h. 29,27 v. H. der gesamte landwirtschaftlichen Fläche, auf Güter über 200 Hektar Umfang. Der Waldbestand war zu 60,6 v. H. der Gesamtfläche in Staatsbesitz, 4,8 v. H. in dem der Gemeinden, 8,2 v. H. in dem der Großgrundbesitzer und 25,4 v. H. in dem von Bauern<sup>7</sup>.

Vor Kriegsausbruch gab es in der Provinz über 500 Molkereien. Fast der gesamte in Berlin verzehrte Schweizer Käse kam aus Westpreußen. Das Ruhrgebiet nahm große Mengen Butter ab<sup>8</sup>.

Die Holzindustrie spielte ebenfalls eine wichtige Rolle. Sie verarbeitete aber neben westpreußischem viel polnisches Holz, das auf der Weichsel gefloßt wurde. Möbelfabriken und die Werften an der Küste waren die wichtigsten Abnehmer.

Die bedeutendsten Industriebetriebe lagen in den Küstenstädten. Die größten waren die Schichauwerften in Elbing und Danzig, die Kaiserliche Werft in Danzig, ferner die dort ebenfalls tätigen Artilleriewerkstätten und die Gewehrfabrik, die Maschinenbau- und Eisengießerei Komnick in Elbing, die sich vor dem Ersten Weltkriege eine Automobilfabrik angliederte und die Firma Herzfeld & Victorius in Graudenz, die größte Eisengießerei des nordostdeutschen Raumes.

In den genannten Städten bestand eine ansehnliche Industriearbeiterschaft, während in den kleinen Städten Tonwaren- und Ziegelfabriken, abgesehen von einigen Zement- und Düngemittelfabriken, neben den bereits erwähnten Sägewerken die einzige Industrie darstellten. Eine Sonderstellung nahmen die Tabak- und Zigarrenfabriken Loeser & Wolff in Elbing, Goldfarb in Pr. Stargard und Simon in Jastrow ein, die neben ihrer Arbeiterschaft, die zu einem erheblichen Teil aus Frauen bestand, zahlreiche Heimarbeiter beschäftigten<sup>9</sup>.

### Nationalitäten und Religionsbekenntnis

Westpreußen war eine gemischtsprachige Provinz. Die zahlenmäßig stärksten Gruppen waren die Deutschen und Polen, neben denen das volkskundlich interessante kaschubische Element stand, Nachkommen der alten Pommeranen mit einer eigenen, dem Polnischen verwandten Sprache. Die stärkste Volksgruppe waren die Deutschen. 1 097 943 Einwohner der Provinz sprachen

<sup>7</sup> Statistisches Jahrbuch für den preußischen Staat 1912, S. 161.

<sup>8</sup> Westpreußen in Wort und Bild, S. 49.

<sup>9</sup> ebenda, S. 53.

deutsch als Muttersprache, also 64,46 v. H., während 475 853 polnisch als Muttersprache angaben, was 27,93 v. H. entspricht. Zweisprachig deutsch-polnisch waren 19 192 oder 1,13 v. H. der Bevölkerung, 1 771 Personen sprachen polnisch neben einer zweiten nichtdeutschen Muttersprache, also 0,10 v. H.

Die Kaschuben fühlten sich als Preußen, der preußische König führte unter seinen Titeln auch den eines Herzogs der Kaschuben. Da es sich bei ihnen um einen großen kräftigen Menschengeschlag handelte, dienten viele bei den Gardetruppen, besonders beliebt waren bei ihnen die „Maikäfer“, die Garde-Füseliere. Kaschubische größere Bauern legten Wert darauf, daß ihre Söhne mit eigenem Reitpferd bei der Kavallerie dienten. Gern gingen sie zu den schwarzen Husaren. Ernsthafte Spannungen hat es zwischen ihnen und der deutschen Bevölkerungsgruppe nicht gegeben<sup>10</sup>. Von den im Jahre 1910 gezählten 108 850 Menschen, die kaschubisch als ihre Muttersprache angaben, wohnten 107 199 in Westpreußen, wo sie 6,29 v. H. der Bevölkerung ausmachten. Weitere 1 794 Personen bezeichneten sich als zweitsprachig kaschubisch-deutsch.

In der Konfessionszugehörigkeit bestand ein leichtes Übergewicht der Katholiken. Die Polen und Kaschuben waren durchweg Katholiken, während sich von den Deutschen rd. 300 000 zu dieser Konfession bekannten. Insgesamt wurden in der Provinz 882 695 Katholiken gezählt, was einer Prozentzahl von 51,82 der Bevölkerung entsprach. Zur evangelischen Konfession bekannten sich 789 081 Westpreußen, also 46,32 v. H., anderen christlichen Bekenntnissen gehörten 16 899 Personen an, also 0,99 v. H. der Wohnbevölkerung. Hierunter wurden z. B. Mennoniten gezählt. In der Provinz lebten 13 954 Juden, die 0,82 v. H. der Gesamtbevölkerung ausmachten. Anderen Bekenntnissen gehörten 845 Einwohner an, also 0,05 v. H. der Gesamtbevölkerung<sup>11</sup>.

Vor 1914 war allgemein zu beobachten, daß Gegensätze in der gemischt-sprachigen Provinz weniger auf der Tatsache der verschiedenen Muttersprache, sondern weit mehr der konfessionellen Spaltung beruhten. Die Jahre des Kulturkampfes hatten Spuren hinterlassen, die noch nicht verwischt waren. Es kam deshalb vor, daß deutsche und polnische Katholiken in einer Reihe standen, während Protestanten und Juden zusammengingen. Diese Frontstellung hat viel dazu beigetragen, vereinfachend deutsch und protestantisch wie polnisch und katholisch gleichzusetzen, obwohl es für Westpreußen bei weitem nicht so ausgeprägt war wie für die Provinz Posen.

Ein weiterer Gegensatz spielte in die konfessionellen Zwickigkeiten hinein, nämlich ein wirtschaftlich-sozialer. Es ist auffallend, daß alle größeren Industrieunternehmen in protestantischem Besitz waren und auch im Handel und Handwerk überwiegend Evangelische vertreten waren. Das führte dazu, daß

---

<sup>10</sup> Die Volkskunde der Kaschuben wurde vor 1914 ausschließlich von deutschen Gelehrten erforscht.

<sup>11</sup> Preußisches Gemeindelexikon, Heft II und III, Berlin 1912, Verlag des Kgl. Statistischen Landesamtes. Vergl. auch: Die Provinz Westpreußen in Wort und Bild, S. 120—121.

sich mit dem Aufkommen der sozialen Frage Spannungen auf das konfessionelle Gebiet verschoben, die mit dem Glaubensbekenntnis nichts zu tun hatten.

Der sozialdemokratische Politiker Dr. Kurt Schumacher ist 1895 in Kulm geboren und hat dort seine Jugend verlebt. In seiner Biographie wurde über das Verhältnis der verschiedenen Sprachgruppen in seiner Heimatstadt geschrieben<sup>12</sup>:

„Die Schumachers gehörten dem liberalen deutschen Bürgertum an, das sich in den westpreußischen Städten bemühte, zwischen dem ostelbischen protestantischen Landadel auf der einen und den katholischen Bauern und Arbeitern auf der anderen Seite zu vermitteln.“ Schumacher erinnerte sich, daß die Deutschen und Polen in Kulm gut miteinander auskamen und daß sein Vater viele Jahre lang mit polnischer und deutscher Unterstützung Vorsitzender des Stadtrats war . . . Die jüdische Gemeinde war ein weiterer Faktor in der sozio-religiösen Struktur Kulms, die Schumachers frühes Verhalten beeinflusste . . . Kurt erinnerte sich daher an eine sorglose und freundliche Jugend. Mehr als 30 Jahre später sagte er einmal, daß er ‚oft und mit großer Freude‘ an ‚das alte Nest an der Weichsel‘ zurückdenke.“

### *Die ersten Organisationen der Arbeitnehmer*

#### Das Aufkommen der Industrie

Das Maschinenzeitalter setzte in Westpreußen früh ein. Danzig war seit dem Mittelalter ein Zentrum des Schiffbaus, auch in Elbing gab es seit dem 18. Jahrhundert leistungsfähige Werften. Graudenz, Thorn und Kulm hatten durch den Festungsbau und die starken Garnisonen leistungsfähige Bauunternehmer und Handwerker, die für den Militärbedarf arbeiten konnten.

Bis 1870 herrschte der Holzschiffbau vor. Aber bereits 1833 wurde in Danzig das erste Dampfschiff gebaut, im Jahre 1840 baute der junge Unternehmer Schichau seine erste Dampfmaschine, der eine steigende Zahl von Aufträgen für Maschinen folgte. Die Werftindustrie erlebte einen Aufschwung, der sich noch beschleunigte, als Schichau begann, zum Bau von Dampfern überzugehen und 1855 seinen ersten von Stapel lassen konnte. Im Jahre 1860 nahm er die Herstellung von Lokomotiven auf.

In Danzig entstanden neben der Werftindustrie die Staatliche Gewehrfabrik und die Artilleriewerkstätten, von kleineren Betrieben nicht zu reden.

Dies führte dazu, daß der Regierungsbezirk Danzig eine ständige Zunahme an Bevölkerung erfuhr. Die aufblühende Großindustrie zog eine Reihe von Zubringerbetrieben und eine Vergrößerung der gewerblichen Wirtschaft nach sich, die neue Arbeitskräfte ansaugten. Während Teile der preußischen Ostprovinzen ihren Bevölkerungsüberschuß an die aufstrebenden Gebiete Mittel-

---

<sup>12</sup> Edinger, Lewis J.: Kurt Schumacher. Köln 1967, S. 25 ff.



und Westdeutschlands abgaben, war für die Provinz Westpreußen bis 1852 ein Wanderungsgewinn zu verzeichnen<sup>13</sup>. Dann hörten die Zuwanderungen allmählich auf und nach 1870 setzte eine z. T. unechte Abwanderung ein. Im Jahre 1865 wurde die Marinestation der Ostsee von Danzig nach Kiel verlegt, was zur Abwanderung zahlreicher Marinebeamter und -angestellter infolge Versetzung führte. Es darf auch nicht vergessen werden, daß der Bau von Wilhelmshaven und seiner Marineeinrichtungen ohne den Abzug von zahlreichem Werftpersonal aus Danzig unmöglich gewesen wäre. Von 1871 bis 1910 wanderten aus den Regierungsbezirken Danzig 159 589 und Marienwerder 429 398 Personen ab<sup>14</sup>.

Die Abwanderung konnte durch die hohen Geburtenüberschüsse mehr als ausgeglichen werden. Setzt man die absolute Bevölkerungszahl im Jahre 1867 gleich 100, so stieg sie bis zum Jahre 1910 im Regierungsbezirk Danzig auf 144,1 und in Marienwerder auf 125,2. Hier machte sich die Industrialisierung der Küstenstädte bemerkbar, aber auch für die südlichen, landwirtschaftlich orientierten Kreise war die Bevölkerungszunahme noch beachtlich, besonders dann, wenn man berücksichtigt, daß die Bevölkerung in der benachbarten Provinz Ostpreußen im gleichen Zeitraume nur auf 114,2 und im pommerschen Regierungsbezirk Köslin auf 111,8 stieg<sup>15</sup>.

Eine Landflucht gab es in Westpreußen wie in allen ländlichen Gebieten auch, die abgewanderten Arbeiter und Kleinbauern wurden in steigendem Maße durch polnische Wanderarbeiter ersetzt, von denen viele im Lande blieben. Sie haben in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts dazu beigetragen, die polnische Volksgruppe in der Provinz zu vergrößern<sup>16</sup>.

Die Abwanderung aus der Landwirtschaft wurde begünstigt durch die Einführung der Maschinen. Namentlich die Dreschmaschinen haben zahllose Tagelöhner brotlos gemacht, deren Haupttätigkeit im Winter der Ausdrusch des Getreides mit dem Flegel war<sup>17</sup>. Zu beobachten war ferner die Tatsache, daß abwandernde Bauernsöhne in den Städten eine Handwerkerlehre durchmachten oder sich anderen gehobenen Berufen zuwandten, denn sie waren in der Lage, die Kosten einer Lehre oder Ausbildung aufzubringen, während die Arbeiter vom Land- zum Industrieproletariat wurden, ohne ihre soziale Stellung zu verbessern. Freilich dachten sie in erster Linie auch nur daran, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, sahen sich aber auch hierin oft getäuscht, da sie als ungelernete

---

<sup>13</sup> Rogmann, Heinz: Die Bevölkerungsentwicklung im preußischen Osten in den letzten hundert Jahren. Berlin 1937. Hier S. 90.

<sup>14</sup> ebenda, S. 91 und 234.

<sup>15</sup> ebenda, S. 16—17.

<sup>16</sup> ebenda, S. 172.

<sup>17</sup> von der Goltz: Die ländliche Arbeiterfrage und ihre Lösung. 2. Aufl. Danzig 1874. Hier S. 145.

Kräfte nie zum Stammpersonal eines Werkes gehören konnten und ihre Arbeitsplätze bei der geringsten Krise zuerst gefährdet waren<sup>18</sup>.

### Vom Handwerker zum Industriearbeiter

Die in die Städte einwandernden Arbeitskräfte sahen sich nach 1815 einer keineswegs leichten Situation gegenüber. Die alten Zünfte und Gilden waren mit der Einführung der Gewerbefreiheit aufgehoben worden und existierten nur als gesellschaftliche Zusammenschlüsse weiter, die gleichzeitig eine Sterbekasse für Meister unterhielten.

Damit war aber auch die bewährte Sozialordnung der Handwerker, in der die Pflichten und Rechte der Gesellen und Lehrlinge genau festgelegt war, gegenstandslos geworden. Wenn auch Handwerksmeister bei der Neueinstellung von Gesellen stillschweigend die alten Formen beachteten, so galt dies keineswegs für die industriellen Betriebe des frühkapitalistischen Zeitalters. Sie trugen zwar noch deutliche Zeichen ihrer Abstammung aus dem Handwerk, ohne aber dessen soziale Verpflichtungen zu übernehmen. Hier mußten die Arbeiter zur Selbsthilfe greifen. Gesellenbruderschaften wurden zu Organisationen der in den Fabriken tätigen Handwerker.

### Gesellenbruderschaften als Vorformen der Arbeiterbewegung

Bis um die Mitte des 19. Jahrhunderts wies Danzig eine Besonderheit auf, es besaß die zahlenmäßig stärksten Bäcker- und Böttcherinnungen Deutschlands. Nach Beendigung der Befreiungskriege begann die britische Marine ihren Schiffszwieback und erhebliche Mengen an Salzfleisch aus Danzig zu beziehen. Weizen aus Westpreußen, Posen und Polen kam auf dem Flußweg nach dort, wurde vermahlen und zu Zwieback verbacken. Vor 1848 waren bis zu 5 000 Bäcker Gesellen damit beschäftigt. Der fertige Zwieback wurde in Fässer verpackt, die wasser- und luftdicht schlossen und eine jahrelange Aufbewahrung in allen Klimazonen ermöglichten. Die benötigten Fässer wurden ebenfalls an Ort und Stelle gefertigt. Da außerdem Pökelfleisch, Speck und Sauerkraut (als Mittel gegen Skorbut) zu verpacken waren, benötigten die Böttcher rund 1 000 Gesellen.

Aus den Wanderbüchern niedersächsischer Bäcker- und Böttchergesellen ist zu entnehmen, daß Danzig vielfach eine Station auf der Wanderschaft war, die über Ostpreußen bis nach St. Petersburg führte<sup>19</sup>. Wie die dort Beschäftigten berichteten, hatten die Danziger Bäckereien Ausmaße, die den Vergleich mit heutigen Zwiebackfabriken nicht zu scheuen brauchten.

Seit dem Mittelalter waren Bäcker und Böttcher in Bruderschaften organisiert, die ursprünglich Toten ihres Handwerks die letzte Ehre erwiesen, aber auch kranke Mitgesellen unterstützten. Später traten noch die finanzielle Hilfe für

<sup>18</sup> Grünberg: Zur Theorie der Landarbeitskrise, Diss. Königsberg 1929, und Rogmann, S. 172.

<sup>19</sup> Meinhardt, Günther: Die Geschichte des Göttinger Bäckerhandwerks 1317—1967. Göttingen 1967.

wandernde Gesellen und die damit verbundene Unterhaltung der Herbergen hinzu. Seit 1740 sind hierfür eigene Gesellenkassen, die der Altgeselle führte, nachweisbar. Die Bäcker- und Böttchergesellenbruderschaften hatten bestimmte Sätze, die bei dem Eintritt in diese Gemeinschaft erhoben wurden, sie behielten auch regelmäßige Beiträge vom Wochenlohn ein.

Aus den angesammelten Geldern wurden Kranke mit Medikamenten, ärztlicher Betreuung und Auszahlung eines Wochengeldes unterstützt, bis sie wieder arbeitsfähig waren. Die Ortskrankenkassen haben später viel von dem bewährten Unterstützungssystem der Bruderschaften übernommen.

Diese Vereinigungen spielten in Danzig schon durch ihre zahlenmäßige Stärke eine erhebliche Rolle. Es hat dort auch 1848 Geßellenunruhen gegeben, die das Interesse von Karl Marx erregten.

Marx und Engels haben von 1850 an versucht, über Kuriere Verbindung mit den Danziger Gesellen aufzunehmen. Der preußische Polizeiassessor Stieber, der mit der Beobachtung des „Bundes der Kommunisten“ beauftragt war, nahm von vornherein an, daß dieser sich mit den gut organisierten Danziger Gesellschaften in Verbindung setzen würde. Königsberg/Pr., Pillau, Elbing und Danzig wurden überwacht, die Besucher der Gesellenbruderschaften registriert, und bereits am 10. Mai 1851 fiel das erste Kuriermaterial in die Hände der Polizei. Alles andere war Routinearbeit. Zahlreiche Mitglieder und Korrespondenten des Bundes der Kommunisten wurden ausfindig gemacht, verhaftet und — soweit ihnen nähere Beziehungen zu Marx und Engels nachgewiesen werden konnten — in dem Kölner Kommunistenprozeß 1852 zu Freiheitsstrafen verurteilt<sup>20</sup>.

Einen nennenswerten Einfluß hatten die Kommunisten in Danzig nicht gewinnen können. Immerhin waren damals die ersten Kontakte zur Arbeiterbewegung geknüpft worden, die sich später auswirken sollten.

Die Arbeiter-Vereine Hirsch-Dunckerscher Richtung nahmen sich weitgehend die Gesellenbruderschaften der Bäcker, Böttcher, Friseure, Schmiede, Schlosser, Schneider und Schuhmacher, die von allen Handwerken am besten organisiert waren, zum Vorbild. Die Tatsache, daß ein erheblicher Teil der deutschen Bäcker- und Böttchergesellen während der Wanderjahre nach Danzig kam und dort, wie es Vorschrift war, eine Zeitlang arbeitete, machte die dortige Organisation der Bruderschaften auch in Mittel- und Westdeutschland bekannt, wo es ähnliche Vereinigungen, nur in kleinerem Umfang, gab<sup>21</sup>.

---

<sup>20</sup> Bittel, Karl: Der Kommunistenprozeß zu Köln im Licht der zeitgenössischen Presse. Berlin 1955. Der erste verhaftete Kurier war Peter Nothjung, der spätere Vorsitzende der Lassalleaner in Breslau.

<sup>21</sup> Deutsches Zentralarchiv Merseburg, Rep. 120 B V 33 Nr. 3: Die Bestimmungen wegen der Unterstützungsvereine und Kassen der Gesellen und Gehilfen vol 3 (1849—51). Danach kamen durchschnittlich 2 000 wandernde Bäckergesellen jährlich durch Danzig und arbeiteten hier eine Zeit lang. Nach der Akte Rep. 77 Tit 509 Nr. 1adh. A vol 2 des gleichen Archivs wurden die Danziger Kaufleute Julius Albert und Otto Gottlieb Retzlaff einer Verbindung zu Karl Marx verdächtigt, zumal sie im Sommer 1851 nach London gereist waren, ein Beweis konnte aber von den Polizeibehörden nicht erbracht werden. Die Brüder galten als entschiedene Demokraten.

Die Übergänge zwischen den Vereinigungen der Handwerker und den Verbänden der Arbeiterbewegung sind daher oft fließend gewesen. So berichtet August Winnig, daß in seiner Heimatstadt Blankenburg/Harz vor 1914 bei Mai- oder Wahlrechtsdemonstrationen neben den roten Fahnen der Arbeiterbewegung die der Gesellenvereine mitgeführt wurden<sup>22a</sup>. Auch die ostdeutsche Arbeiterbewegung hat eine wichtige Wurzel in den Gesellenbruderschaften gehabt.

### Die Arbeitervereine

Allmählich nahm überall in den Fabriken und auf den Werften die Zahl der Arbeiter zu, die keine handwerkliche Lehre abgeschlossen hatten. Diese angelernten Kräfte stellten in den Jahren von 1850 bis 1900 die Hauptmasse der Fabrikarbeiter, bis sich Berufe herauschälten, die eine mehrjährige Lehrzeit erforderlich machten. Solange ungelernete Arbeiter, die zum erheblichen Teil vom Lande kamen, das Industrieproletariat bildeten, waren die Gesellenbruderschaften für diese geschlossen, denn auf den Gesellenbrief konnten diese Organisationen nicht verzichten.

Es war naheliegend, daß sich Arbeitervereine, welche die Interessen der ungelerten Kräfte vertreten wollten, in ihren Organisationsformen eng an die Bruderschaften anlehnten. So nannte sich das Mitteilungsblatt der von Stephan Born gegründeten Arbeitervereine „Die Arbeiter-Verbrüderung“. Der Danziger Zimmerer Wilhelm Koch, der 1848 vom Frankfurter Gesellenkongreß nach Danzig delegiert war, stellte die Verbindung zum Komitee Borns her. Im November des gleichen Jahres wurde „Die Arbeiter-Verbrüderung“ nach Danzig geliefert.

In den fünfziger Jahren entstanden Arbeitervereine in Elbing und Thorn, die namentlich Beschäftigte der Schichauwerft und der großen Bauunternehmen als Mitglieder gewinnen konnten.

Vermerkt sei in diesem Zusammenhang, daß bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts sozialgeschichtlich bemerkenswerte Versuche mit einer „Kranken- und Sterbekasse für die arbeitende Volksklasse der Stadt Elbing“ unternommen worden sind, die nahezu ein halbes Jahrhundert bis zur Einführung der gesetzlichen Krankenversicherung in Gestalt von Orts- und Betriebskrankenkassen bestanden und nützliche Funktionen erfüllt hat<sup>22b</sup>.

Auf dem „Vereinstag der deutschen Arbeitervereine“ am 7./8. Juni 1863 in Frankfurt/M. war Danzig vertreten, dessen Verein 320 Mitglieder angab und den Delegierten Wolffhardt entsandte<sup>23</sup>. Die Vereine haben später weiter-

---

<sup>22a</sup> Winnig, August: Frührot, 4. Aufl. 1912, S. 2.

<sup>22b</sup> Rosenberg, Bernhard-Maria: Die Kranken- und Sterbekasse für die arbeitenden Volksklassen der Stadt Elbing. Ein Beitrag zur ostdeutschen Sozialgeschichte. In: Zeitschrift für Ostforschung 21. Jahrg. 1972. Heft 1. S. 150—157.

<sup>23</sup> Balsler, Frolinde: Sozial-Demokratie 1848/49—1863. Stuttgart 1962, S. 58 und 602.

gearbeitet und sich Verdienste um die Bildungsarbeit erworben. Dies war auch der Grund, weshalb sie zur Zeit der Sozialistengesetze nicht aufgelöst wurden, sondern als „Arbeiter-Bildungs-Vereine“ weiterbestehen durften. Sie gliederten sich auch Turnabteilungen an, deren Mitglieder durchweg in der Freiwilligen Feuerwehr tätig waren.

Die Vertretung der Interessen ihrer Mitglieder wurde zwar nach wie vor wahrgenommen, wobei man aber grundsätzlich bemüht war, Kampfmaßnahmen zu vermeiden. Deshalb ist es auch möglich, von den Arbeitervereinen zu den Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften Verbindungen zu ziehen. Ihr Einfluß auf die freien Gewerkschaften ist dagegen weit geringer gewesen, da diese von einer anderen Problemstellung ausgingen. Übernommen haben sie dagegen das Programm der Arbeiter-Fortbildung.

Während der Dauer des Sozialistengesetzes haben aber die Gebrüder Kapell und Karl Finn in Danzig, Elbing, Graudenz, Marienwerder und Thorn Vorträge gehalten und die Maurer und Zimmerer zur Schaffung von gewerkschaftlichen Fachverbänden angeregt.

### *Der Aufbau der Arbeiterbewegung*

#### Der Beginn der Tätigkeit der Freien Gewerkschaften

Nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes im Jahre 1890 kam es in mehreren Städten Westpreußens zu einer stärkeren sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Werbetätigkeit. Hier ist vor allen Dingen Carl Legien zu nennen, der 1861 in Marienburg geboren wurde, in einem Thorner Waisenhaus aufwuchs und dort das Drechslerhandwerk erlernte. Nach abgeschlossener Gesellenprüfung stellte ihm sein Lehrmeister Borkowski ein Zeugnis aus, „daß er sich bei Fleiß und gutem Betragen diejenigen Fähigkeiten angeeignet hat, die man von einem guten Drechslergesellen fordert“<sup>24</sup>.

Legien hat später stets eine enge Bindung an seine westpreußische Heimat gehabt. Es war für ihn selbstverständlich, nach seiner Berufung zum Sekretär der „Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ im Jahre 1890 immer wieder persönlich Agitationstouren nach Westpreußen zu unternehmen. Bereits das „Correspondenzblatt“ des Jahrgangs 1891 quittierte Spenden von „Spinnern und Zigarrenmachern in Danzig“ und von „F. Liedke, Former in Elbing“<sup>25</sup>. Zwei Jahre später berichtete ein Artikel des gleichen Blattes, daß in Königsberg/Pr., Tilsit, Danzig, Thorn und Bromberg besondere Kommissionen eingesetzt worden seien<sup>26</sup>. Im Jahre 1894 wurde für den südlichen Teil

<sup>24</sup> Leipart, Theodor: Carl Legien. Berlin 1929. Hier S. 9.

<sup>25</sup> „Correspondenzblatt“, 1. Jg. Nr. 4 vom 21. Februar 1891.

<sup>26</sup> ebenda, 3. Jg. Nr. 5 vom 6. März 1893.

Westpreußens und den nördlichen Teil der Provinz Posen J. Mikuszinski in Thorn, Kirchhofstraße 9, benannt<sup>27</sup>.

Über die gewerkschaftliche Organisation in Danzig wurde 1893 berichtet<sup>28</sup>:

„In Danzig sind gegenwärtig in Zahlstellen der Zentralvereine organisiert Böttcher, Buchdrucker, Hutmacher, Kupferschmiede, Lithographen, Maler, Maurer, Metallarbeiter, Schmiede, Schuhmacher, Tabakarbeiter, Tischler, Töpfer und Zimmerer . . . In einer Versammlung der Vertreter dieser Organisationen wurde der von der Generalkommission aufgestellte Plan für die Agitation in den östlichen Provinzen als richtig anerkannt und beschlossen, denselben zur Durchführung zu bringen . . .“

In den folgenden Jahren konnte von einem Wachstum der Gewerkschaften und auch von den ersten erfolgreich durchgeführten Streiks berichtet werden. Im Jahre 1896 wurden in Danzig 17 Gewerkschaften zu einem Kartell zusammengeschlossen. In Thorn bemühte man sich, auch die polnisch sprechenden Arbeiter zu gewinnen.

Man kann rückschauend sagen, daß seit 1893 das Eis gebrochen war und die Gewerkschaftsbewegung von da an in den beiden folgenden Jahrzehnten einen schnellen Aufschwung nehmen konnte. Die leitenden Persönlichkeiten erkannten klar, daß bei der sozialen Struktur der Provinz die Haupttätigkeit der Arbeiterbewegung im Ausbau der Gewerkschaften liegen müsse, weil diese in der ständig anschwellenden Arbeiterschaft der größeren Städte ein leichter zu bearbeitendes Feld der Agitation vorfanden, als es in den überwiegend ländlichen Gebieten des Hinterlandes zur Verfügung stand. Der Parteitag der sozialdemokratischen Partei für Westpreußen faßte am 26. Februar 1893 entscheidende Beschlüsse<sup>29</sup>:

„Allgemein wird von den Genossen in Ost- und Westpreußen anerkannt, in den größeren Orten der Provinz zunächst mit der Begründung gewerkschaftlicher Organisationen vorzugehen und so den Boden für die allgemeine Arbeiterbewegung zu ebnen. Dieses kam auch auf dem Parteitag der sozialdemokratischen Partei für Westpreußen, der am 26. Februar stattfand, zum Ausdruck. Die hervorragendsten Redner des Parteitages erklärten, daß die Gründung von gewerkschaftlichen Organisationen in der Provinz eine Notwendigkeit sei und daß, den besonderen Verhältnissen entsprechend, die Zentralorganisation die einzig richtige und für die östlichen Provinzen anwendbar wäre.“

Die meisten Gewerkschaftsfunktionäre hatten in Danzig ihren Sitz. Vorsitzender des dortigen Kartells war von 1907 bis 1912 Friedrich Grünhagen. In Elbing leitete bis 1911 August Meyer den Fabrikarbeiterverband, dem in dieser Funktion Otto Peter folgte. Im Jahre 1912 wurde Hermann Schulz als Sekretär des Metallarbeiterverbandes berufen, der sich schnell das Vertrauen der Schichauer eroberte. Im Holzarbeiterverband war seit 1903 Franz Rudnitzki tätig, die Bauarbeiter hatten Hermann Baude als Geschäftsführer ihres

<sup>27</sup> ebenda, 4. Jg. Nr. 34 vom 17. September 1894.

<sup>28</sup> ebenda, 3. Jg. Nr. 6 vom 20. März 1893.

<sup>29</sup> Correspondenzblatt, 3. Jg. Nr. 6 vom 20. März 1893.

Verbandes. Konrad Finsel leitete von 1903 bis 1923 den Verband der Zimmerer in Elbing und wurde dann nach Königsberg gerufen. Auf der Provinzialebene arbeiteten Eugen Werner als Gauleiter der Arbeiter des Verkehrsgewerbes und Fritz Kriese als Gauleiter der Maurer. Drei der in Westpreußen wirkenden Gewerkschaftsfunktionäre wurden nach dem Kriege Polizeipräsidenten: Der bereits erwähnte Kriese, der Metallarbeiter Früngel und der Bauarbeiter Wende<sup>30</sup>.

### Die sozialdemokratische Partei

Die sozialdemokratische Partei konnte nur langsam Boden gewinnen. Danzig und Elbing waren seit 1848 liberal. Die deutschen Katholiken waren zu einem erheblichen Teil Wähler des Zentrums, die Landbevölkerung war konservativ, wobei man in den letzten beiden Jahrzehnten ein Überschwenken von der alten preußisch orientierten konservativen Partei zu einer ihrer Splittergruppen, der Reichspartei, beobachten konnte, die auch konservativ war, aber ihre Verbundenheit mit der Reichseinheit betonte. Die polnische Volksgruppe stimmte geschlossen für Kandidaten der polnischen Partei.

Die wichtigsten Vertreter der sozialdemokratischen Partei waren der Redakteur Artur Crispian, der Danziger Parteisekretär Eugen Sellin, der bis 1912 dort tätig war, und dann Julius Gehl. In Elbing leitete August Meyer die Partei, den 1911 Otto Peter ablöste, der sich 1912 um das Reichstagsmandat bewarb.

In den letzten vor Ausbruch des Weltkrieges durchgeführten Reichstagswahlen konnte die Sozialdemokratie im Stadt- und Landkreis Danzig und im Wahlkreis Marienburg-Elbing erhebliche Stimmengewinne verzeichnen. Sie erhielt im Landkreis Danzig 27,6, im Stadtkreis Danzig 32 und im Wahlkreis Marienburg-Elbing 30,1 v. H. aller Stimmen. Nennenswerte Wahlergebnisse waren noch in den Wahlkreisen Deutsch Krone mit 7,6, Stuhm-Marienwerder mit 6,1 und in Graudenz-Strasburg mit 5,2 v. H. der abgegebenen Stimmen zu verzeichnen.

Die der SPD zugefallenen Stimmen reichten nicht aus, um ein Reichstagsmandat zu erringen. Dennoch hatte die Wahl gezeigt, daß die Arbeiterbewegung in den Industriestädten ein ernstzunehmender Faktor geworden war.

In den kommunalen Parlamenten waren die Sozialdemokraten bereits vertreten, und zwar in Danzig, Zoppot, Marienwerder und Elbing. Sie nutzten selbstverständlich die ihnen dort gegebenen Möglichkeiten, an sozialen und bildungspolitischen Problemen mitzuarbeiten. In Danzig und Elbing setzten sie sich eifrig für den Bau von Arbeiterwohnungen ein und unterstützten Bestrebungen, Arbeitnehmern mit geringem Einkommen den Erwerb von Eigenheimen zu ermöglichen. Die Kaiserliche Werft in Danzig ging hier beispielhaft voran, die Schichauwerften folgten.

---

<sup>30</sup> Nach Angaben von Franz Rudnitzki.

## Reichstagswahlresultate 1912 in Westpreußen

## Regierungsbezirk Danzig

	Konservative	National-liberale	Zentrum	Polen	SPD	Sonstige	Gewählt
Marienburg-Elbing	69,8 %	—	—	—	30,1 %	0,1 %	Nationalliberaler
Landkreis Danzig	21,7 %	19,2 %	22,8 %	5,4 %	27,6 %	0,3 %	Reichspartei
Stadtkreis Danzig	28,3 %	37,5 %	0,1 %	2,0 %	32,0 %	0,1 %	Fortschrittspartei
Neustadt-Karthaus	26,7 %	—	7,6 %	64,5 %	1,2 %	—	Pole
Berent-Pr. Stargard	—	35,4 %	2,3 %	60,9 %	1,4 %	—	Pole
in v. H.	30,4 %	18,1 %	5,6 %	28,1 %	17,7 %	0,1 %	

## Regierungsbezirk Marienwerder

Stuhm-Marienwerder	50,8 %	—	7,7 %	35,9 %	6,1 %	0,2 %	Reichspartei
Rosenberg-Löbau	54,9 %	—	0,2 %	43,3 %	1,5 %	0,1 %	Reichspartei
Graudenz-Strasburg	—	48,2 %	0,5 %	43,5 %	5,2 %	2,6 %	Nationalliberaler
Thorn-Kulm	—	51,7 %	—	44,6 %	3,6 %	0,1 %	Nationalliberaler
Schwetz	48,9 %	—	—	50,0 %	1,0 %	0,1 %	Reichspartei
Konitz-Tuchel	20,7 %	2,9 %	16,3 %	58,1 %	1,9 %	—	Pole
Schlodau-Flatow	38,0 %	17,7 %	19,0 %	22,0 %	3,8 %	—	Konservativer
Deutsch Krone	51,3 %	—	41,0 %	—	7,6 %	0,1 %	Reichspartei
in v. H.	28,3 %	20,7 %	8,1 %	38,7 %	3,7 %	0,5 %	
Westpreußen insgesamt	29,2 %	19,6 %	7,1 %	34,1 %	9,7 %	0,3 %	

5 Reichspartei,  
3 Polen,  
1 Konservativer,  
3 Nationalliberale,  
1 Fortschrittler



Abb. 44: Artur Crispian



Abb. 45: Carl Legien

### Der Aufstieg der Arbeiterpresse

Die in Ausdehnung befindliche politische Arbeit fand Unterstützung durch die Arbeiterpresse. Im Jahre 1909 wurde die täglich erscheinende „Danziger Volksstimme“ gegründet und bereits im nächsten Jahr die „Volkswacht, Organ für die werktätige Bevölkerung in Westpreußen“ geschaffen, deren Redakteur der gebürtige Königsberger Artur Crispian war, nach dessen Fortgang Gustav Schröder die Schriftleitung übernahm.

An die Landbevölkerung wandte sich „Der westpreußische Landbote“, der von 1889 bis 1914 erschienen ist. Die namhaftesten Gewerkschaften brachten gedruckte Jahresberichte heraus, so z. B. der Verband der deutschen Buchdrucker von 1903 an einen Jahresbericht des Gaus Westpreußen, der Verband der Hafendarbeiter und Berufsgenossen seit 1909 einen Jahresbericht für den Bezirk Nord-Ost und der Deutsche Transportarbeiterverband sowie der Verband der Fabrikarbeiter ebenfalls seit 1909 Tätigkeitsberichte. Von 1899 an erschien ein „Altpreußischer Arbeiterbote“ des Verbandes evangelischer Arbeiter- und Volksvereine in Ost- und Westpreußen.

## Johannes Gronowski, eine Persönlichkeit der westpreußischen Arbeiterbewegung

Zu den beiden bedeutenden westpreußischen Sozialdemokraten Dr. Kurt Schumacher und Carl Legien tritt als dritte Persönlichkeit der christliche Gewerkschaftsführer Johannes Gronowski. Er wurde 1874 in Graudenz als Sohn eines Arbeiters geboren und verlor früh seine Eltern. Wie Legien wuchs er im Waisenhaus auf und erlernte das Schlosserhandwerk. Lehrjahre waren damals keine Herrenjahre, und Gronowski sprach später oft noch von der zwölfstündigen Arbeitszeit. Er ging ins Ruhrgebiet und wurde 1897 Hilfswerkführer in Dortmund. Im Jahre 1906 zog er als Stadtverordneter in das Kommunalparlament ein, nachdem er bereits 1902 zum Sekretär der christlichen Gewerkschaften in Dortmund berufen worden war.

Die in der Kommunal- wie in der Gewerkschaftsarbeit von ihm vollbrachten Leistungen wiesen ihn als geschickten und besonnenen Verhandlungspartner aus, der es bald verstand, auch die Achtung seiner Gegner zu erwerben. Bereits im Jahre 1908 wurde Gronowski in das Preußische Abgeordnetenhaus gewählt.

Den Höhepunkt seiner Karriere erreichte Gronowski aber erst in der Weimarer Republik; von 1922 bis 1933 hat er als Oberpräsident der Provinz Westfalen gewirkt und sich als Verwaltungsfachmann und Repräsentant des öffentlichen Lebens hohe Achtung erworben.

Als er im Februar 1933 auf Anweisung des damaligen Ministerpräsidenten Göring eine Zeitung verbieten sollte, die einen Aufruf unter der Überschrift „Schützt die Verfassung und das Recht“ veröffentlicht hatte, weigerte er sich mit der Bemerkung: „Ich müßte meine Vergangenheit verleugnen, wenn ich meinen Namen unter ein Verbot der Wahrheit setzen würde.“ Der aufrechte Mann wurde seines Amtes ohne Pension enthoben und mußte fortan sein Dasein als Vertreter fristen<sup>31</sup>. „Er verkaufte an fremden Türen Zigarren. Freunde halfen, wo sie konnten; andere Freunde, sogenannte Freunde, erschrakten, wenn er tagüber bei ihnen klopfte, und baten ihn, abends wiederzukommen. Aber er kam abends nicht wieder. Man hatte sich in Berlin dafür eingesetzt, daß er seine Pension erhielt; dazu sollte er ein Gnadengesuch einreichen. Er tat es nicht.“

Im Alter hat Gronowski nach 1945 zu den Mitbegründern der CDU gehört, bevor er 1958 seine Augen für immer schloß. Auch er bleibt ein Vorbild für jene Talente, die in der Arbeiterschaft schlummern.

---

<sup>31</sup> Gruna, Klaus: Johannes Gronowski. In: Politik und Landschaft. Köln, 1969. S. 162–168.

# Regierungsbezirk Westpreußen

## *Die Folgen des Versailler Friedensvertrages*

### Wirtschaftliche Auswirkungen

Die Schaffung eines polnischen Korridors und die Gründung einer Freien Stadt Danzig zerrissen die Provinz Westpreußen. Die östlich von Weichsel und Nogat gelegenen Kreise bildeten künftig den Regierungsbezirk Westpreußen der Provinz Ostpreußen.

Die Abtrennung der östlich der Weichsel gelegenen Gebiete vom Kern des Reiches wurde besonders schmerzlich empfunden, weil sich Handel, Wirtschaft und Verkehr durch die neuen Grenzen vor schwierige, nur sehr schwer lösbare Aufgaben gestellt sahen. Es ist daher kein Wunder, daß der Gedanke einer Revision der Grenzen noch lange als die beste Lösung dieser Probleme angesehen wurde. Zu diesem Fragenkomplex schrieb Gotthold Rhode<sup>32</sup>:

„Alle Vorstellungen und Hoffnungen, die eine Revision der Grenzbestimmungen von Versailles betrafen, gingen doch nie so weit, daß in verantwortlichen Kreisen deutscher Politik ernsthaft an eine Wiederherstellung der Grenzen von 1914 gedacht wurde. Denkbar und günstigenfalls erreichbar schien nur eine Beseitigung des sogenannten ‚Korridors‘, also der durch Pommerellen führenden Landverbindung Polens zur Ostsee, wobei auch noch zweifelhaft bleiben mußte, ob es sich selbst im günstigsten Fall um ganz Pommerellen oder nur um seinen Hauptteil ohne das Kulmer Land und Thorn handeln könne.“

Durch die Bedingungen des Versailler Friedensvertrages gingen nicht nur die für Deutschland wichtigen landwirtschaftlichen Überschußgebiete Westpreußens verloren, es folgten auch erhebliche Veränderungen im industriellen Sektor. Die Danziger Schichauwerft lag nunmehr im „Ausland“, die Elbinger Stammwerft wurde in eine ständige Krise gerissen. Der größte Auftraggeber war früher die Kriegsmarine gewesen (Torpedoboote). Die kleine Reichsmarine war nicht mehr in der Lage, Bauaufträge in größerer Zahl zu vergeben. Handelsschiffe wurden nur selten bestellt. Mit Schichau mußte aber Elbing zurückgehen.

In ähnlicher Lage befand sich die Automobilfabrik Komnick in Elbing, deren Absatz in der Nachkriegszeit ständig zurückging und nur dadurch gehalten werden konnte, daß sie im Auftrage der Braunschweiger Firma Büssing Lastkraftwagen montierte. Stark zurück ging auch die dortige Zigarrenfabrik Loeser & Wolff, in der traditionell viele Frauen und Töchter der Schichauarbeiter beschäftigt waren.

Schwer geschädigt war die deutsche Flußschiffahrt auf der Weichsel, da beide Ufer polnisch waren und damit eine Ausladung der Frachten in deutschen

---

<sup>32</sup> Rhode, Gotthold: Das Deutschtum in Posen und Pommerellen. In: Die Deutschen Ostgebiete zur Zeit der Weimarer Republik. Köln 1966 . S. 88 ff.

Häfen unmöglich geworden war. Man mußte bis zur Nogat fahren, wo dann ein Umladen auf Schiene oder Straße möglich wurde. Die früher blühende deutsche Weichelschiffahrt schief fast ganz ein.

Der bei Deutschland verbleibende östliche Teil der Provinz wurde zu einem Gebiet, in dem die Arbeitslosigkeit schon vor der großen Wirtschaftskrise zu Hause war.

### Verluste der Arbeiterbewegung

Nach einer Statistik des ADGB verloren die Freien Gewerkschaften allein im Korridorgebiet 186 Ortsausschüsse, die 1919 22 274 Mitglieder besaßen<sup>33</sup>.

Über die Mitgliederzahlen der Sozialdemokraten können keine sicheren Angaben gemacht werden, da die Partei sich selbst in einer Krise befand. Zahlreiche ihrer Anhänger gingen seit 1918 zur USPD und später von dieser zu den Kommunisten.

In Thorn brachte die USPD 1919 eine eigene Zeitung heraus, die der Redakteur Leisner leitete. Sie ging kurz nach dem Übergang der Stadt an Polen ein. In den acht Monaten ihres Bestehens hat die „Freie Presse“ nie einen nennenswerten Leserkreis gefunden.

### Die Wahlergebnisse des Jahres 1919

Sowohl am 19. Januar 1919 bei der Wahl zur Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung als auch am 26. Januar 1919 bei den Wahlen zur Verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung hat der Wahlkreis 2 (Westpreußen) noch entsprechend der alten Wahlkreiseinteilung gewählt.

Zur Nationalversammlung wurden für die Deutschnationale Volkspartei 127 411 Stimmen abgegeben, worauf drei Mandate entfielen. Die Christliche Volkspartei (Zentrum) bekam 79 041 Stimmen und einen Abgeordneten. Die Deutsche Demokratische Partei erhielt 158 508 Stimmen und drei Mandate. Die SPD wählten 161 075. Vier Mandate wurden ihr zugereilt, darunter befanden sich außer den Danzigern Gehl und Reek der Elbinger Hermann Schulz. Die USPD ging mit 28 189 Stimmen leer aus.

Bei den Wahlen zur Verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung wurden in Westpreußen sechs SPD-, fünf DDP-, zwei Zentrums- und vier DNVP-Abgeordnete gewählt. Unter den SPD-Mandatsträgern befanden sich Arthur Brill und Eugen Sellin aus Danzig, Peter aus Elbing, der Arzt Dr. Beyer aus Neustadt, der spätere Polizeipräsident Wende und die in Danzig-Neufahrwasser geborene Arbeiterin Toni Wohlgemuth, die bis 1933 ununterbrochen dem Preußischen Landtag angehörte und heute in Berlin lebt.

---

<sup>33</sup> Jahrbuch des ADGB. Berlin 1923. S. 84.

## Der Wiederaufstieg der SPD 1920—1932

### Westpreußische Abgeordnete

Die Aufbauarbeit wurde durch die Inflation, welche die Mitgliederbeiträge zerrinnen ließ und die Ansammlung von Rücklagen für Wahlkampf- und Propagandafonds unmöglich machte, verzögert. Hinzu kam, daß für den Regierungsbezirk Westpreußen eine neue Dachorganisation geschaffen werden mußte. Im Vordergrund der Arbeit stand die Aufgabe, neue Mitglieder zu werben, um die Verluste, die durch die Übertritte zur USPD entstanden waren, zu ersetzen.

Die rege Mitarbeit in den parlamentarischen Gremien der Kommunen, der Provinz und des Preußischen Landtages bewies der Wählerschaft, daß die Abgeordneten der SPD bereit waren, sich für die in schwerer Krise befindliche Wirtschaft Westpreußens einzusetzen.

Das gleiche gilt für den Reichstagsabgeordneten Hermann Schulz, der aus Elbing stammte und von 1919 bis 1929 ununterbrochen dem Reichstag angehörte, gleichzeitig Vorsitzender des Provinzialverbandes Ostpreußen der SPD war.

Während des Abstimmungskampfes 1920 trat er wiederholt für Ostpreußen ein und sprach in den folgenden Jahren im Plenum des Reichstages zu wirtschaftlichen und politischen Problemen der abgeschnittenen Provinz. Er wurde dabei zum Experten für alle Fragen der Reichsbeihilfen für Ostpreußen.

Im Preußischen Landtag wirkte von 1928 bis 1932 der Elbinger Franz Rudnitzki, der aus eigener genauer Kenntnis der wirtschaftlichen Lage seiner Vaterstadt an hervorragender Stelle mitwirken konnte, als es darum ging, die preußische Regierung zu einer Stützung der Schichauwerft zu veranlassen. Er sagte dabei, daß eine Stilllegung der Schichauwerft etwa ein Drittel der Elbinger Bevölkerung des Lebensunterhaltes beraube.

Auch Toni Wohlgemuth konnte aus ihrem Erfahrungsschatz im Landtag viel dazu beitragen, falsche Vorstellungen von der Lage der Fabrik- und Landarbeiter Ostpreußens zu klären und ergriff im Landtag stets das Wort, wenn über derartige Fragen verhandelt wurde.

Als Franz Rudnitzki Landrat von Angerburg geworden war, rückte für ihn Paul Schulz 1932 als Abgeordneter für Westpreußen in den Preußischen Landtag nach, in dem er aber nicht mehr zu einer echten Mitarbeit gelangen konnte, da das Haus mehrfach vertagt wurde.

Nicht unerwähnt dürfen die in Elbing wirkenden Stadtverordneten Dangel, Fischer, Papproth, Recht und Zech bleiben.

### Stand der gewerkschaftlichen Organisation im Jahre 1931

Über den Stand der gewerkschaftlichen Organisationen, und zwar sowohl des „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“ (ADGB) als auch der Einzel-

gewerkschaften, gibt eine Aufstellung im „Westpreußischen Volkskalender“ von 1931 (herausgegeben von der Elbinger Verlagsgesellschaft) Auskunft. Selbst in einem Notjahr wie 1931 mit erschreckend answellender Arbeitslosigkeit gab es noch folgende gewerkschaftliche Einrichtungen:

**Elbing:** Ortsausschuß Elbing des ADGB: Vorsitzende August Zech und Rudolf Wallbrecht, Deutscher Baugewerksbund: Gottlieb Thimm, Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband: Franz Lange, Deutscher Holzarbeiter-Verband: Otto Albrecht, Deutscher Metallarbeiter-Verband: Rudolf Wallbrecht, Deutscher Landarbeiter-Verband: Friedrich Marx, Deutscher Musiker-Verband: Kurt Kartier, Deutscher Tabakarbeiter-Verband: Artur Tzschuppan, Einheitsverband der Eisenbahner: Samuel Holst, Fabrikarbeiter-Verband: August Meier, Gesamtverband: August Zech, Verband der Deutschen Buchdrucker: Carl Warnke, Verband der Kupferschmiede: August Schmidt, Verband der Maler: Fritz Preuss, Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter: Friedrich Browa, Verband der Sattler, Tapezierer und Protefeuilleer: Friedrich Barthels, Zentralverband der Dachdecker: Johann Grabowski, Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten: Erich Kornowski, Zentralverband der Heizer und Maschinisten: Albert Golleng, Zentralverband der Steinarbeiter: Emil Scharp, Zentralverband der Zimmerer: Paul Perbandt.

**Marienburg:** Ortsausschuß Marienburg des ADGB: 1. Vorsitzender: Artur Rahn, 1. Kassierer: Hermann Kreowski, Zentralverband der Zimmerer: Artur Rahn, Holzarbeiterverband: Fritz Leopold, Malerverband: Georg Hellmig, Fabrikarbeiterverband: Fritz Zimmermann, Hotel- und Café-Angestellte: Paul Dunker, Metallarbeiterverband: Jos. Masella, Gesamtverband: Franz Gröning, Buchdruckerverband: Walter Bartel, Musikerverband: Karl Schumann, Steinarbeiterverband: Hans Schröder, Tabakarbeiterverband: Therese Grahlke, Einheitsverband der Eisenbahner: Hans Bergau, Dt. Baugewerksbund: Karl Krause.

**Marienwerder:** Ortsausschuß Marienwerder der ADGB: 1. Vorsitzender: August Klawitter, Baugewerksbund: Geschäftsführer: Konrad Jürgens, Vorsitzender: Fritz Geglin, Gesamtverband: Geschäftsführer: Klawitter, Vorsitzender: Gustav Kleinfeld, Metallarbeiterverband: Hans Koschau, Zimmerer: Konrad Müller, Steinsetzer: Heinrich Krause, Dachdecker: Walter Flaum, Eisenbahner: Paul Jahnke, Buchdrucker: Georg Zilian, Musiker: Julius Somrowski, Lebensmittel- und Getränkearbeiter: Oskar Schäfer.

**Riesenburg:** Zimmererverband: Adolf Polarek, Baugewerksbund: Gottfried Fleischhauer, Fabrikarbeiter-Verband: Fritz Skodda, Maler- und Lackierer-Verband: Max Czerulla, Gesamtverband: Hermann Liedtke.

**Rosenberg:** Gesamtverband: Paul Beyrowski, Baugewerksbund: Karl Baumgardt, Zimmerer: Otto Müller.

Reichstagswahlsergebnisse 1928 im Regierungsbezirk Westpreußen

	Ein- wohner	Wahlber. gült. St.	SPD	DNVP	Z	DVP	KPD	W. unh.P.	NSDAP	Sonst.
Stadtkreis										
Elbing:	67 875	47 600	36 438	12 799	6 701	3 677	3 670	3 162	785	168
Landkreis										
Elbing:	26 717	15 917	11 968	3 303	4 808	1 250	685	622	120	30
Kreis										
Marienburg:	32 884	19 807	14 409	3 393	4 058	2 320	1 426	829	409	138
Kreis										
Marienwerder:	41 615	24 771	20 655	4 420	9 028	1 409	1 349	1 254	551	43
Kreis										
Rosenberg:	58 629	32 301	27 919	7 388	12 740	1 014	2 243	347	355	61
Kreis										
Stuhm:	36 682	20 238	15 627	4 419	3 755	2 822	668	1 021	256	34
Insgesamt:	264 403	160 634	127 016	35 722	41 090	12 492	10 041	7 235	2 475	474
										17 486

## Soziale und kulturelle Organisationen

In Elbing befand sich das Volkshaus Holzstraße 4, in Marienwerden war es die Ressource in der Herrenstraße. Die Geschäfte der Volksfürsorge wurden in Elbing von Franz Harmadt, in Marienburg von Artur Löwel, in Marienwerder von Paul Bando wahrgenommen. Den Arbeitersport vertrat in Elbing Gustav Lange, in Marienburg Otto Bogdan, in Marienwerder Koschan. Für die Interessen der Jugend waren in Elbing Fritz Kinder, in Marienburg Otto Bogdan und in Marienwerder Schafholowitz tätig.

### Wahlergebnisse

Die Arbeit der Sozialdemokraten wurde vom Wähler honoriert. Die Reichstagswahlen vom 20. Mai 1928 zeigten die SPD als stärkste Partei im Stadtkreis Elbing und im Landkreise Stuhm, in allen anderen Landkreisen lag sie auf dem zweiten Platz. Die Deutschnationalen waren in den Landkreisen Elbing, Marienburg, Marienwerder und Rosenberg die stärkste Partei, während die Kommunisten nur im Stadtkreise Elbing und in den Landkreisen Marienwerder und Stuhm über einen nicht unbeachtlichen Anhang verfügten.

Von den bürgerlichen mittelgroßen Parteien hatte das Zentrum einen Wählerstamm, der ihm während der ganzen Zeit der Weimarer Republik die Treue hielt, während die Deutsche Volkspartei stets etwas schwächer als das Zentrum war und zuerst zerrieben wurde.

Auf einen nennenswerten Wählerstamm konnte sich die Polnische Volkspartei nur im Landkreis Stuhm stützen.

Die NSDAP war 1928 noch sehr schwach vertreten und konnte nur 474 Stimmen auf sich vereinigen. Sie sollte erst in den folgenden Jahren Wähler gewinnen und nahm dann allerdings schnell an Einfluß zu.

Die auf Seite 397 stehende Tabelle zeigt die Ergebnisse der Reichstagswahl.

### Das Ende der Arbeiterbewegung in Westpreußen

Die Jahre bis 1930 standen im Zeichen des Aufstiegs der Arbeiterbewegung. Dann aber trat ein Rückschlag ein, der durch die Weltwirtschaftskrise ausgelöst wurde. Auf den „Schwarzen Freitag“ der New Yorker Börse folgte die deutsche Bankenkrise des Jahres 1931, die in der abgeschnittenen Provinz Ostpreußen schwerwiegende Auswirkungen hatten. Angesehene Privatbanken mußten die Schalter schließen, Kredite waren nur noch unter großen Schwierigkeiten zu erlangen und auch dann nur in unzureichendem Maße. Die Auftragspolster der Industrie wurden dünn, die Arbeitslosigkeit nahm schnell zu.

Im Regierungsbezirk Westpreußen war die Lage besonders schwierig, weil die mit Mühe sanierte Schichauwerft wieder am Rande des Zusammenbruchs stand. Um die Zigarrenfabrik Loeser & Wolff stand es nicht besser, weil in der allgemeinen Not der Verbrauch an Tabakwaren aller Art stark zurückging, besonders aber der an Zigarren.

Die verzweifelte Lage zahlreicher Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen führte zu einer schnellen Radikalisierung des politischen Lebens, von dem extreme Parteien, die Nationalsozialisten und die Kommunisten, profitierten. Die kleineren bürgerlichen Parteien wurden zerrieben. Nur das Zentrum konnte seinen Wählerstamm bis zuletzt fast ohne Einbußen halten, und die Deutschnationalen blieben ein beachtlicher politischer Faktor, wengleich ein erheblicher Teil ihrer Wähler abwanderte.

Die Sozialdemokraten fochten in einer Abwehrstellung, denn sie wurden von Kommunisten wie Nationalsozialisten in gleicher Weise angegriffen. Wenn die Wählerzahlen auch etwas zurückgingen, so blieb doch ein festgefügtter Block von Mitgliedern und Wählern der Partei treu und setzte dem Terror der Radikalen Widerstand entgegen.

Im August 1932 wurden Attentate auf Sozialdemokraten verübt. Schlägereien auf Kundgebungen und Wahlversammlungen gehörten längst zum politischen Alltag, und die Reichsbannerleute bekamen einen ständig härteren Stand gegen die schnell wachsende Übermacht der SA. Aber am 2. August wurde auf Passanten in der Elbinger Kolonie Trettinkenhof geschossen, die von einer Kundgebung der SPD heimkehrten, also durchaus nicht Anhänger der Partei zu sein brauchten. Zwei Personen wurden durch Revolverkugeln schwer verletzt und mußten in das Krankenhaus eingeliefert werden<sup>34</sup>.

In der Nacht vom 9./10. August 1932 erfolgte ein Bombenanschlag auf das Gebäude der Elbinger Verlagsanstalt, in der die „Elbinger Freie Presse“ gedruckt wurde. Es entstand beträchtlicher Sachschaden. Türfüllungen und Fensterkreuze wurden herausgerissen und alle Fensterscheiben des Gebäudes und der benachbarten Häuser zerstört. In der gleichen Nacht kam es am Nordfriedhof und auf der Hoch- und Leichnamstraße zu Schießereien. Wenige Tage zuvor war es in Marienburg zu Überfällen gekommen<sup>35</sup>. Die Täter konnten nicht ermittelt werden.

Der Arbeiterschaft bemächtigte sich eine große Erregung. Die Anhänger der Republik fanden sich in der „Eisernen Front“ zusammen, aber rückblickend muß man sagen, daß diese Aktion zu spät kam. Die Zahl derer, die in der Einführung diktatorischer Regierungsformen eine Lösung der wirtschaftlichen Krisensituation sahen, wuchs ständig.

Nach der sogenannten Machtübernahme begann auch im Regierungsbezirk Westpreußen die Vernichtung der Arbeiterbewegung. Die Gewerkschaften wurden aufgelöst, ihr Vermögen, das bei dem guten Stand der Organisation in Westpreußen nicht unerheblich war, wurde beschlagnahmt. Die Kommunistische Partei wurde nach dem Reichstagsbrandprozeß verboten. Eine Terrorwelle legte über die Mitglieder der SPD und der Gewerkschaften hinweg. Ihre Vorsitzenden und die Führer des Reichsbanners wurden in Gefängnisse und Konzentrationslager gebracht, oftmals schwer mißhandelt. Sie mußten froh sein,

<sup>34</sup> „Königsberger Volkszeitung“, 40. Jahrgang, Nr. 180 vom 3. August 1932.

<sup>35</sup> ebenda, Nr. 186 vom 10. August 1932.

wenn sie nach einigen Jahren entlassen wurden und irgendwie ihr Leben fristen konnten<sup>36</sup>.

Nach dem 20. Juli 1944 wurden im Zuge der „Gewitteraktion“ Franz Rudnitzki-Elbing, Breuer-Stuhm und Buchecker-Marienburg verhaftet und in das KZ Stutthof bei Danzig gebracht, obwohl diese drei SPD-Funktionäre völlig zurückgezogen lebten und nichts mit dem Kreise der Verschwörer zu tun hatten<sup>37</sup>.

### Die Arbeiterpresse

Im Jahre 1919 wurde eine sozialdemokratische Zeitung in Elbing gegründet, die „Volkszeitung“. Sie hatte einen guten Start, ging aber infolge der inflationären Entwicklung zurück und mußte ihr Erscheinen 1922 einstellen. Von 1920 bis 1922 brachte die USPD eine eigene Zeitung, die „Elbinger Volksstimme“, heraus, die der Redakteur Gustav Schröder leitete. Mit dem Zusammenbruch dieser Partei ging auch die Zeitung ein<sup>38</sup>.

Erst nach den Wirren der Inflation gelang es 1927, in der „Freien Presse“ ein Organ zu schaffen, das die Interessen der Arbeitnehmer vertrat. Diese Zeitung wurde zum Organ der Sozialdemokratischen Partei des Regierungsbezirkes Westpreußen.

Der heute in München lebende Diplomkaufmann Paul Schulz, ein gebürtiger Königsberger, war von 1927 bis 1933 Redakteur der „Freien Presse“ in Elbing. Von 1932 bis 1933 war er außerdem Mitglied des Preussischen Landtages. Über seine Tätigkeit in Elbing stellte er dem Verfasser folgenden Bericht zur Verfügung:

#### Meine Tätigkeit in Elbing 1927—1933

„Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei in Ostpreußen Hermann Schulz, bot mir um die Jahreswende 1926/27 die Redaktion der sozialdemokratischen Zeitung in Elbing an. Mit der Herausgabe dieses neuen Blattes sollte gleichzeitig eine Intensivierung der Parteiarbeit in Westpreußen verbunden sein.

Eine gleich nach dem Kriege begründete Zeitung, die „Elbinger Volksstimme“, war während der Inflation eingegangen. Als Organ der USPD stand sie unter der Leitung von Gustav Schröder, einem in der Arbeiterbewegung erfahrenen Mann, der sich als Volksschüler (gelernter Korbmacher) ein erstaunliches Wissen angeeignet hatte und selbständige historische Forschung zu treiben in der Lage war. In der Tagespolitik schlug er eine scharfe Klinge und war von spröder Härte. Mit der Zeit bekam dieser ebenso idealistische wie dogmatische Mann eigenwillige, um nicht zu sagen eigenbrötlerische Züge, die durch ein schweres persönliches Schicksal mit verursacht und verstärkt wurden: Augenlicht und

<sup>36</sup> Matull, Wilhelm: Ostpreußens Arbeiterbewegung. Würzburg 1970. S. 122 ff.

<sup>37</sup> Mitteilung von Franz Rudnitzki an den Verfasser.

<sup>38</sup> ebenso.

Gehör nahmen gleichzeitig ab und zwangen ihn, der öffentlichen Wirksamkeit und der redaktionellen Arbeit zu entsagen.

Als ich ihn 1927 kennenlernte, betrieb er als selbständiger Handwerker seine Korbmacherwerkstätte, wobei seine resolute Ehefrau den damit verbundenen Handel leitete. In den Jahren 1928 bis 1930 schrieb er eine Geschichte Ost- und Westpreußens nach der Methode der materialistischen Geschichtsbetrachtung, wobei eingehend dem Schicksal der nicht privilegierten Volksschichten nachgespürt wurde. Im Zuge der fortschreitenden Arbeit konnte Schröder jeden Sonnabend eine volle Zeitungsseite diesem Thema in der „Freien Presse“ widmen.

Ich weiß nicht, ob die „Volksstimme“ im Jahre 1922 bei der Vereinigung von SPD und USPD noch als Vermögen in die neue politische Einheit eingebracht werden konnte, ob sie kurz vorher oder bald danach ihr Erscheinen einstellen mußte. Auf alle Fälle war sie ein dünnes Blättchen geworden, dem man den Papier- und Geldmangel schon äußerlich ansah. Kein Wunder, denn damals erlagen privatwirtschaftliche Unternehmen mit ganz anderen Kapitalgrundlagen dem wirtschaftlichen Ruin.

Erhalten blieb auf alle Fälle das Haus in Elbing, Spieringstraße 21, als Eigentum der Arbeiterorganisation und eine bescheidene maschinelle Ausrüstung für einen Zeitungsbetrieb. Es war eins der schönen barocken Giebelhäuser mit Beischlag in der stülpert erhaltenen Altstadtstraße Elbings. Hier hatten die maßgeblichen Gewerkschaften ihre Sekretariate, und hier wurden 1927 auch Geschäftsleitung, Redaktion, Setzerei und Druckerei der neuen Zeitung untergebracht. Der Verlag erhielt den neutralen Namen „Elbinger Verlagsgesellschaft mbH“, während die Zeitung durch den Namen „Freie Presse“ deutlich ihren Charakter als Organ der Linken betonte.

Neben den lokalen Organisationen war die „Konzentration AG-Berlin“ als Gesellschafter beteiligt. Sie half auch technisch bei Instandsetzung des Betriebes. Der erste Geschäftsführer war ein Berliner. Drei Zeitungsseiten — zwei Seiten Politik, eine Seite Feuilleton — kamen täglich als Matern aus Berlin. Das war bei den damaligen Nachrichtenverbindungen aktuell genug; denn der Nachtschnellzug verließ Berlin um 23.00 Uhr und war etwa um 6.00 Uhr früh in Elbing. Aktueller waren die mit Brief versandten Berichte der Nachrichtenagenturen WTB und Tel-Union auch nicht. Über Funkverbindung verfügten nur wenige Zeitungen der Provinz. Die Redaktion war dünn genug besetzt: ein Mann.

Als Verbreitungsgebiet wurden von vornherein neben dem Regierungsbezirk Westpreußen die östlich und nordöstlich gelegenen Nachbarkreise Pr. Holland und Mohrungen vorgesehen. Und so wurden auch die Grenzen für den Unterbezirk Elbing der SPD abgesteckt. Aufbau der Zeitung und Ausbau der Parteiorganisation gingen Hand in Hand. Häufig waren aktive Parteimitglieder zugleich Berichterstatter für die Parteizeitung. Für die Redaktion war der Aufbau eines Netzes von Berichterstattern eine ebenso wichtige wie beschwerliche Aufgabe.

Vorsitzender des Unterbezirks war 1927 Franz Rudnitzki, dessen Entwicklung vom Volksschüler und Modelltischler zum geschickten Organisator, klug abwägenden Politiker und hervorragenden Kommunalpolitiker, für diesen Mann ebenso kennzeichnend ist wie für eine Eliteschicht seiner Generation in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Zu den preußischen Landtagswahlen 1928 wurde Rudnitzki auf dem Bezirkstag der SPD in Königsberg an die aussichtsreiche fünfte Stelle der ostpreußischen Landesliste gesetzt.

Das war gar nicht so leicht; denn angesichts der wenigen zu erwartenden Mandate mußte mancher andere Bewerber, für den auch gewichtige Gründe sprachen, verzichten. Die Nominierung Rudnitzkis galt nicht nur dem Respekt vor seiner persönlichen Leistung und seinem Ansehen in Elbing, sondern war auch eine Anerkennung für die erfolgreiche Arbeit der Parteifreunde und Gewerkschaften des „Unterbezirks Elbing“, dessen Gebiet nun ein eigener Wahlkreis wurde. Während der Legislaturperiode 1928 bis 1932 hat Rudnitzki ihn im Preußischen Landtag geschickt vertreten, auch nachdem er im Jahre 1930 zum Landrat des ostpreußischen Kreises Angerburg berufen worden war.

Die größeren Ortsvereine der SPD im Unterbezirk bestanden naturgemäß in den Städten. Außer Elbing sind in Westpreußen vornehmlich zu nennen Marienburg (Vorsitzender Willutzki), Stuhm (Vorsitzender Ernst Breuer), Rosenberg und das sehr rührige und erfolgreiche Deutsch-Eylau; in den beiden anderen Kreisen die Ortsvereine Mohrungen und Saalfeld. Um 1930 gewannen Mühlhausen im Kreise Preußisch-Holland und Riesenburg im Kreis Rosenberg an Bedeutung. Die Arbeit in Marienwerder (Vorsitzender Buchecker), das seinen konservativen Charakter als Beamtenstadt des königlichen Preußens bewahrt hatte, war mühsam. In den Städten Christburg, Garnsee, Freystadt und Bischofswerder gab es nur einige wenige Getreue, die es bei ihrem politischen Wirken schwer genug hatten.

Die Nähe der Grenze, die durch Versailles neu gezogen worden war, hatte ökonomische Probleme geschaffen, für die die Republik und die sie stützenden Kreise verantwortlich gemacht wurden. Der Grundbesitz hatte Abhängigkeiten und Einflüsse von starkem Gewicht und verstand es, sie aufrecht zu erhalten. Es gab eine einflußreiche konservative Provinzpresse mit beachtlichem Niveau und dauernder Wirkung.

In der Stadt Preußisch-Holland minderte die Rivalität zwischen SPD und KPD die mögliche politische Wirkung der Linken. In Tolkemit verfügte die KPD über einen kleinen, aber sehr aktiven Kern, dessen Hauptziel darauf gerichtet war, sozialdemokratischen Einfluß nicht aufkommen zu lassen. Bei den bürgerlichen Bevölkerungsgruppen konnte sie sowieso nichts gewinnen. Wahlkämpfe wurden hier innerhalb der Arbeiterbewegung hart ausgefochten, während die bürgerlichen Kreise gelassen zusahen.

Von den hervorragend arbeitenden ländlichen Ortsvereinen sind Dörbeck und Reimannsfelde (zwischen Elbinger Höhe und Haffküste) sowie Neukirch-Niederung (zwischen Elbing und Marienburg) zu nennen. Besondere Erwäh-

nung wegen erstaunlicher Leistungen verdient der Ortsverein Rehhof (auf halber Eisenbahnstrecke zwischen Stuhm und Marienwerder).

Die Liste der Stützpunkte ist unvollständig. Oft waren es auf dem flachen Lande nur zwei, drei Personen im Dorf, Vertrauensleute der Gewerkschaften, vor allem Landarbeiter und Bauarbeiter, die zäh und unermüdlich, vielfach unter materiellem Risiko, für die Sozialdemokratische Partei arbeiteten.

Die Stadt Elbing war im Jahre 1927 mit ihren ca. 70 000 Einwohnern eine Arbeiterstadt. Trotzdem war die Linke in der Stadtverordnetenversammlung nach meinem Empfinden schwach vertreten. Von den beamteten Stadträten war nur ein einziger Angehöriger der SPD — und auch das nur dem Parteibuch nach, nicht als Aktivist. Als im Jahre 1929 ein neuer Stadtkämmerer zu bestellen war, unterlag ein Kandidat des Zentrums mit den Stimmen der SPD klar abgeschlagen dem volksparteilichen Syndikus der Industrie- und Handelskammer Elbing. Wie die kommunistischen Stadtverordneten sich bei der Wahl verhielten, weiß ich nicht mehr. Vermutlich haben sie sich der Stimme enthalten, aber selbst ihre Unterstützung hätte den Sieg des Volksparteilers nicht gefährdet.

Diese Zusammensetzung des Stadtparlaments war im Zeichen des allgemeinen Wahlrechts bei der soziologischen Struktur der Stadt erstaunlich. Denn hier bestand als Wirklichkeit der klassische Interessengegensatz zwischen wenigen Kapitaleignern und großen Belegschaften.

Drei große Unternehmungen der Metallindustrie waren die maßgebenden Arbeitgeber in der Stadt: die Schichauwerft, die Automobilfabrik Komnick und — mit Abstand — die Blechwarenfabrik Neufeldt. In den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg waren die Löhne in der Metallindustrie so niedrig, daß die Arbeiterfamilien auf den zusätzlichen Verdienst der Frauen angewiesen waren, um wenigstens dem Existenzminimum zu entrinnen.

Das war die Grundlage dafür, daß sich hier die Firma Loeser & Wolff, eine der größten Zigarrenfabriken Deutschlands, entwickelte und vor 1914 etwa 2 500 Frauen und Mädchen als Zigarrenarbeiterinnen beschäftigte. Morgens zwischen 6 und 7 Uhr war die Königsberger Straße zwischen Schichau und Loeser & Wolff alltäglich der Schauplatz der stummen Demonstration von Tausenden Männern und Frauen zu den Fabrikatoren.

Während es erfahrungsgemäß schwierig war, Frauen gewerkschaftlich zusammenzufassen, verfügten die Elbinger Zigarrenarbeiterinnen im Deutschen Tabakarbeiterverband über eine gute und zahlenmäßig sehr starke Organisation mit eigenem hauptamtlichen Sekretär (bis 1929 Baumhardt, dann Tschuppan).

Die erste (und zugleich letzte) weibliche Stadtverordnete Elbings, nach 1933 gab es keine weiblichen Mandatsträger mehr, war die langjährige Betriebsratsvorsitzende von Loeser & Wolff, Mila Rautenberg. Hartnäckig im Verhandeln mit der Geschäftsleitung, von nüchterner Sachlichkeit, aber auch temperamentvoll als Referentin in den von 600 bis 1 000 Frauen besuchten Gewerkschaftsversammlungen, genoß sie bei den Kolleginnen Autorität und Zuneigung, um die sie mancher männliche Gewerkschaftler beneiden konnte. Ein wochenlanger

allgemeiner Streik der deutschen Tabakarbeiter — etwa 1929 — sah die Elbinger Frauen in voller Solidarität bis zum letzten Tage.

Hauptamtlich besetzte Gewerkschaftssekretariate gab es in Elbing außerdem für die Verbände der Metallarbeiter, Holzarbeiter, Bauarbeiter, Fabrikarbeiter, Landarbeiter und den „Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe“. Neben ihnen bestanden aber über ein Dutzend weitere freigewerkschaftliche Organisationen mit ehrenamtlichen Vorständen, ein getreues Abbild der damaligen aufgesplitterten Verbandsgliederung. Der im Verlag der „Freien Presse“ erschienene „Westpreußische Volkskalender“ 1931 nennt für Elbing 20 Anschriften der freien Gewerkschaften, für Marienburg 13, Marienwerder zehn, Riesenburg fünf und Rosenberg drei.

Zusätzlich bestanden in Elbing, Marienburg und Marienwerder Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Der Allgemeine Freie Angestellten-Bund war durch eine sehr rührige Ortsgruppe des Zentralverbandes der Angestellten vertreten, die unter Leitung von Erich W. Gniffke besonders erfolgreich wurde. Gniffke zählte zu den Wiederbegründern der SPD in Berlin 1945, gehörte aber dem Zentralkomitee der SED an, bis er nach einigen „Jahren mit Ulbricht“ in die Bundesrepublik zur SPD zurückkehrte. Schließlich war eine Gruppe von Elbinger Polizeibeamten unter Leitung von Gülden Mitglied des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes. Ihre politische Vertretung sahen alle diese Organisationen in der Sozialdemokratischen Partei. Hier muß noch einmal Franz Rudnitzki genannt werden, der neben seinen bisher genannten Funktionen auch die Partei in der Stadt Elbing sowie deren Stadtverordnetenfraktion leitete. Als Stadtverordnetenvorsteher war er von allen Seiten des Hauses anerkannt. Franz Rudnitzki ist am 8. Mai 1972 in Bremerhaven im 90. Lebensjahr verstorben.

Die maßgeblichen Funktionäre der Gewerkschaften waren vielfach aktive Parteimitglieder. So gehörten die Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbandes, bis 1929 Fischer, dann Rudolf Wallbrecht, dem örtlichen Parteivorstand an. Die Gewerkschaftssekretäre Zech und Meier waren Stadtverordnete. Von den ehrenamtlich Tätigen seien stellvertretend für viele genannt: der immer wieder gewählte Betriebsratsvorsitzende der Schichauwerft Bernhard Harwardt, sein Bruder Franz, unverdrossener Kassenwart über zwei Jahrzehnte, der Betriebsratsvorsitzende Fritz Weiß der Firma Komnick, Fritz Dangel und seine Frau Grete, Arthur Pirchner, Emil Scharp, der als Schwerkriegsbeschädigter ehrenamtlich auch die Organisation der Kriegsgopfer leitete, Ernst Kinder, Betriebsratsvorsitzender der Brauerei Englisch Brunnen, Gustav Heß, Vorsitzender des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, dem 1931 Otto Wenzlaff folgte (1933 ermordet).

Senior der Parteimitglieder war Heinrich Perschon, der mit seinen 80 Jahren noch die Tradition aus der Kampfzeit des Kaiserreichs verkörperte. Zur Parteiprominenz gehörte Polizeipräsident Früngel, nach ihm Wende, der im Sommer 1932 von der Regierung Papen seines Postens enthoben wurde. Früngel starb



Abb. 46: Franz Rudnitzki



Abb. 47: Paul Schulz



Abb. 48: Marie Juchacz

einige Monate später in Berlin, während Wende, der sein Amt als Polizeipräsident in Schlesien zur gleichen Zeit verloren hatte, im Jahre 1945 zu dem ersten sozialdemokratischen Kreis in Berlin gehörte.

Für die politische Haltung des gebildeten Bürgertums war es kennzeichnend, daß jahrelang nur ein einziger Akademiker Parteimitglied war, der praktische Arzt Dr. Kranz. Ihm gesellten sich erst durch die Berufung zweier junger Professoren an die eben gegründete Pädagogische Akademie neue Kräfte hinzu: Dr. Carl Thieme (Staatsbürgerkunde) und Hans Haffenrichter (Kunsterziehung).

Von der jungen Generation nenne ich Fritz Kinder, der sich als Vorsitzender der Sozialistischen Arbeiter-Jugend bewährt hatte und Kreisleiter für Elbings-Land wurde; Emil Pahl aus der Arbeitersportbewegung, Vorsitzender des Vereins „Freie Schwimmer“ und zugleich Vorsitzender des Arbeitersport-Kartells; Fritz Kahlweiß, Vorsitzender des Touristenvereins „Die Naturfreunde“, Frida Schulz, die die Organisation der „Kinderfreunde“ begründete und gut entwickelte (sie organisierte zusammen mit dem Metallarbeiter Erich Friese und der Tabakarbeiterin Gertrud Scharfschwert sogar ein Ferienlager für Elbinger Arbeiterkinder in der Schweiz); Helmut Marx, dem im Jahre 1930 die Geschäftsstelle der „Freien Presse“ in Marienburg anvertraut wurde.

Nach der Übersiedlung Rudnitzkis nach Angerburg wurde ich zum Vorsitzenden sowohl des Ortsvereins Elbing wie des Unterbezirks gewählt und habe beide Ämter bis zum bitteren Ende 1933 behalten. In Elbing sah es schon

1928 trübe aus. Während allenthalben in Deutschland noch gute Wirtschaftskondition herrschte, waren die Elbinger Arbeitsplätze ernstlich gefährdet, besonders durch den Niedergang der Schichauwerft.

Im Kaiserreich hatte die regelmäßige Vergabe von Kriegsschiffbauten, z. B. Torpedobooten, eine gute Grundlage für Auftragsbestand und Beschäftigung abgegeben. Sie fehlte völlig, und die alte Geschäftsführung war nicht in der Lage gewesen, für Ersatz zu sorgen, zumal bei den deutschen Werften westlich der Weichsel die Auftragslage nicht besser war und der Konkurrenzkampf harte Formen angenommen hatte. Bei Schichau waren Massentlassungen in Sicht. Da blieb nur der Ruf nach Staatshilfe übrig, zu dem Stadtverwaltung, Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften sich vereinten.

Die Hilfe wurde nach langem Zögern gewährt, gegen den Widerstand der westdeutschen Werftindustrie und gegen die Warnung von Volkswirten verschiedenster Richtung, in Elbing nicht noch gutes Geld dem verlorenen schlechten nachzuwerfen. Die ostpreussischen Gewerkschaften und ihre parlamentarischen Vertreter in Reichstag und Landtag hatten in Berlin im eigenen Lager einige Schwierigkeiten zu überwinden, ehe die Fraktionen sich im Reichstag und Landtag zu der einheitlichen Stellungnahme entschlossen, viele Millionen Staatsgelder zur Sanierung zuzuschießen und die Firma Schichau aus dem privaten Familieneigentum in eine Gesellschaft überzuführen, an der das Reich und der preussische Staat wesentlich beteiligt waren.

Die Elbinger Arbeiterschaft honorierte diese Hilfe durch klare Bekenntnisse zur Republik und der sie stützenden Linken. Man konnte aufatmen, aber nur für kurze Zeit. Denn nachdem die besondere Gefahr für Schichau vorüber war, zogen die allgemeinen Gefahren einer schweren Wirtschaftskrise schnell herauf. Die Firma Neufeldt konnte hohe Wechsel nicht mehr einlösen und fallierte.

Die Automobilfabrik Komnick mußte Konkurs anmelden. Ihre Serien waren zu klein geworden, um auf dem Markt noch preislich konkurrenzfähig zu sein. Auch die technischen Ratschläge und Rationalisierungsversuche amerikanischer Experten nützten nichts mehr; ganz abgesehen davon, daß die Metallarbeiter bei Komnick diesen Experimenten ablehnend gegenüberstanden und meinten, sie hätten das Durcheinander erst komplett gemacht. In ganzen Werkhallen hörte die Fertigung auf, in anderen mußte Kurzarbeit eingerichtet werden. Auch nachdem die Braunschweiger Lastwagenfirma Büsing-NAG einen Teil des Komplexes übernahm, blieb die Beschäftigungsziffer weit unter dem früheren Stand. Wo waren neue, andere Arbeitsplätze? Die Frage wurde in Elbing genau so dringlich gestellt wie in Berlin und im Ruhrgebiet. Die Arbeitslosenziffern wuchsen beängstigend. Der Selbstmord eines entlassenen qualifizierten Ingenieurs erschütterte die Stadt.

Die nationalsozialistischen Demagogen sahen ihren Weizen blühen. Aber es verdient nachdrücklich festgehalten zu werden, daß die Elbinger Arbeiterschaft gegen die Nazis immun war. Allenfalls machte sich eine geringe verstärkte Neigung zur KPD bemerkbar. Anfällig für die Nazipropaganda waren Klein-

bürgertum, Angestelltenkreise, Studenten der Pädagogischen Akademie und bestimmte Beamtenkreise nach den durch Brünings Notverordnungen verfügbaren Gehaltskürzungen.

Die militanten Verbände der demokratischen Linken, Reichsbanner und Eiserne Front, fanden Helfer in Scharen. Gerade in die Zeit wachsender Not fielen eindrucksvolle Kundgebungen auf dem zentral gelegenen Friedrich-Wilhelm-Platz. Armselige Bekleidung und schlechte Ernährung hielten die Gewerkschaftler, Parteifreunde, Reichsbannerkameraden und Sympathisierenden nicht davon ab, bei diesen Kundgebungen dabei zu sein, Propagandafahrten ins Land hinaus zu unternehmen und Versammlungsschutz zu stellen.

Die Wahlkämpfe jagten einander, die Mittel wurden knapp. So manches Mal, wenn wir spät nachts im LKW heimkehrten, durchfroren, durchnäßt, war es nicht einmal möglich, den müden Männern eine Erfrischung zu geben. Im Sommer 1932 wurde ein Bombenanschlag auf das Gewerkschafts- und Zeitungsgebäude in der Spieringstraße verübt; wenig später traten Rollkommandos, verstärkt durch Danziger SA, zu einem nächtlichen Angriff auf das Haus an. Sie wurden durch die starke Wache des Reichsbanners zurückgeschlagen und weit durch die Straßen getrieben.

Werfen wir in der Stadt Elbing noch einen Blick zurück auf die Jahre 1928 bis 1931, bevor der Wahlkampf in Permanenz und der latente Bürgerkrieg alle andere Betätigung zurückdrängte. Wo die Not zu groß ist, da schweigen die Musen. Kein Wunder, daß die Aktivität der Arbeiterbewegung vorwiegend auf ökonomische Ziele gerichtet war. Bildungsmöglichkeiten für die breite Masse über die Volksschule hinaus gab es in Elbing jahrzehntelang nicht. Es blieb wenigen Einzelnen überlassen, sich in harter autodidaktischer Arbeit neben anstrengender und langdauernder Berufsarbeit selbst zu bilden, ökonomische, historische, rechtliche und künstlerische Kenntnisse zu erwerben, Impulse zu empfangen, die über den Kampf ums tägliche Brot hinausgingen.

Die zwanziger Jahre brachten insoweit ständige Fortschritte und verbreiterten das Bildungsniveau erfreulich, wenn auch für die Ungeduldigen zu langsam. Neben zweckbetonten Bildungseinrichtungen der Gewerkschaften traten die Bestrebungen der Arbeiterjugend, der Kinderfreunde, des Arbeitersportkartells, der Arbeiterwohlfahrt, eines Schachklubs und mehrerer musikalischer Vereinigungen; Matineen im Stadttheater, Konzerte der Sänger, der Bandonionspieler, Aufführung von Sprechchören und dergleichen mehr. Zu den Vorträgen des Wieners Josef Luitpold Stern über das spröde Thema „Das Antlitz der Weltwirtschaft“ strömten an sechs Abenden einer Woche 800 Zuhörer ins Volkshaus. Und es erfüllte mich heute nach vier Jahrzehnten noch mit Genugtuung, daß es gelang, im Krisenjahr 1931 eine ganze Arbeiter-Kultur-Woche mit täglichen gediegenen Veranstaltungen durchzuführen, die regelmäßig einen großen Zuspruch fanden. Den Abschluß bildete die Aufführung einer anspruchsvollen Kantate durch den Volksschor und Berufsmusiker vor ausverkauftem Hause.

Die Arbeiterwohlfahrt (Leitung Hedwig Rudnitzki) gewann an Bedeutung. Die Naturfreunde betrieben den Bau eines Wanderheims an der Haffküste,

die Freien Schwimmer konnten ein Kanubootshaus am Elbingfluß einweihen, die Seglervereinigung schaffte den Bau mehrerer Boote. Die Arbeitersportvereine zeigten gute Breitenarbeit, und es war eine kleine Sensation, als die Kinderfreunde eine Gruppe Elbinger Arbeiterkinder mit ihren Helfern zu einem großen Zeltlager in die ferne Schweiz, an den Thuner See, schickten.

Zur Parteiarbeit gehörte es selbstverständlich, prominente Redner, u. a. Paul Hertz, Erich Nölting, Wilhelm Sollmann, nach Elbing zu verpflichten, und umgekehrt war es eine Auszeichnung, daß Elbinger Redner zu großen Veranstaltungen nach Königsberg und Danzig gebeten wurden. Die Ausstrahlung von Elbing in den Unterbezirk hinein war eine gern übernommene Aufgabe. Der Sekretär des Landarbeiterverbandes hatte sowieso seine Mitglieder außerhalb der Stadt. Der Verband der Fabrikarbeiter verfügte an der Haffküste über einen Mitgliederbestand, der womöglich größer war als in einer Stadt: es handelte sich um die Arbeiter der Ziegeleien von Steinort bis Cadinen, die sehr gut organisiert waren.

Die Parteiorganisation war so weit entwickelt und Zukunft verheißend, daß 1930 ein hauptamtlicher Sekretär eingestellt wurde: Erich Zielinski, der sich die Sporen als ehrenamtlicher politischer Funktionär sowie als Amts- und Gemeindevorsteher in Seerappen (Samland) verdient hatte. Die Partei hatte endlich auch Geld genug, uns ein gebrauchtes, zweisitziges Kleinauto zur Verfügung zu stellen, das die Wirkungsmöglichkeit des Unterbezirkssekretärs zeitlich und räumlich erheblich erweiterte.

Wie viele Kilometer sind wir auch zu zweit an den Wochenenden, wenn ich von der Redaktion abkömmlich war, über Land gefahren, zu Versammlungen, zu Beratungen mit den Parteifreunden, zu Sprechstunden! Es war ein Jammer, daß dieser tatkräftige, verantwortungsbewußte Mann, kaum dreißig Jahre alt, nach einjährigem Wirken als Opfer des Nationalsozialismus fiel. Auf Wunsch hielt er in seinem Heimatort Seerappen eine Versammlung ab. Ein Rollkommando der Königsberger SA sprengte die Versammlung. Zielinski wurde zu Boden geworfen und erlitt durch Fußtritte in den Unterleib so schwere innere Verletzungen, daß er kurze Zeit später starb.

Die frei gewordene Stelle wurde nicht gleich wieder besetzt. Ende 1931 zwang Geldmangel die Partei schon wieder zu rigorosen Einsparungen. Eine andere Lösung konnte angesteuert werden. Ich wurde im Frühjahr 1932 als Nachfolger Rudnitzkis in den Preußischen Landtag gewählt, gab die Redaktion der „Freien Presse“ ab und stand voll für die Parteiarbeit zur Verfügung, Vorsitzender und Sekretär in einer Person, dessen Bezüge zudem vom Landtag bezahlt wurden. Von parlamentarischer Tätigkeit war sowieso wenig die Rede.

Die „Freie Presse“ kam in den Verband der „Königsberger Volkszeitung“. Redaktionelle Aufgaben am Ort übernahmen der Geschäftsführer der Elbinger Verlagsgesellschaft Kau, der auch eine journalistische Ader hatte, sowie sporadisch Rudolf Haetzel aus Königsberg, der in früheren Jahren schon Urlaubsvertretungen in Elbing übernommen hatte. Meine Mitarbeit beschränkte sich

auf Nachrichten über die Parteiarbeit im Unterbezirk, gelegentliche Berichte aus Berlin usw.

Ein Grenzlandtreffen in Stuhm, gemeinsam veranstaltet vom Reichsbanner des Unterbezirks und dem Republikanischen Schutzbund in der Freien Stadt Danzig, verdoppelte für einen Sonntag die Einwohnerzahl dieser Stadt. Stuhm war als Treffpunkt gewählt, weil hier, wo Ungerechtigkeiten der Grenzziehung durch den Versailler Vertrag kraß zutage traten, die Nazis mit Sonderparolen zusätzlich Anhänger zu gewinnen hofften. Wir wiesen nachdrücklich die Anmaßung der Nazis zurück, im Namen der Nation zu sprechen. Das war ein eindrucksvoller Höhepunkt unserer Arbeit in großer Öffentlichkeit.

Sonst hetzten die angestellten wie die ehrenamtlichen Funktionäre in den fünf langgezogenen Wahlkämpfen des letzten Jahres von Ort zu Ort, von Wahlversammlung zu Wahlversammlung, mit ihnen, wo notwendig, auch der freiwillige Saalschutz. Aber wußte man immer, wo er notwendig war? Es war ebenso nervenzehrend, im vollen Saal zu zu sprechen und eine Saalschlacht zu erwarten, wie mit wenigen Freunden in einem kleinen Gasthaus vergeblich auf Zuhörer zu warten, während ein Kordon militärisch gedrillter Leute den Boykott der Veranstaltung vollständig machte. Es war ebenso schwer, gegen die steigende Hoffnungslosigkeit der sich ins Endlose dehnenden Wirtschaftskrise anzugehen, wie peinlich, dem deutschnationalen Grafen Westarp Saalschutz in der Elbinger Bürgerressource geben zu müssen, als er — nahe dem Schlachtfeld von Tannenberg — für Paul von Hindenburg als Reichspräsident gegen den braunen „Retter Ostpreußens“ — so wurde er tatsächlich auf den Naziplakaten genannt — plädierte. Uns lag zwar weniger an dem alten konservativen Haudegen, der sich übrigens anerkennenswert hielt, als daran, der tatendurstigen SA eine Niederlage zu bereiten. Sie wagten den Angriff nicht, und so waren Handgreiflichkeiten nicht erforderlich, um die Niederlage zu dokumentieren.

Das Ergebnis der intensiven Bemühungen war, daß die SPD dieses Wahlkreises im Frühjahr 1932 einen erfreulichen Stimmengewinn zu verzeichnen hatte und bis zu den letzten freien Wahlen der Weimarer Republik halten konnte. Dem braunen Terror war Halt geboten. Wahrscheinlich liegt hier die Ursache für den infamen Terror von SA und SS in unserem Gebiet nach dem März 1933. Es ging in Westpreußen zu Ende wie in ganz Deutschland. In ohnmächtiger Wut mußten wir zusehen, wie in einem Arbeiterviertel von Elbing, der Pangritz-Kolonie, rote und schwarz-rot-goldene Fahnen von LKW's herunter durch den Straßendreck gezogen wurden, eskortiert von uniformierter Polizei. Wer diesen Fahnen gefolgt war, dessen Freiheit, Gesundheit und Leben standen jetzt auf dem Spiel.

#### Preußischer Landtagsabgeordneter von 1932 bis 1933

In der letzten demokratisch durchgeführten Wahl zum Preußischen Landtag rückte ich für den Wahlkreis Elbing in das Parlament ein.

In den Wirren jenes Jahres gab es in der im April beginnenden Legislaturperiode, die noch nicht einmal ein volles Jahr dauern sollte, nach meiner

Erinnerung nur fünf Sessionen von jeweils wenigen Tagen, bei denen so gut wie ausschließlich Propagandareden gehalten wurden. Die zweite Sitzung nach der Konstituierung endete, wie bekannt, mit einer blutigen Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, bei der auch der in vorderster Reihe sitzende Geschäftsführer der sozialdemokratischen Fraktion, der Abgeordnete Jürgensen-Stettin, schwer verletzt wurde.

Die Parlamentsausschüsse tagten kaum. Ich kann nicht einmal sagen, ob der Verkehrsausschuß, dem ich angehörte, eine konstituierende Sitzung abhielt. Dagegen konstituierte sich der von den Nationalsozialisten beantragte Ausschuß zur Untersuchung von Mißständen in der preußischen Justiz. Vorsitzender wurde Roland Freisler, Schriftführer ich. So saßen wir beide im Ausschuß nebeneinander. Freisler, der im Landtagsplenum den wilden Mann spielte und mit intellektuell gekonnter Demagogie tobte, gab sich in der ersten Ausschußsitzung gelassen. Mein Protokoll unterschrieb er unbesehen mit fahigen großen Schriftzügen.

Arbeitsunterlage für den Ausschuß war die verbotene erste Auflage des Pamphletes „Gefesselte Justiz“ eines gewissen Zarnow (Pseudonym), und ich wurde als Berichterstatter zum Fall Haas-Magdeburg bestellt. Der Fall ist bekanntlich nach 1945 als „Affäre Blum“ auch in die deutsche Filmgeschichte eingegangen. Reaktionäre Richter und Staatsanwälte in Magdeburg hatten den in der Reichsbannerführung tätigen Industriellen Haas unter Mordverdacht inhaftiert und in politischem Haß auch dann nicht freigelassen, als der Verdacht haltlos geworden war. Erst die durch den Oberpräsidenten von Magdeburg, Hörsing, veranlaßten Nachforschungen eines angesehenen Berliner Kriminalrats zwangen die Magdeburger Justiz zur Freilassung des Unschuldigen.

Es wäre für mich eine reizvolle Aufgabe gewesen, diesen Justizskandal, den Herr Zarnow natürlich ganz anders und als schweren Eingriff der Verwaltung in ein schwebendes Verfahren darstellte, an Hand der Akten polemisierend zu behandeln. Dazu kam ich nicht mehr.

Freisler beraumte eine neue Sitzung des Ausschusses erst nach dem 30. Januar 1933 wieder an. Er selbst hielt vor einer nazi-uniformierten Zuhörerschaft — für die nötige Kulisse hatte er gesorgt — eine einstündige Brandrede mit maßlosen Beschimpfungen und Drohungen gegenüber den sozialdemokratischen Mitgliedern und schloß mit Aplomb die Beratungen des Ausschusses, weil er angesichts der bevorstehenden Neuwahlen nicht mehr kompetent zur Arbeit sei.

Ich vermute, daß lediglich die Anwesenheit ausländischer Pressevertreter uns vor Tätlichkeiten bewahrt hat. Übel genug war auch so schon das Spießrutenlaufen zum Saalausgang zwischen der brüllenden und die Fäuste schwingenden braunen Meute, die nur einen schmalen Pfad freiließ.

Auch die Gelegenheit zu meiner parlamentarischen Jungfernrede unterbanden die Nationalsozialisten. Als nach dem Reichstagswahlkampf vom Juli 1932 der organisierte nationalsozialistische Terror in Königsberg (Ermordung des Stadtverordneten Sauf, Pistolenattentate auf den Redakteur Wyragsch und

den volksparteilichen Regierungspräsidenten von Bahrfeldt) und in der Provinz Tote forderte, verlangte die sozialdemokratische Fraktion die Behandlung der Ereignisse im Landtag, schon um die Regierung von Papen zu zwingen, Farbe zu bekennen. Als Redner aus Ostpreußen war ich von der Fraktionsführung vorgesehen. Die Nationalsozialisten erklärten im Ältestenrat, daß sie bei der Erörterung dieses Themas einen ungestörten Ablauf der Debatte nicht garantieren könnten. Unter dieser unmißverständlichen Drohung wichen die anderen Fraktionen zurück, und das Thema kam nicht auf die Tagesordnung.“

#### Literaturverzeichnis

- B r u n s , Carl Georg: Die Rechtslage der Ostprovinzen nach dem Friedensvertrag, hrsgg. i. A.: Deutsche Vereinigung in Bromberg, Berlin. 1919.
- C a r s t e n n , Edward: Geschichte der Hansestadt Elbing. 1937.
- „ : Elbinger Geschichte. In: Elbinger Hefte Nr. 5. Essen. 1951.
- K e y s e r , Erich: Geschichte des deutschen Weichsellandes. Leipzig. 1939.
- K o r t h a l s , Otto: Chronik des Kreises Dirschau. Bonn. 1969.
- S c h u c h , Hans-Jürgen: Wiedersehen mit Elbing. In: Elbinger Hefte Nr. 25. Essen, 1958.
- S c h u l z , Fritz: Die politische Tagespresse Westpreußens. Diss. Heidelberg/Deutsch Krone. 1913.
- T o u r l e y , Robert: Elbing im Jahre 1930. In: Elbinger Hefte Nr. 23. Essen. 1957.
- V o l z , Joachim: Die Frage der Internationalisierung der Weichsel, hrsgg. v. Ostland-Institut zu Danzig. Danzig. 1932.
- W i l k e n s , von, Hans Jürgen: Die große Not. Danzig-Westpreußen 1945. Saarstedt/Hannover. 1957.
- o. V.: Westpreußischer Volkskalender für das Jahr 1931. Elbing. 1931.
- „ : Schriftliche Mitteilungen der früheren Landtagsabgeordneten Franz Rudnitzki und Paul Schulz.
- „ : Freie Presse, Elbing 6. Jahrgang, 1930, aus dem Nachlaß des Redakteurs Rudolf Haetzal-Berlin.

# Freie Stadt Danzig

## *Die Situation nach dem Friedensschluß von Versailles*

### Der Status

Im Frühjahr 1919 wurde sichtbar, daß eine Abtrennung Danzigs vom Deutschen Reiche geplant war. Die Mantelnote der alliierten und assoziierten Mächte vom 16. Juni 1919 sagte<sup>1</sup>, Danzig solle

„. . . die Verfassung einer Freien Stadt erhalten; ihre Einwohner sollen autonom sein, sie sollen nicht unter die Herrschaft Polens kommen und werden keinen Teil des polnischen Staates bilden.“

Der Versailler Vertrag vom 28. Juni 1919 legte in seinen Artikeln 100—108 fest, daß Danzig ein unabhängiger Staat und ein selbständiges Mitglied der Völkerfamilie sein solle. Die zu bildende Freie Stadt bekam ein Territorium, dessen Umfang gleichfalls im Friedensvertrag bestimmt wurde. Es umfaßte 1 966 qkm mit 393 995 Einwohnern und bildete künftig die beiden Stadtkreise Danzig und Zoppot sowie die Landkreise Danziger Höhe, Danziger Niederung und Großes Werder, denn die alten Kreisgrenzen wurden zerrissen, was den jungen Kleinstaat mit erheblichen Problemen belastete.

Die Danzig betreffenden Bestimmungen des Friedensvertrages faßte Horst Jablonowski wie folgt zusammen<sup>2</sup>:

„Die Freie Stadt wird unter den Schutz des Völkerbundes gestellt. Ein Hoher Kommissar des Völkerbundes nimmt seinen Sitz in Danzig; er wird mit der erstinstanzlichen Entscheidung aller Streitigkeiten zwischen Polen und Danzig betraut. Die Danziger Verfassung soll von Vertretern der Freien Stadt Danzig im Einvernehmen mit dem Hohen Kommissar ausgearbeitet und unter die Garantie des Völkerbundes gestellt werden. Die wichtigste und schwierigste Frage des Danziger Status, das Verhältnis Danzigs zu Polen, soll durch ein von den alliierten und assoziierten Mächten zwischen der Freien Stadt und der Warschauer Regierung vermitteltes Abkommen geregelt werden. Der Artikel 104 des Versailler Vertrages gab aber schon einige Richtlinien für dieses Abkommen. Es soll die Führung der auswärtigen Angelegenheiten Danzigs durch Polen, die Zollunion Danzig-Polen und die Rechte Polens in Danzig im einzelnen regeln. Die Danzig-Artikel des Versailler Vertrages legten somit schon die drei entscheidenden Elemente des Danziger Status fest: die Staatlichkeit Danzigs mit eigener Verfassung, die Schutz- und Garantiefunktion des Völkerbundes gegenüber Danzig und die besonderen Rechte Polens gegenüber der Freien Stadt und in deren Gebiet, speziell im Hafenbereich.“

Danzig mußte die Führung seiner auswärtigen Angelegenheiten Polen übertragen, das aber die Auflage bekam, nach bestimmten Grundsätzen und Formen unter Beachtung der Wünsche und Anträge Danzigs zu verfahren und darüber

---

<sup>1</sup> Martin, H.: Freie Stadt Danzig I. Staatsrechtliche Stellung und wirtschaftliche Bedeutung der Freien Stadt Danzig. Danzig 1928. Hier S. 3.

<sup>2</sup> Jablonowski, Horst: Die Danziger Frage. In: Die deutschen Ostgebiete zur Zeit der Weimarer Republik. Köln 1966. S. 65 ff.

hinaus den Schutz der Danziger Staatsangehörigen im Ausland sicherzustellen. Danzig war berechtigt, polnischen Konsulaten, falls es engere wirtschaftliche Beziehungen zu den betreffenden Ländern unterhielt, eigene Beamte zur Bearbeitung der den Freistaat interessierenden Angelegenheiten beizugeben. An internationalen Konferenzen konnte die Freie Stadt als selbständiger Staat teilnehmen, sie wurde besonders eingeladen und hatte ein eigenes Stimmrecht. Internationalen Abkommen trat sie als vertragschließender Teil bei.

Die Freie Stadt durfte nicht als Militär- oder Marinebasis dienen, auf ihrem Gebiet durften Waffen und Munition nicht hergestellt oder gelagert und keine Festungswerke errichtet werden. Abweichungen von dieser Auflage, auch wenn sie vorübergehender Natur waren, mußten vom Völkerbund genehmigt werden, der auch im Fall einer etwa notwendigen militärischen Verteidigung Danzigs besondere Beschlüsse zu fassen hatte. Als Vertreter des Völkerbundes, unter dessen Schutz die Freie Stadt stand, fungierte ein Hoher Kommissar in Danzig, der gleichzeitig erste Instanz aller Streitigkeiten zwischen der Freien Stadt und Polen wurde.

Dieses Amt übten in der Folgezeit aus: Sir Reginald Tower (1920, Großbritannien), Attolico (1920/21, Italien), Haking (1921—1923, Großbritannien), Mac Donnel (1923—1926, Großbritannien), van Hamel (1926—1929, Niederlande), Graf Gravina (1929—1932, Italien), Rosting (1932—1934, Großbritannien), Lester (1934—1937, Irland) und Burckhardt (1937—1939, Schweiz).

Auf Grund des Versailler Vertrages bildeten Danzig und Polen ein gemeinsames Wirtschaftsgebiet, für das gleichartige Gesetze für Waren- und andere Zölle erlassen wurden. Jedoch erfolgte die Verwaltung dieses Ressorts auf jedem der beiden Staatsgebiete durch eigene Behörden nach polnischen Zolltarifen. Die Rechte Polens auf Danziger Gebiet waren wirtschaftlicher Natur und sollten den ungehinderten Zugang zum Meer sicherstellen. Deshalb mußte die Verwaltung der Bahnen weitgehend an Polen abgetreten werden. In Danziger Hand verblieb nur der Nahverkehr zwischen den wenigen Bahnhofen des Freistaats, der Fernverkehr war Aufgabe der polnischen Bahnverwaltung<sup>3</sup>.

Am 10. Januar 1920 schied Danzig aus dem Deutschen Reich aus und wurde in feierlichen Akten, die in Paris und Danzig am 15. November d. J. stattfanden, zur Freien Stadt Danzig proklamiert<sup>4</sup>.

### Die Wirtschaft

Die der Freien Stadt Danzig gegebenen Grenzen stützten sich auf die der einstigen Stadtrepublik von 1793. Ein solches Zurückgreifen war unzumutbar, denn längst hatten sich die Besitzverhältnisse gewandelt. Die Grenzziehung mußte deshalb zahlreiche Fäden wirtschaftlicher Art zerreißen. Der Kleinstaat konnte Weizen, Zuckerrüben und Ölfrüchte über seinen Bedarf hinaus erzeugen, mußte aber Roggen und Kartoffeln einführen.

<sup>3</sup> Martin, S. 4—9.

<sup>4</sup> Loening, Otto: Die Verfassung der Freien Stadt Danzig. Danzig 1923. Hier S. 3.

Die Ausnutzung der günstigen geographischen Lage an der See und das leistungsfähige Eisenbahnnetz ermöglichten Danzig, zum Standort einer ausgedehnten Industrie zu werden. Gerade hier waren aber die Hauptschwierigkeiten zu überwinden.

In Danzig gab es die leistungsfähige private Schichauwerft, ein Zweigunternehmen des Elbinger Stammwerkes. Sie war gegründet worden, um Schichau die Möglichkeit zu geben, Aufträge für den Bau großer Kriegsschiffe zu übernehmen. So waren z. B. einige der in der Skageraksschlacht eingesetzten deutschen Großlinienschiffe bei Schichau gebaut worden. Auf derartige Aufträge konnte künftig nicht mehr gerechnet werden, nicht nur wegen der Verkleinerung der deutschen Marine, sondern weil der Bau von Kriegsschiffen ein Verstoß gegen den Status der Freien Stadt gewesen wäre. Aufträge privater Reeder waren vor Beendigung der Inflation kaum zu erhalten.

Weit schwieriger war die Lage der Kaiserlichen Werft. Diese hatte dem Bau von Kriegsschiffen gedient, während des Weltkrieges in erster Linie dem von Unterseebooten. Die Werft und ihre Nebeneinrichtungen gehörten zum Reichsvermögen, das die Freie Stadt mit Polen zu teilen hatte. Hierzu trat als zweites Großobjekt die preußische Staatliche Gewehrfabrik in Danzig, ferner die Regierungsgebäude, die Postämter, Bahnhöfe, Bauten des Zolls, der Hafenverwaltung und alle Kasernen.

Da Polen große Ansprüche erhob, mußte die Teilung des Staatseigentums unter Mitwirkung des Hohen Kommissars, Sir Reginald Tower, vorgenommen werden. Jener verfügte am 1. August 1921 die Schließung der Gewehrfabrik und überwies die Gebäude der Technischen Hochschule, das Polizeipräsidium, die Hauptpost und Postdirektion, das Gefängnis und das Alte Steuerhaus dem Vermögen der Freien Stadt, dagegen Polen fast die gesamten Eisenbahneinrichtungen und -gebäude<sup>5</sup>.

Schwieriger war die Lösung der Frage der Kaiserlichen Werft. Sie war nicht nur ein Betrieb, der zu hohen technischen Leistungen befähigt war, sondern hatte auch für ihre Mitarbeiter freiwillig soziale Leistungen getragen, wie sie in dieser Form vor 1914 selten waren. Werftärzte überwachten die Gesundheit der Arbeiter, die in modernen Kantinen billig und gut essen konnten und bereits bezahlten Urlaub hatten. Es entstanden Arbeiterwohnungen, und der Eigenheimbau wurde tatkräftig gefördert, so daß ganze Siedlungen von Bediensteten der Kaiserlichen Werft entstanden. Die Privatindustrie mußte sich dem Vorgehen der Marineverwaltung anschließen, wenn sie ihre Stammebelegschaften halten wollte. Vor Ausbruch des Weltkrieges wurden in Danzig bessere Löhne und höhere Sozialleistungen als in der gesamten deutschen Schiffbauindustrie gezahlt<sup>6</sup>.

---

<sup>5</sup> „Göttinger Tageblatt“, 1. August 1921.

<sup>6</sup> Kuczynski, Jürgen: Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland. Hier S. 246, 253, 256 und 283.

Hier gab es nun einen radikalen Wandel. Polen übernahm die Kaiserliche Werft nicht, obwohl es sich eine Kriegsmarine aufbaute, sondern bestand auf der Auszahlung seines ihm zugesprochenen Anteils. Die Freie Stadt mußte im Ausland Geldgeber suchen, die das notwendige Geld für die Umwandlung der Werft in einen Privatbetrieb gaben. Auf diese Weise entstand „The International Shipbuilding and Engineering Co. Ltd.“. Die Werkstätten, welche bislang Motoren und Heizkessel für U-Boote und andere Kriegsschiffe gefertigt hatten, wurden für den Bau von Lokomotiveinrichtungen und Eisenbahnwaggons eingerichtet, ferner die Herstellung von Schrauben, Muttern und Nieten für den zivilen Bedarf aufgenommen. Da auf dem polnischen Markt ein starker Bedarf an derartigen Erzeugnissen vorhanden war, konnte der Betrieb erhalten werden<sup>7</sup>.

Die Veredelung landwirtschaftlicher Produkte wurde weiter ausgebaut. Danzig hatte schon vor dem Kriege große Likör- und Zuckerfabriken, Spiritbrennereien, Getreidemühlen, Sägewerke, Fischräuchereien, Konserven- und Seifenfabriken besessen.

Besonders schwierig wurde die Lage des Hafens. In der Pariser Konvention vom 9. November 1920 wurde zwischen Danzig und Polen vereinbart, daß ein Ausschuß für den Hafen und die Wasserwege Danzigs gebildet werden sollte, der zu gleichen Teilen aus Danzigern und Polen zu bestehen hatte und über dessen Präsidenten man sich von Fall zu Fall einigen wollte.

*Der Artikel 26 dieses Vertrages verpflichtete den Hafenausschuß,*

„alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, die den Ausbau und die Verbesserung des Hafens und der Verbindungswege sicherstellen, um allen Bedürfnissen des Ein- und Ausfuhrverkehrs nach und von Polen zu genügen.“

Am 24. Oktober 1921 wurde in Warschau ein weiteres Abkommen unterzeichnet, das den Warenverkehr zwischen beiden Wirtschaftsgebieten und den zwischen diesen und dem Zollaussland, regelte<sup>8</sup>.

Es gab Optimisten, die glaubten, Danzig stände als einzigem offenen Hafen Polens eine Wirtschaftsblüte bevor, die an jene mittelalterliche herankommen könnte, als Danzig zu den bedeutendsten Hansestädten gehörte. Tatsächlich belebte sich der Hafen weit schneller als deutsche Häfen von vergleichbarer Größe. Umfangreiche für Polen bestimmte Lebensmitteltransporte kamen aus Amerika, aus Frankreich und England Waffen für die polnische Armee, und selbstverständlich versuchte Polen seinen Export so schnell wie möglich in Gang zu bringen.

Im Jahre 1924 hatte der Danziger Hafen einen Umschlag von 1,6 Millionen Tonnen an Ausfuhr- und 738 000 Tonnen an Einfuhrgütern. Polen begann in steigendem Maße, den Export ostoberschlesischer Kohle und die Einfuhr schwedischer Erze, welche die Kohlenzüge als Rückfracht laden konnten, über Danzig

---

<sup>7</sup> Peiser, Kurt: Danzig, das Schicksal eines deutschen Hafens, Danzig 1940. Hier S. 23—24.

<sup>8</sup> ebenda, S. 23—24.

zu lenken. Die Ausfuhr stieg dadurch bis 1928 auf 6,8, die Einfuhr auf 1,8 Millionen Tonnen.

Diese Steigerung erscheint auf den ersten Blick günstig, denn vor dem Kriege hatte der Hafen knapp 2,3 Millionen Tonnen umgeschlagen. Doch hatte Danzig früher einen Durchgangshandel mit Kohle und Erz nicht gekannt, da Oberschlesien seinen Warenverkehr über Stettin abgewickelt hatte. Es war deshalb notwendig, neue Verlademöglichkeiten zu schaffen, deren Kosten Danzig tragen mußte, weil es laut Paragraph 26 des Pariser Vertrages Polen die Möglichkeit geben mußte, den Hafen nach den Bedürfnissen seiner Wirtschaft zu nutzen.

Dies führte dazu, daß ungeachtet der Kaianlagen von rund 30 km Gesamtlänge der Hafenausschuß beschloß, eine Auslandsanleihe aufzunehmen, mit deren Hilfe ein neues Hafenbecken bei Weichselmünde mit Spezialeinrichtungen für die Verladung von Kohle, Erzen und Phosphaten gebaut wurde. Dies bedeutete eine schwere Belastung für die Stadt, denn die aus deutscher Zeit stammenden Anlagen beanspruchten ebenfalls beträchtliche Unterhaltskosten<sup>9</sup>.

Eine weitere Schwierigkeit bestand darin, daß ein Teil der Kaianlagen Polen zur Ausschiffung von Kriegsmaterial und als Ankerplatz seiner Kriegsschiffe überlassen werden mußte. Hier war jeder zivile Verkehr natürlich untersagt, wäre auch der Munitionstransporte wegen unmöglich gewesen. In Danzig wurden auch polnische Kriegsschiffe instandgesetzt, was ebenfalls kaum zu umgehen war, weil es ehemalige deutsche Fahrzeuge waren, die deutsche Ersatzteile benötigten. Erst als Polen in Frankreich Schiffe bauen ließ, änderte sich dies. Für die Freie Stadt war es, von politischer Sicht gesehen, denkbar unangenehm, notgedrungen polnischer Kriegshafen sein zu müssen, ohne selbst irgendein militärisches Machtmittel zu besitzen.

Im Jahre 1924 forderte Polen die Überlassung der Westerplatte im Danziger Hafen, wo es ein Munitionsdepot errichten wollte, in dem explosive Stoffe aller Art in Betonbunkern gelagert werden sollten, bis sie nach Polen verladen oder an Kriegsschiffe abgegeben werden konnten. Der Völkerbund stimmte dem zu, wenn auch unter der Bedingung, daß die Westerplatte weiterhin Gebiet der Freien Stadt Danzig bleiben sollte. Da Polen dort aber eine Besatzung von zwei Offizieren, 20 Unteroffizieren und 66 Mannschaften unterhalten durfte, stand die Ausübung der Hoheitsrechte nur auf dem Papier.

Wenn der Umschlag im Hafen größtenteils nur ein Durchgangsverkehr war, an dem der Danziger Handel nicht beteiligt war, brachte er immerhin der zahlreichen Hafendarbeiterschaft Lohn und Brot. Dies änderte sich, als Polen den Bau des Hafens Gdingen begann. Zunächst wurde gesagt, es handle sich um den Bau eines Kriegshafens für die polnische Flotte, die man aus Danzig nur zu gern verschwinden sah. Tatsächlich aber baute Polen von 1924 bis 1929 nur 15 Kilometer von Danzig entfernt einen modernen Handelshafen, zu dem gleichzeitig eine Kohlenmagistrale aus Ostoberschlesien gelegt wurde, so daß der Kohleexport nicht mehr über Danzig geleitet zu werden brauchte.

---

<sup>9</sup> ebenda, S. 27—29.

Im Jahre 1931 waren im Danziger Hafen noch 8,3 Millionen Tonnen umgeschlagen worden, 1932 waren es nur noch 5,48 und 1933 5,15 Millionen Tonnen. Besonders das wertvolle Stückgutgeschäft wurde fast völlig nach Gdingen gezogen, während Polen die billigen Massengüter über Danzig gehen ließ. In Gdingen wurden 1933 bereits 6,10 Millionen Tonnen umgeschlagen<sup>10</sup>.

Eine im Mai 1930 von Danzig beim Völkerbund angestrenzte Klage endete mit der Empfehlung, daß Polen Gdingen und Danzig gleichstellen solle. Am 8. August 1933 schloß der Danziger Senat mit Polen ein Wirtschaftsabkommen, in dem Mindestumsätze des Danziger Hafens garantiert wurden. Im Jahre 1935 wurde das Abkommen verlängert<sup>11</sup>.

Ein weiteres Hauptproblem der Danziger Wirtschaft war die Währungsfrage. In Deutschland hatte 1919 eine Geldentwertung eingesetzt, die zur Inflation von 1922/23 führte. Danzig hatte, wie alle größeren Städte, 1916 begonnen, Kriegsnotgeld auszugeben, das nach der Abtrennung von Deutschland in den Rang einer Landeswährung erhoben wurde. Die Freie Stadt hat aber bis zum Herbst 1923 die deutsche Inflation mitgemacht. Polen erlebte gleichzeitig eine Geldentwertung, aus der es sich erst Ende 1923 mit Hilfe einer Auslandsanleihe befreien konnte. Es ging nunmehr zum Zloty über.

Für Danzig erhob sich das Problem, ob es sich nicht dem polnischen Währungsgebiet anschließen sollte. Der Kleinstaat wäre dann aller Sorgen um die Stabilität seiner Währung enthoben gewesen. Man zog es aber vor, lieber diese Schwierigkeiten auf sich zu nehmen, als in Gelddingen völlig von Polen abhängig zu werden, denn das hatte Danzig während seiner Zeit der Selbständigkeit von 1453 bis 1793 stets peinlich vermieden. Da es den Völkerbund darauf hinweisen konnte, daß es früher ein eigenes Münzregal und bis 1898 eine Bank besessen hatte, die das Recht zur Ausgabe von Papiergeld gehabt hatte, war es nicht schwierig, an diese Tradition anzuknüpfen<sup>12</sup>.

Mit Hilfe einer Auslandsanleihe konnte der Danziger Gulden als Einheit einer selbständigen Währung geschaffen werden. Eine Bank von Danzig wurde als Notenbank etabliert, die — solange es eine Guldenwährung gab — die Stabilität der Landeswährung zu beachten hatte. Die Freie Stadt hat außer Papiergeld, Silber- und Kleinmünzen auch Gold prägen lassen, die einzigen deutschen Zahlungsmittel dieser Art, die nach 1918 geprägt worden sind. Im August 1933 hatte die Bank von Danzig eine Reserve in Devisen im Wert von 35 Millionen Gulden, für den kleinen Staat eine ausreichende Sicherung seiner Währung. Durch die ungeschickte Wirtschaftspolitik der nationalsozialistischen Regierung Danzigs, deren Maßnahmen zur Behebung der Arbeitslosigkeit in keinem Verhältnis zur Finanzkraft der Freien Stadt standen, sanken diese

<sup>10</sup> ebenda, S. 30 und 32.

<sup>11</sup> Die Freie Stadt Danzig. Herausgegeben von der Vertretung der Freien Stadt Danzig. Ohne Ort und Jahr. Hier S. 23.

<sup>12</sup> Meinhardt, Günther: Das frühe westpreußische Papiergeld. Jahrbuch der Copernicus-Vereinigung, Heft 3, 1971.

Reserven bis zum April 1935 auf 13,5 Millionen Gulden, so daß eine Abwertung des Guldens um 42 % im Mai nicht zu umgehen war<sup>13</sup>. Diesen Schlag hat die Danziger Wirtschaft nicht mehr überwinden können, weil jetzt eine Devisenbewirtschaftung unumgänglich wurde, die im Raume eines Deutschen Reiches noch funktionieren konnte, in den engen Verhältnissen eines Kleinstaates, der vom Durchgangshandel weitgehend leben mußte, jederzeit den völligen Zusammenbruch der Wirtschaft herbeizuführen vermochte.

### Die Verfassung

Mit der Begründung der Freien Stadt wurde die Erarbeitung einer Verfassung erforderlich, weil die preußischen Städte- und Gemeindeordnungen wohl für die Kommunen ausreichten, nicht aber für einen souveränen Staat. Deshalb konnten auch die Verfassungen der Länder Bremen, Hamburg und Lübeck kein Vorbild sein. Es galt, eine völlig neue Verfassung zu erarbeiten.

Oberbürgermeister Dr. Sahn-Danzig, dem in der Übergangszeit die Aufgabe des Regierungschefs zufiel, berief nach dem Abschluß des Versailler Friedensvertrages einen Verfassungsausschuß ein, der sich aus Vertretern der politischen Parteien auf Grund der Wahlergebnisse zur Deutschen Nationalversammlung in Weimar unter Zubilligung von drei Sitzen für die polnische Minderheit, die etwa drei v. H. der Gesamtbevölkerung ausmachte, zusammensetzte. Der Ausschuß bestand außer dem Oberbürgermeister und dem Stadtverordnetenvorsteher von Danzig aus 51 Abgeordneten.

Am 29. September wurde dem Gremium ein Verfassungsentwurf des Danziger Magistrates und am 6. Oktober einer der Sozialdemokratischen Partei vorgelegt. Beide Entwürfe wurden in der Zeit vom 17. Oktober 1919 bis 29. März 1920 in 21 Sitzungen beraten, ebenso die Entwürfe der Demokratischen Partei und der Mehrheitssozialisten über „Grundrechte und Grundpflichten“, die in dem Magistratesentwurf nicht berücksichtigt worden waren. Aus den Verhandlungen ging ein neuer, am 10. April 1920 der Öffentlichkeit übergebener Entwurf hervor.

Der Gesamtausschuß hatte inzwischen eine Wahlordnung ausgearbeitet und beschlossen, nach der Hochkommissar Sir Reginald Tower am 27. März 1920 Wahlen zu einer Verfassungsgebenden Versammlung am 27. Mai 1920 ausschrieb. Es wurden 120 Abgeordnete gewählt. Am 14. Juni 1920 konnte die „Verfassungsgebende Versammlung“ im Gebäude der Westpreußischen Provinzialverwaltung, das später den Danziger Volkstag aufnahm, eröffnet werden. Am 18. und 19. Juni fand die erste Lesung des Verfassungsentwurfs statt, der an einen aus 17 Mitgliedern bestehenden Ausschuß überwiesen wurde. Dieser beriet in achtzehn Sitzungen vom 21. Juni bis 20. Juli 1920 den Entwurf, den dann die Vollversammlung in zweiter Lesung vom 27. Juli bis 7. August und in dritter vom 10. und 11. August beriet. Mit 68 gegen 44 Stimmen (bei einer

---

<sup>13</sup> Die Freie Stadt Danzig, S. 23.

Enthaltung) wurde die Verfassung angenommen, für die die Abgeordneten der Deutschnationalen, der Freien Wirtschaftlichen Vereinigung, der Demokraten und des Zentrums stimmten<sup>14</sup>. Die Verfassung wurde dem Völkerbund vorgelegt, der sich in seiner Sitzung am 17. November 1920 der Auffassung des Berichterstatters, des japanischen Delegierten Vicomte Ishii, anschloß und einige Änderungen anordnete. So mußte der neue Staat sich „Freie Stadt Danzig“ nennen, statt wie vorgesehen „Freie und Hansestadt Danzig“. Wichtig war die gewünschte Änderung in Art. 21 und 44 lit. f., denen Zusätze hinsichtlich der Polen zustehenden Rechte sowie die Bestimmung beigefügt werden mußten, daß Verfassungsänderungen nur mit Zustimmung des Völkerbundes in Kraft treten könnten. Der Volkstag nahm in einem Gesetz Änderungen vor, die aber dem Völkerbund noch nicht genügten, so daß weitere Beratungen notwendig waren, bis die Verfassung endgültig am 11. Mai 1922 in Kraft treten konnte<sup>15</sup>.

Ein Gesetz über Erwerb und Verlust der Danziger Staatsangehörigkeit wurde auf Veranlassung des Völkerbundes ebenfalls ausgearbeitet und am 30. Mai 1922 vom Volkstag verabschiedet<sup>16</sup>.

Die Amtssprache blieb nach Artikel 4 der Verfassung deutsch. Die Rechte der kleinen polnisch sprechenden Minderheit auf den Gebrauch ihrer Muttersprache in Schule und vor Gericht wurden gesetzlich geregelt<sup>17</sup>.

Die oberste Landesbehörde wurde der Senat. Sein Präsident und sieben hauptamtliche Senatoren wurden auf je vier Jahre vom Volkstag gewählt, wie auch der Stellvertreter des Präsidenten und 13 nebenamtliche Senatoren, diese aber auf unbestimmte Zeit. Die Angelegenheiten der Stadt Danzig galten nach Artikel 69 als solche des Staates. Der Volkstag wählte als städtisches Parlament 54 Mitglieder der Stadtbürgerschaft, die aber nicht gleichzeitig dem Landesparlament angehören mußten. Für die Landstädte und -gemeinden bestanden die Magistrate und Stadtverordnetenversammlungen wie zur preussischen Zeit weiter, was auch für die Kreistage und das Stadtparlament von Zoppot galt<sup>18</sup>.

Am Aufbau der Rechtspflege änderte sich nichts. Die unterste Instanz blieben die Amtsgerichte, über denen das Landgericht Danzig stand. Da früher das Oberlandesgericht der Provinz Westpreußen in Marienwerder amtiert hatte, mußte eine höchstrichterliche Instanz in Danzig geschaffen werden.

Die katholische Kirche errichtete im Jahre 1925 das Bistum Oliva, das exempt war, also der Kurie direkt unterstellt wurde. Dadurch konnten sich die Danziger Katholiken mit ihrem geistlichen Oberhaupt in Verbindung setzen, ohne einen polnischen Bischof um seine Vermittlung bitten zu müssen<sup>19</sup>.

---

<sup>14</sup> Stenographische Berichte der Verfassungsgebenden Versammlung, S. 394—411.

<sup>15</sup> Gesetzblatt der Freien Stadt Danzig, 1922, S. 141 ff.

<sup>16</sup> ebenda. 1922, S. 129.

<sup>17</sup> Gesetz über den Unterricht der polnischen Minderheit vom 20. Dezember 1921 (Ges. Bl. S. 223) und Gesetz über den Gebrauch der polnischen Sprache bei der Rechtspflege vom 11. Oktober 1922 (Ges. Bl. S. 470).

<sup>18</sup> Martin, S. 29.

<sup>19</sup> Die Freie Stadt Danzig, S. 14.

Es ist dem Danziger Senat und Volkstag gelungen, unter Ausschöpfung aller Möglichkeiten des Statuts und der Verfassung die Rechte und das Deutschtum der Freien Stadt Danzig zu wahren. Erst als die Nationalsozialisten an die Macht kamen, wurden Rechte, namentlich im Verkehrswesen, aufgegeben, um als Gegenleistung eine stärkere polnische Ausfuhr über den Danziger Hafen zu erlangen<sup>20</sup>.

### *Die innenpolitische Entwicklung von 1920 bis 1939*

Die innenpolitische Ausgangsbasis war für Danzig besser als die aller anderer abgetretenen Gebiete. Die Stadt war als ehemaliger Sitz eines Regierungspräsidenten und der Provinzialverwaltung mit allen Behörden ausgestattet, die ein selbständiger Staat benötigt, man brauchte sie nur auf den bescheidenen Bedarf eines Kleinstaates zuzuschneiden. Wo die alte preußische und Reichsgesetzgebung genügte, konnten sie beibehalten werden, wo eine Anpassung an die neuen Verhältnisse nötig war, mußte der Volkstag gesetzgeberisch tätig werden. Unlösbar waren diese Schwierigkeiten nicht.

Das gleiche gilt für die parlamentarische Arbeit. Alle in Deutschland tätigen Parteien hatten in Danzig Vorstände für den Regierungsbezirk, die sich sofort als Landesverbände konstituieren konnten, wodurch eine Lücke in der parlamentarischen Kontrolle der sich bildenden Landesbehörden nicht entstand, sich also die Übergangslösung einer zeitweiligen kommissarischen Verwaltungsführung durch den Hohen Kommissar des Völkerbundes erübrigte.

Überhaupt spiegelten sich in dem neuen Freistaat die innenpolitischen Vorgänge und Entwicklungen im Reich weitgehend wider. Dies zeigte sich z. B. schon im Jahre 1920, als die Kommunistische Partei ihre Aktion „Hände weg von Sowjetrußland“ begann, um eine sowjetische Offensive, welche im Juli 1920 an der ostpreußischen Südgrenze entlang bis in das Korridorgebiet vorstieß, zu unterstützen. Erst das „Wunder an der Weichsel“ brachte den sowjetischen Vormarsch zum Stehen. Die deutschen Kommunisten protestierten gegen jede militärische Unterstützung Polens und erzwangen eine Kontrolle des Eisenbahndurchgangsverkehrs. Waffen und Munitionstransporte wurden nunmehr von Frankreich über Danzig geleitet. Unter kommunistischer Führung stehende Hafentarbeiterstreiks verhinderten die Löschung der Ladungen, bis diese Arbeit von Soldaten der in Danzig liegenden englischen Besatzungstruppen ausgeführt wurde<sup>21</sup>.

Der Bau des Hafens Gdingen ist z. T. durch den Danziger Hafentarbeiterstreik beeinflußt worden, da Polen, das über keine Rüstungsindustrie verfügte, Waffen und Munition aus dem Ausland beziehen mußte.

Auch in den folgenden Jahren litt die Danziger Wirtschaft unter Streiks, die aber durchweg keine politischen Hintergründe hatten, sondern dadurch ausgelöst wurden, daß die Geldentwertung den Löhnen davonlief. Nach der In-

---

<sup>20</sup> ebenda, S. 23.

<sup>21</sup> Meinhardt, Günther: Westpreußen im russisch-polnischen Kriege von 1920. Westpreußen-Jahrbuch 1970.

flation begann eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen Senat, Parteien und Gewerkschaften, weil die wirtschaftlichen Probleme ein gemeinsames Handeln erforderten. Das deutsche Problem der politischen Streiks trat deshalb in Danzig nur selten auf. Auch Lohnkämpfe führten nur selten bis zur Arbeitsniederlegung, weil sich die Tarifpartner der prekären Situation der Stadt bewußt waren.

Die wirtschaftliche Lage brachte es mit sich, daß Interessenvereinigungen innenpolitisch eine weit größere Rolle als in Deutschland spielten. Der Haus- und Grundbesitzerverein war auf allen politischen Ebenen ein ernstzunehmender Faktor, zu ihm traten Bauernbund, eine Partei der Handwerker und Gewerbetreibenden, eine Wirtschaftspartei und sogar eine solche der Fischer, Fischkonservenhersteller und Räumereien. Hierdurch trat eine Zersplitterung der bürgerlichen Mitte ein.

Alle Parteien waren sich aber darüber einig, daß in Danzig die Wirtschaft unter allen Umständen den Vorrang vor der Politik haben müsse. Eine enge Zusammenarbeit mit Deutschland, namentlich die Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte, der Anschluß des Hafens an deutsche Schifffahrtslinien, Bemühungen um Schiffbauaufträge waren die Grundlagen, zu denen die nicht minder wichtigen des polnischen Durchgangshandels und die Möglichkeit des Absatzes Danziger Industrieerzeugnisse in Polen traten.

Der deutsch-polnische Zollkrieg von 1925 bis 1934 erschwerte deshalb auch innenpolitisch die Lage Danzigs, weil Polen nunmehr auch die Einfuhr Danziger Waren kontingentierte, ohne Rücksicht darauf, daß die Freie Stadt Zollinland war. Damit waren die Arbeitsplätze der Danziger Wirtschaft immer in Gefahr. Auch die Vergebung eines solchen Baues wie des Schnelldampfers „Columbus“ an die Schichauwerft änderte die Gesamtsituation nicht wesentlich.

Die kommunalen Parlamente und der Volkstag mußten bei allen innenpolitischen Maßnahmen die wirtschaftlichen Fragen im Auge behalten. Vorhaben, die den Einsatz erheblicher finanzieller Mittel erforderten, waren unmöglich, da die Reserven von der Inflation verschlungen waren, neue bei den ständig sinkenden Steuereinkommen nicht gebildet werden konnten, weshalb bei größeren Projekten Auslandsanleihen erforderlich waren, deren Abtragung aber wieder neue Lasten bedeuteten. Die Vergebung öffentlicher Aufträge jeder Art mußte daher in bescheidenem Rahmen bleiben und konnte nicht zur Belebung der Wirtschaft beitragen.

Etwas mehr Spielraum blieb in der Bildungspolitik, weil Danzig hier weitgehend auf eigenen Füßen stehen mußte. Die Technische Hochschule mußte nicht nur gehalten, sondern ausgebaut werden, um den Bedarf des akademischen Nachwuchses der Freien Stadt zu decken, die nicht in der Lage war, eine Universität zu finanzieren. Eine stärkere Förderung der nichttechnischen Fächer brachte ein Erleichterung des Problems, wenn auch keine Lösung.

Das Schulwesen blieb auf seiner alten Höhe. Im Jahre 1922 wurde ein polnisches Gymnasium gegründet, in dem die Kinder der polnischen Minderheit in ihrer Muttersprache bis zum Abitur geführt wurden, das ihnen den Übergang

auf eine polnische Universität ermöglichte. Da die polnische Minderheit durch den Zuzug polnischer Beamter, namentlich des Eisenbahnwesens, auf fast vier v. H. zunahm, waren genügend Interessenten für ein solches Gymnasium vorhanden<sup>22</sup>.

Das schwierigste innenpolitische Problem waren die sozialen Lasten. Preußen und das Reich übernahmen die Versorgung der pensionierten Staatsbeamten und Militärangehörigen. Die kommunalen Pensionskassen hatten ihr Vermögen in der Inflation verloren, ausgeschiedene Beamte mußten aus den laufenden Steuereinnahmen ihre Bezüge empfangen und neue Rücklagen des Pensionsfonds gebildet werden. Das gleiche Problem erhob sich bei der Alters- und Invalidenversorgung der Arbeiter und Angestellten. Hier trat aber eine neue Schwierigkeit hinzu. Nach 1920 wurden erstmals die Jahrgänge rentenberechtigt, die seit Einführung der Bismarckschen Sozialgesetzgebung während ihres ganzen Arbeitsverhältnisses geklebt hatten, also Anspruch auf eine volle Altersrente besaßen. Vor 1914 waren, der geringen Beitragsjahre wegen, fast durchweg nur Teilrenten gezahlt worden, die im ganzen Deutschen Reich zusammen nur eine halbe Million Mark jährlich betragen hatten. Arbeitslosenunterstützungen waren völlig unbekannt. Jetzt erreichten die auszahlenden Beträge schnell das Hundertfache der Vorkriegssumme, ganz abgesehen davon, daß die Renten erhöht werden mußten. Hinzu traten die Versorgung der Kriegsverehrten und in schnell wachsendem Maße die Arbeitslosenfürsorge. War dies für das Deutsche Reich schon ein fast unlösbares Problem, so mußte dies für die engen Verhältnisse der Freien Stadt Danzig noch schwieriger werden, was notgedrungen zu sozialen und damit auch innenpolitischen Spannungen führen mußte.

Als Hitler 1933 mit seinen Autarkiebestrebungen begann und die scharfe Bewirtschaftung ausländischer Zahlungsmittel folgte, wurde Danzig zwischen zwei Feuer gebracht, denn da die Freie Stadt juristisch Zollausland war, wurden die Devisengesetze auch gegen sie zur Geltung gebracht, was zu schweren innenpolitischen Auseinandersetzungen führte.

In Danzig waren die Nationalsozialisten im Juni 1933 an die Macht gekommen und hatten in Kopierung deutscher Verhältnisse ein „Großes nationalsozialistisches Arbeitsbeschaffungsprogramm“ verkündet. Eine Auslandsanleihe wurde aufgenommen, mit deren Hilfe Arbeitsplätze geschaffen werden sollten. Als 1934 die Verzinsung und Abtragung einsetzte, war der Kleinstaat fast zahlungsunfähig und konnte seinen Verpflichtungen nicht nachkommen. Die Regierung kürzte nun die Gehälter der Beamten und Angestellten, die Bezüge der Pensionäre und die aller Versorgungsberechtigten, ferner alle Haushaltsausgaben der Freien Stadt, die nicht auf gesetzlichen oder sonstigen Verpflichtungen beruhten, um 20 % und, in Überschreitung ihrer Befugnisse, auch die Ausgaben der Kommunalverwaltungen um 25 %. Diese Maßnahmen trafen den gewerblichen Mittelstand besonders schwer<sup>23</sup>.

---

<sup>22</sup> Freie Stadt Danzig, S. 14.

<sup>23</sup> Sodeikat, Ernst: Der Nationalsozialismus und die Danziger Opposition. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1966. S. 159—174. Hier S. 142.

Der zweite Schlag war die Abwertung des Danziger Guldens auf 57,73 % seines bisherigen Wertes. In einer Abänderung des Münzgesetzes vom 1. Mai 1935 wurde gleichzeitig die Deckungsgrenze des Guldens von 40 auf 30 % herabgesetzt. Bereits am 4. Mai wurden die Preise der Lebensmittel erheblich erhöht, bei Getreide und Hülsenfrüchten bis zu 70 %. Die Preise für Benzin und Kohle stiegen binnen einer Woche um 70 resp. 40 %. Die Löhne und Gehälter wurden dagegen nicht angepaßt. Die Sparguthaben, rund 80 000 Einwohner des kleinen Staates besaßen Sparbücher, wurden entschädigungslos abgewertet. Bei den geringen Rücklagen, die den Banken hatten anvertraut werden können, war dies ein schwerer Schaden für die Wirtschaft<sup>24</sup>.

Eine erhebliche Auswirkung auf die wirtschafts- und währungspolitische Lage hatte das gleichzeitig erfolgte Einfrieren von rd. 15 Millionen Gulden Danziger Forderungen für an Deutschland gelieferte landwirtschaftliche Produkte<sup>25</sup>. Die fristgerechte Auszahlung dieser Summe, wie man sie früher von derartigen Geschäften mit deutschen Firmen gewöhnt war, hätte am 30. April mit den bei der Danziger Bank vorhandenen Gold- und Devisenbeständen eine Deckung des Guldens von rd. 70 % ergeben, was eine Abwertung unnötig gemacht hätte. Es war für die Danziger unfassbar, daß das Deutsche Reich diese verhältnismäßig kleine Summe nicht auszahlen konnte<sup>26</sup>.

Die strengen deutschen Devisenbestimmungen machten die weiteren Lieferungen landwirtschaftlicher Erzeugnisse nach Deutschland unmöglich, wodurch eine tragende Säule der Wirtschaft der Freien Stadt zusammenstürzte<sup>27</sup>. Die Fischer und die ihnen verwandten Berufe, die Bauern, die Haus- und Grundbesitzervereine<sup>28</sup> und der nationale Beamtenbund wandten sich demokratischen Parteien zu<sup>29</sup>.

Von diesem Zeitpunkt an konnten die Nationalsozialisten es nicht mehr wagen, sich einer Wahl zu stellen, da die von ihnen enttäuschten Danziger ihnen gewiß die Quittung für ihre verfehlte Wirtschafts- und Währungspolitik gegeben hätten. Die demokratischen Parteien wurden ausgeschaltet, sei es durch Verbot oder Selbstauflösung. Kommunale Wahlen, die 1938 fällig gewesen wären<sup>30</sup>, oder solche zum Volkstag, fanden nicht mehr statt, und die Legislaturperioden wurden durch entsprechende Gesetze verlängert<sup>31</sup>.

Nur dadurch, daß die Nationalsozialisten sich mit diktatorischen Maßnahmen an der Macht hielten, konnten die Ergebnisse ihrer katastrophalen Innen- und Finanzpolitik verheimlicht werden. Hätte es noch freie Wahlen gegeben, wären sie hinweggefegt worden, denn die 80 000 enttäuschten Sparer, die Haus- und Grundbesitzer und Gewerbetreibenden aller Berufe hätten den Ausschlag

<sup>24</sup> Staatsanzeiger für die Freie Stadt Danzig, Nr. 60/1935.

<sup>25</sup> „Danziger Volksstimme“, Nr. 86 vom 1. Juli 1935.

<sup>26</sup> Sodeikat, S. 149.

<sup>27</sup> „Danziger Volks-Zeitung“, Nr. 92 vom 1. August 1935.

<sup>28</sup> „Danziger Volksstimme“, Nr. 94 vom 22. April 1936.

<sup>29</sup> ebenda, Nr. 92 vom 8. Juli 1935.

<sup>30</sup> Gesetzblatt für die Freie Stadt Danzig, 1938, S. 537.

<sup>31</sup> ebenda, 1939, S. 135.

geben können. Nach vorsichtigen Schätzungen, die der Leiter des Statistischen Landesamtes der Freien Stadt im Sommer 1935 nach dem Währungsschnitt versuchte, hätten die Nationalsozialisten 18 bis 35 % der Wählerstimmen auf sich vereinen können, wären also von der Zweidrittelmehrheit, die sie anstrebten, weit entfernt gewesen<sup>32</sup>. Leider hatte der Hohe Kommissar des Völkerbundes keine Machtmittel, um die Durchführung der in der Verfassung vorgeschriebenen Wahlen zu erzwingen.

### *Das politische Leben*

#### Wahlergebnisse 1919—1935

Bei der am 19. Januar 1919 durchgeführten Wahl zur Deutschen Nationalversammlung wurde noch nach der alten Wahlkreiseinteilung verfahren, die schon in Friedenszeiten gültig gewesen war. Danzig war mit den Abgeordneten Dr. Käthe Schirmacher, der bekannten Frauenrechtlerin, die der Deutschnationalen Volkspartei angehörte, Arbeitersekretär Wilhelm Schümmer, der für die Christliche Volkspartei (Zentrum) einzog, Schulvorsteherin Katharina Kloß, die für die Deutsche Demokratische Partei kandidiert hatte, und den Sozialdemokraten Parteisekretär Julius Gehl und Gewerkschaftssekretär Walter Reek vertreten.

In den Sitzungen der Nationalversammlung haben die aus Danzig gekommenen Abgeordneten wiederholt in die Debatten eingegriffen, als erste in der 21. Sitzung Dr. Käthe Schirmacher<sup>33</sup>.

In den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung der Freien Stadt Danzig konnten die Deutschnationalen 34, die Unabhängigen Sozialisten 21, die Sozialdemokraten 19, das Zentrum 17, die Freie Wirtschaftliche Vereinigung 12, die Demokraten 10 und die Polen 7 Abgeordnetenmandate erringen<sup>34</sup>.

Vorsitzender des Verfassungsausschusses wurde der Sozialdemokrat Landgerichtsrat Hans Zint, über dessen Anteil an der Erarbeitung des Textes der Verfassung Senatspräsident Ziehm, der den Deutschnationalen angehörte, später geurteilt hat<sup>35</sup>:

„Vorsitzender des Verfassungsausschusses war der der Sozialdemokratischen Partei angehörende . . . Zint, ein Mann von reichem Wissen, tiefen juristischen Kenntnissen und klarem Urteil, der die Verhandlungen in dem Ausschuß mit strenger in seinem Richteramt geübter Objektivität führte.“

Dieses Urteil wiegt um so schwerer, als Zint mit den Angehörigen seiner Fraktion in der Vollversammlung gegen die Annahme der Verfassung stimmte.

Die Verfassungsgebende Versammlung konnte sich als erster Volkstag konstituieren. Im Jahre 1923 erfolgte zum ersten Male seine Neuwahl. Die Wahlstatistik zeigt den Wandel der Wählergunst. Wie überall zerbrach auch hier

<sup>32</sup> Denne, Ludwig: Das Danziger Problem in der deutschen Außenpolitik. Bonn 1959. Hier S. 63.

<sup>33</sup> Die Deutsche Nationalversammlung im Jahre 1919/20. Berlin 1920, neun Bände. Hier III/S. 1244—1330.

<sup>34</sup> Loening, S. 4.

<sup>35</sup> Ziehm, Ernst: Aus meiner politischen Arbeit in Danzig 1914—1939. Marburg 1960.

die Unabhängige Sozialdemokratische Partei schnell. Ihr rechter Flügel schloß sich wieder den Sozialdemokraten an, ihr linker den Kommunisten. Von 1923 an stellte die Deutsch-Soziale Partei Listen auf, die aber unklare politische Zielsetzungen hatte, weshalb sie auf die Dauer ihre Anhänger trotz beachtlicher Anfangserfolge nicht halten konnte. In Nordostdeutschland und der Freien Stadt Danzig kann sie nicht als Vorläufer der Nationalsozialisten angesehen werden, während sie in München in den Jahren 1921 bis 1923 mit dem damals fast nur in Bayern bekannten Hitler zeitweilig zusammenging.

Die kleinen bürgerlichen Parteien vertraten durchweg nur wirtschaftliche Interessen verschiedener Berufsgruppen, hatten aber keine politische Konzeptionen. In den kleinen Verhältnissen Danzigs spiegelte sich die Lage wider, die gleichzeitig in den Provinziallandtagen Preußens oder in den Parlamenten kleinerer Freistaaten herrschte, wo die Haus- und Grundbesitzer, Landwirte, Handwerker oder Wirtschaftsparteien oft beachtliche Fraktionen bilden konnten. In vielen Fällen verfügten sie über gute Organisationen, Vereins- oder Verbandszeitungen und nicht selten über mehr Geldmittel als die politischen Parteien. Sie zerrieben sich aber in Danzig wie überall, als der politische Kampf vom rechten wie linken Extremismus mit einer bis dahin in Deutschland unbekanntten Härte, welche die Grenzen zur Kriminalität rücksichtslos überschritt, geführt wurde. Für die parlamentarische Arbeit in Danzig, dessen Leben von der wirtschaftlichen Entwicklung abhing, waren diese Interessentengruppen von hohem Wert, was von den demokratischen Parteien niemals bestritten worden ist.

Eine beachtliche Rolle, oft als „Zünglein an der Waage“ bei Regierungsbildungen, hat das Zentrum gespielt. Ziemlich konstant erhielt es bei sämtlichen Volkstagswahlen zwischen 13 und 15 % der Wählerstimmen. Sein bedeutendster Repräsentant war der Dekan Sawatzki.

Zu anderen namhaften Vertretern des Zentrums zählten Rechtsanwalt Bruno Kurowski, zeitweise Senator und nach Verhaftung durch die Nationalsozialisten in einem Danziger Gefängnis verstorben, dann der langjährige Fraktionsvorsitzende Schulrat Weiß und als letzter Vorsitzender der Zentrumspartei Geistlicher Rat Dr. Richard Stachnik, der unter den Nazis mehrere Verhaftungen erleiden mußte, aber alle Schreckensjahre überdauert hat und heute in Coesfeld lebt. Bei der Wahl zur Verfassunggebenden Versammlung und zum 1. Volkstag hatte das Zentrum u. a. den Generalsekretär Wilhelm Schümmer aufgestellt, der dann hauptamtlicher Senator wurde. Außer dem Dekan Anton Sawatzki, dem Pfarrer Spohn waren auch Rektor Splett-Zoppot, Lehrer Hoppe-Neuteich und Lehrer Weiß-Danzig auf der Kandidatenliste vertreten. Neben Fabrik- und Gutsbesitzern kandidierten ferner der Danziger Gewerkschaftssekretär Richard Gaikowski und Gewerkschaftsbeamter Simon Stricki, der jedoch am 30. Juni 1923 zur Sozialdemokratie übertrat. Da sich das Zentrum auf einen ansehnlichen Wählerstamm in den katholischen Arbeiter- und Gesellenvereinen, aber auch in den christlichen Gewerkschaften stützen konnte, waren Vertreter dieser Organisationen ebenfalls unter den Abgeordneten des Volkstags vorhanden.

Unterstützung erhielt die Partei von der seit 1924 erscheinenden Zeitung „Der Katholische Arbeiter, Verbandsblatt der katholischen Arbeitervereine der Freien Stadt Danzig“. Die Schriftleitung des Blattes hatte Pfarrer Lemke in Prangenu, zu seinen wichtigsten Mitarbeitern gehörte der Präses der Katholischen Arbeitervereine, Pfarrer Wienke-Langfuhr, aber auch der Zentralpräses der Katholischen Gesellenvereine, Pfarrer Berendt-Oliva, weil diese über kein eigenes Presseorgan verfügten. Das Zentrum war an mehreren Koalitionsregierungen beteiligt und gab durch seinen stets gleichstarken Wählerstamm der bürgerlichen Mitte einen festen Kern.

In der Freien Stadt Danzig wurden außer im Jahre 1920 in den Jahren 1923, 1927, 1930, 1933 und 1935 Wahlen zum Volkstag ausgeschrieben. Sie brachten folgende Ergebnisse:

SPD und USPD:

1920 = 51 143 = 33,3 % = 40 Abg.  
 1923 = 39 755 = 24,1 % = 30 Abg.  
 1927 = 61 779 = 33,8 % = 42 Abg.  
 1930 = 49 965 = 25,2 % = 19 Abg.  
 1933 = 37 822 = 17,7 % = 13 Abg.  
 1935 = 37 729 = 16,1 % = 12 Abg.

Diverse kleinere bürgerliche Parteien:

1920 = 28 302 = 18,5 % = 22 Abg.  
 1923 = 25 161 = 15,3 % = 18 Abg.  
 1927 = 36 200 = 19,8 % = 22 Abg.  
 1930 = 31 812 = 16,1 % = 11 Abg.  
 1933 = 976 = 0,5 % = 0 Abg.  
 1935 = 373 = 0,1 % = 0 Abg.

KPD:

1920 = —  
 1923 = 14 982 = 9,1 % = 11 Abg.  
 1927 = 11 700 = 6,4 % = 8 Abg.  
 1930 = 20 194 = 10,2 % = 7 Abg.  
 1933 = 14 566 = 6,8 % = 5 Abg.  
 1935 = 7 916 = 3,4 % = 2 Abg.

DNVP:

1920 = 43 206 = 28,2 % = 34 Abg.  
 1923 = 46 269 = 28,1 % = 34 Abg.  
 1927 = 37 684 = 20,6 % = 26 Abg.  
 1930 = 26 836 = 13,6 % = 10 Abg.  
 1933 = 13 596 = 6,3 % = 4 Abg.  
 1935 = 9 805 = 4,2 % = 3 Abg.

Zentrum:

1920 = 21 262 = 13,9 % = 17 Abg.  
 1923 = 21 114 = 12,8 % = 15 Abg.  
 1927 = 26 096 = 14,3 % = 18 Abg.  
 1930 = 30 230 = 15,3 % = 11 Abg.  
 1933 = 31 336 = 14,6 % = 10 Abg.  
 1935 = 31 522 = 13,4 % = 10 Abg.

Deutsch-Soziale Partei:

1920 = —  
 1923 = 10 301 = 6,2 % = 7 Abg.  
 1927 = 2 130 = 1,2 % = 1 Abg.  
 1930 = —

Polen:

1920 = 9 321 = 6,1 % = 7 Abg.  
 1923 = 7 212 = 4,4 % = 5 Abg.  
 1927 = 5 764 = 3,1 % = 3 Abg.  
 1930 = 6 377 = 3,2 % = 2 Abg.  
 1933 = 6 743 = 3,1 % = 2 Abg.  
 1935 = 8 294 = 3,5 % = 2 Abg.

NSDAP:

1920 = —  
 1923 = —  
 1927 = 1 483 = 0,8 % = 0 Abg.  
 1930 = 32 457 = 16,4 % = 12 Abg.  
 1933 = 109 029 = 51,0 % = 38 Abg.  
 1935 = 139 423 = 59,3 % = 43 Abg.

Für das Danziger Kommunalparlament, die Stadtbürgerschaft, konnten am 6. Februar 1924 erstmals Wahlen stattfinden. Die Vereinigte Sozialdemokratische Partei, wie sie sich nach der Aufnahme eines Teiles der USP zeitweise

nannte, bekam 13 Abgeordnete, die Deutschnationalen 15, das Zentrum 6, die Polen 2, die Kommunisten 4 und wirtschaftliche Vereinigungen verschiedenster Art 11 Mandate.

Abgeordnete der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei waren Monteur Paul Leonhardt, Angestellter Willy Kunze, Schlossermeister Artur Lehmann, Lehrer Alfred Zink, Maschinenschlossermeister Emil Warner, Invalide Simon Stawicki, Ehefrau Gertrud Prillwitz, Lehrer Willibald Omankowski, Stein-drucker Artur Artus, Angestellter Max Behrend, Redakteur Fritz Weber und Dreher Friedrich Marquard. Für die Kommunistische Partei waren Angestellter Paul von Malachinski, Bauarbeiter Artur Weber, Dreher Waldemar Closs und Arbeiter Josef Kuckelkorn in die Danziger Stadtbürgerschaft eingezogen. Die Zentrumspartei war durch Baugewerksmeister Adolf Bergmann, Arzt Dr. Max Thun, Prokurist Gustav Fabian, Studienrätin Dr. Maria Semrau, Gewerkschaftssekretär Josef Cierocki und Schmiedemeister Franz Mischker vertreten. Bei den 15 Deutschnationalen, den 5 Abgeordneten der Deutsch-Liberalen Partei, den 3 der Deutsch-Sozialen Partei und den 3 der Deutschen Danziger Volkspar-tei gab es keine Arbeitnehmervertreter, lediglich die Polen hatten den Arbeiter August Dunst, außerdem aber auch einen Fabrikanten Theodor Grobelski aufgestellt<sup>36</sup>.

Im Stadtkreis Zoppot wurde gleichzeitig die Stadtverordnetenversammlung neu gewählt. Die Deutschnationalen konnten neun, das Zentrum sieben, die wirtschaftlich orientierten Parteien vier, die Deutsch-Sozialen drei, die Kommunisten zwei (beide waren Bauarbeiter) Mandate, die Mieterpartei einen, die Polen einen und die Sozialdemokraten einen (Gewerkschaftsvorsitzender Gut-meyer) Sitz erringen.

Der Kreis Danziger Höhe hatte im Kreistag 30 Abgeordnete, von denen die Sozialdemokratie sieben stellte, nämlich den Geschäftsführer Brill, den Schiff-bauer Rogotzki, den Zimmerer Sommer, den Zimmerpolier Feddrich, den Bür-germeister Ramminger — allesamt aus Ohra —, den Schlosser Ratzke aus Guteherberge sowie den Arbeiter Lenser aus Langenau. Außerdem gab es 13 Mitglieder der DNVP, sechs von Bürgerpartei und Zentrum, zwei von der Deutschen Partei für Fortschritt und Wirtschaft, je einen Kommunisten und Polen.

Die Amts- und Gemeindeverwaltung Oliva stellte für die Gemeindevertretung sechs Schöffen, darunter keinen Sozialdemokraten, ferner 21 Gemeinde-verordnete. Während die Kommunisten drei Abgeordnete stellten, war die SP nur durch den Maurer Ostrowski vertreten. Das Gemeindeparlament war in neun Parteien aufgesplittet; außer je fünf DNVP- und Zentrumsmitgliedern gab es drei Kommunisten, zwei Vertreter der Vereinigten Wirtschaftsgruppe und je einen Abgeordneten der SP, der Deutsch-Sozialen Partei, der Deutsch-Liberalen Partei, der Freien Vereinigung der Beamten, Angestellten und Arbei-

<sup>36</sup> Staatshandbuch der Freien Stadt Danzig. Danzig, 1926. S. 75 ff.

ter sowie Polen. Als kommissarischer Gemeindevorsteher fungierte der Oberregierungsrat Dr. Meyer-Barkhausen.

In der Amts- und Gemeindevertretung Ohra befand sich unter fünf Schöffen ein Sozialdemokrat (Maurer Tempe) und ein Kommunist. Unter den 21 Gemeindeverordneten zählte man sechs Sozialdemokraten, nämlich den Monteur Cmentowski, den Geschäftsführer Brill und vier Maurer. Die Kommunisten waren durch drei Abgeordnete vertreten. Außerdem gab es je vier Vertreter der DNVP und des Zentrums, drei der Wirtschaftspartei und einen der Mieterpartei. Amts- und Gemeindevorsteher wurde der Senator und Bürgermeister Max Ramminger.

Der Kreis Danziger Niederung wies im 26köpfigen Kreistag elf Vertreter der Linken auf. Die Liste führte der Steuermann Claas aus Schiewenhorst an, ihm folgten die Lehrer Gartmann aus Stüblau und Klingenberg aus Groß Plehnen-dorf. Bemerkenswerterweise gab es auch hier vier Maurer, die in Pasewark, Schmerblock, Stutthof und Prinzlaff beheimatet waren.

Die Zusammensetzung des Kreistages war: 14 Abgeordnete der DNVP, neun der SP, zwei der USP, ein Vertreter der Deutschen Partei für Fortschritt und Wirtschaft. Vorsitzender des Kreisausschusses wurde Landrat Walzer. Zu diesem Kreis gehörten die 14 Amtsbezirke Stutthof, Groschkenkampe, Steegen, Pasewark, Einlage, Reichenberg, Bürgerwiesen, Wetzlaff, Gottswalde, Kasemark, Groß Zünder, Trutenau, Osterwick und Stüblau.

Im Landkreis Großes Werder waren im Kreistag zwölf Abgeordnete der DNVP, drei des Zentrums und zehn der SPD und der dort noch existierenden Gruppe der USP, durchweg Arbeiter aus Ladekopp, Schöneberg, Jungfer, Wolfsdorf, Stobbendorf, Kunzendorf, Brunau und Schönsee. Außerdem gehörten dem Kreistag zwei Vertreter der Stadt Tiegenhof, einer der Stadt Neuteich und einer der Gemeinde Kalthof an.

In den Städten Tiegenhof und Neuteich arbeiteten starke sozialdemokratische Ortsverbände. Bürgermeister in Neuteich war der Gewerkschaftssekretär Reek (dessen Sohn in der Heimvolkshochschule Bergneustadt und im Rat der Stadt wirkt), Beigeordneter war der Zimmerer Schulz, in der Stadtverordnetenversammlung waren noch fünf weitere Sozialdemokraten. Die Deutschnationalen hatten drei und das Zentrum zwei Abgeordnete. Im Magistrat der Stadt Tiegenhof vertrat der Zimmermann Dreier die Sozialdemokratie, die auch in der Stadtverordnetenversammlung ihre Repräsentanten hatte.

#### Persönlichkeiten des politischen Lebens

Unter denen, die im politischen Geschehen der Freien Stadt herausragten, sind besonders die Senatspräsidenten Sahm und Ziehm zu nennen. Dr. Heinrich Sahm war vom 6. Dezember 1920 bis zum 8. Januar 1931 Inhaber dieses

---

Abb. 49: Julius Gehl · Abb. 50: Hans Wiechmann  
Abb. 51: Willy Moritz · Abb. 52: Karl Töpfer



höchsten Amtes der Freien Stadt und wurde danach zum Oberbürgermeister von Berlin gewählt. Sein Nachfolger Dr. Ernst Ziehm konnte sein Amt nur vom 9. Januar 1931 bis zum 20. Juni 1933 ausüben, wo dann die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten erfolgte, die zunächst Dr. Hermann Rauschning vom 20. Juni 1933 bis zum 28. November 1934 auf diesen Posten stellten, den dann vom 28. November 1934 bis zum Kriegsausbruch 1939 Arthur Greiser übernahm. Rauschning zerstritt sich mit der NSDAP und mußte 1935 emigrieren.

Unter den Abgeordneten des Volkstages ragt Julius Gehl hervor. Dieser war 1869 in Bromberg geboren, er wurde nach gewerkschaftlicher Tätigkeit in Berlin 1908 Gauvorsitzender des Maurerverbandes für Ost- und Westpreußen mit dem Sitz in Danzig und übernahm dort das Parteisekretariat der SPD für Westpreußen. Er widmete sich besonders der Bildungsarbeit und wurde Firmenträger der „Volkswacht“. Nach der Revolution wurde er zum Reichskommissar für Westpreußen ernannt. Er konnte sich durch sein ruhiges und maßvolles Auftreten in jenen kritischen Monaten auch die Achtung seiner politischen Gegner erwerben. Ziehm schrieb darüber<sup>37</sup>:

„Ein Verdienst an dem ruhigen Verlauf der Revolution in Danzig hatte auch der Führer der Sozialdemokratischen Partei, Julius Gehl, der durch sein besonnenes Wesen von Anfang an die Revolution in ruhige Bahnen leitete. Er hat in der folgenden politischen Entwicklung Danzigs eine hervorragende und, wie ich hinzufüge, eine verdienstvolle Rolle gespielt. Ich stand parteipolitisch in Opposition zu ihm und seiner Partei, bin ihm aber diese Anerkennung schuldig und habe ihn immer wegen seiner Uneigennützigkeit, Biederkeit und Gerechtigkeit geschätzt.“

Nach Bildung der Freien Stadt war er zweimal, vom 30. Juni 1923 bis 9. Januar 1924 und vom 8. Dezember 1930 bis 18. März 1931 Präsident des Volkstages und seit dem 19. August 1925 stellvertretender Präsident des Senats.

Unter den Senatoren im Nebenamt sind Grünhagen, Dr. Kamnitzer, Loops (\* 1891) und Reck (\* 1878) hervorzuheben. Aus dem im Laufe der Jahre wechselnden Kreis der Volkstagsabgeordneten seien genannt: bei der SPD Arzt Dr. Bing, Gewerkschaftssekretär Brill (\* 1883), Parteisekretär Mau, Angestellter Moritz, Geschäftsführer Spill (\* 1872), Geschäftsführer Fooken (\* 1879) und die Redakteure Weber (\* 1894) und Brost (\* 1903). Auf der Zentrumsliste waren u. a. aus dem Bereich der christlichen Gewerkschaften Formell, Gaikowski und Klein in den Volkstag gekommen. Die Kommunisten hatten außer Bau- und Hafenarbeitern eine namhafte Führungspersönlichkeit in dem Zopoter Lehrer Plenikowski.

Die Polen, die es bei sämtlichen Volkstagswahlen (mit Ausnahme der Wahl von 1920, wo sie 9 321 Stimmen = 6,1 % erreichten) stets nur auf etwas über 3 % brachten, hatten auf ihrer Liste Kaufleute, Ärzte, Pfarrer und einen Gewerkschaftssekretär aufgestellt.

---

<sup>37</sup> Ziehm, Ernst: Aus meiner politischen Arbeit in Danzig 1914—1939. Marburg 1960.

## Die Arbeiterbewegung von 1919 bis 1937

### Die Sozialdemokratie

Nach der Revolution galt es für die Sozialdemokraten zwei Probleme zu meistern: Am Aufbau der Freien Stadt mitzuarbeiten und die Spaltung der Arbeiterbewegung zu überwinden. Beide Aufgaben konnten gelöst werden. Die USP und die Kommunisten waren in den ersten Jahren keine ernsthaften Gegner, da ihre innere Uneinigkeit zu ständig neuen Absplitterungen führte. Bis sich die Vereinigte Kommunistische Partei herauskristallisierte, hatten die Mehrheitssozialisten Zeit genug, ihre Kader neu zu formieren, da nach Kriegsende die Mitgliederzahlen sprunghaft anstiegen. Als die Inflation überwunden war, fand auch die Partei wieder eine solide Basis, auf der sie im Rahmen der Freien Stadt arbeiten konnte.

In den großen politischen Fragen stimmte sie in den entscheidenden Punkten mit den bürgerlichen und wirtschaftlich ausgerichteten Parteien überein, wobei freilich die schwierige Lage der Freien Stadt keinen größeren Spielraum gestattete. Selbstverständlich betrachteten sich die Sozialdemokraten als die Vertreter der Arbeitnehmer und wirtschaftlich benachteiligten Kreise. Ihre verständnisvolle Mitarbeit fand die gebührende Anerkennung durch den Senatspräsidenten Zichm, wenn er schreibt<sup>38</sup>:

„Ich will auch den sozialdemokratischen Mitgliedern der Regierung bestätigen, daß sie ihre besten Kräfte zum Nutzen Danzigs eingesetzt haben. Gehl, mein Nachfolger im Amt als Vizepräsident, und Dr. Kamnitzer, der nach dem Ausscheiden von Dr. Volkmann das Amt des Finanzsenators erhielt, haben in den Verhandlungen mit Polen geschickt aus ihrer programmatisch verkündeten Verständnisbereitschaft in Verbindung mit den Angriffen der deutschnationalen Opposition Vorteile für Danzig zu erzielen verstanden.“

An anderer Stelle fährt er fort<sup>39</sup>:

„Die von den Sozialdemokraten entsprechend ihrer Propaganda von neuem laut betonte Verständigungspolitik hatte äußerlich manche Erfolge. Es wurden Staatsbesuche zwischen Danzig und Polen gewechselt. Die polnische und die Danziger Presse mäßigten ihren Ton bei der Behandlung Danzig-polnischer Probleme. Es war die Zeit, in welcher in der internationalen Politik das Wort Verständigung eine große Rolle spielte und der Völkerbund auf der Höhe seines Ansehens stand.“

Mit Recht kann die Danziger Arbeiterbewegung für sich in Anspruch nehmen, von der Geburtsstunde der Freien Stadt Danzig bis zum bitteren Ende 1937 eine Haltung an den Tag gelegt zu haben, die von Einsicht in die Sonder-situation Danzigs, von Sachkenntnis und Solidität beim Aufbau dieses Staatswesens sowie von ehrlichen Versuchen zum Ausgleich mit dem Nachbarn Polen zeugen. Dank dafür hat die Danziger Arbeiterbewegung weder im Innern noch nach außen geerntet.

<sup>38</sup> Zichm, a. a. O. S. 130.

<sup>39</sup> ebenda, a. a. O. S. 135.

Horst Jablonowski stellt dazu fest<sup>40</sup>:

„Die von August 1925 bis September 1926 und wiederum von 1928 bis 1930 an der Regierung beteiligten Sozialdemokraten drängten auf eine Verständigung mit Polen auf dem Wege direkter Verhandlungen. Trotz entsprechender Bemühungen des Danziger Senates kündigten sich aber bereits im Jahre 1929 neue Spannungen zwischen Danzig und Polen an. Diese entwickelten sich jetzt vor allem im Bereich der wirtschaftlichen Beziehungen, wobei die Konkurrenz des Hafens Gdingen eine wichtige Rolle spielte. Die sozialdemokratischen Senatoren haben nach ihrem Ausscheiden aus der Regierung enttäuscht festgestellt, daß Polen ihnen gegenüber nicht mehr Entgegenkommen gezeigt habe als den rechtsgerichteten Regierungen der früheren Jahre. Die Entspannung, welche in der zweiten Phase der Auseinandersetzungen zwischen Danzig und Polen — in den Jahren 1926 bis 1929 — eintrat, bedeutete im Grunde nur eine Vertagung der Danziger Frage.“

Wie stark auch bei den Sozialdemokraten wirtschaftliche Probleme im Vordergrund standen, geht aus den Silvesternummern der parteieigenen Zeitung „Danziger Volksstimme“ hervor, die Rückblicke auf das abgelaufene und einen Ausblick auf das kommende Jahr gaben. 1925 konnte man folgende Ausführungen lesen<sup>41</sup>:

„Das Jahr 1925 schließt bitter ernst, und nicht weniger ernst tritt das Jahr 1926 in Erscheinung . . . In der Wirtschaftsgeschichte Danzigs dürfte das Jahr 1925 beispiellos dastehen. Selbst die Jahre nach den napoleonischen Kriegen, insbesondere die Zeit zwischen 1807 und 1814, die bisher als die schlimmsten Jahre für Danzig galten, dürften durch das vergangene Jahr noch weit übertroffen werden . . . Es geht nicht an, daß Danzigs Bevölkerung dauernd darunter leidet, daß in Polen die politischen Verhältnisse durcheinandergehen, daß die Kaufkraft des Landes mehr und mehr sinkt, daß die kaum stabilisierte polnische Währung sich wieder auf der Fahrt in den Abgrund befindet. Die Schuld an diesen Zuständen Polens tragen dieselben nationalistischen, militaristischen und kapitalistischen Glücksritter, deren deutsche Gesinnungsgenossen auch Deutschland in den Abgrund gestürzt haben.“

Auch die Silvesterausgabe von 1926 vermag bei einem Ausblick auf das Jahr 1927 keine günstigeren Ausspizien zu stellen. Mahnend wird erklärt<sup>42</sup>:

„Gerade wir Danziger Sozialisten müssen uns darüber klar sein: der Gefahrenherd Europas ist vom Rhein nach der Weichsel verlegt worden. Mag das Kapitel der deutsch-polnischen Verständigung auch äußerst schwierig und heikel sein, notwendig ist unbedingt, daß sich die sozialistische Internationale dieser Frage annimmt und sie in einer Weise löst, die zum Wohle der beiden Völker führt.“

An der Schwelle zum Jahr 1929 hatte die „Danziger Volksstimme“ namhaften Persönlichkeiten wie Präsident Dr. Sahn, Vizepräsident Julius Gehl, Schichau-Generaldirektor Noé, den Senatoren Arczynski, Kamnitzer, Jewelowski und Kaufmann Grünspan sowie Gewerkschaftssekretär Werner die Frage vorgelegt: „Wie steht's um die Zukunft Danzigs?“ Während Dr. Sahn Hoff-

<sup>40</sup> Jablonowski, Horst: a. O. S. 83 ff.

<sup>41</sup> „Danziger Volksstimme“, Nr. 304 vom 31. Dezember 1925.

<sup>42</sup> ebenda, Nr. 305 vom 31. Dezember 1926.

nungen auf einen Interessenausgleich im Handelsvertrag zwischen Deutschland, Polen und Danzig setzte, betonte Gehl<sup>43</sup>:

„Das Rückgrat der Danziger Wirtschaft ist nun einmal, wie in allen Zeiten der Danziger Geschichte, der Hafen von Danzig. Die Entwicklung des Hafens zu fördern und durch beschleunigten Ausbau neue Umschlagsmöglichkeiten zu schaffen, das bedeutet . . . die politischen und wirtschaftlichen Perspektiven des Freistaates für die nächste Zeit richtig erkennen. Hiermit steht in engster Verbindung die dringend notwendige Auseinandersetzung zwischen Danzig und Polen über das Verhältnis zwischen den Häfen Danzig und Gdingen.“

Während die Senatoren sich besonders wirtschaftlichen Problemen zuwandten und dabei u. a. die sorgenvolle Frage stellten, „Was wird aus Schichau?“, betonte Gewerkschaftssekretär Werner:

„Die erneut stark angewachsene Zahl der Erwerbslosen bedeutet eine weitere Verschlechterung der Lebenshaltung breiter Volksschichten. Solange ein Staatswesen von der Kleinigkeit Danzigs dauernd eine derart große Anzahl Erwerbsloser aufzuweisen hat, muß sein Wirtschaftsleben als krank bezeichnet werden.“

Sind solche pessimistischen Stimmen im für das übrige Deutschland als Blütejahr angenommenen Jahr 1928 zu vernehmen, so spiegelt sich im Jahresausblick für 1931 die alle anderen Themen verdrängende Frage wider: „Dringendste Aufgabe für 1931: Wie kann die Arbeitslosigkeit behoben werden?“ Obwohl Kapazitäten wie Albert Thomas, der Direktor des Internationalen Arbeitsamts in Genf, der frühere Reichsarbeitsminister Rudolf Wissell, der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Theodor Leipart und der Danziger Handelssenator Arthur Grünspan bemüht wurden, konnten auch sie nur darauf verweisen, daß es sich um eine zum ersten Mal erlebte Weltwirtschaftskrise ungeheuren Ausmaßes handele, die als Folgeerscheinung des Weltkrieges das bisherige Wirtschaftsgefüge und Arbeitsleben durcheinandergebracht habe. Rezepte für eine baldige Lösung konnten auch sie nicht geben<sup>44</sup>.

Die schwierige wirtschaftliche Lage machte es für die Sozialdemokraten fast unmöglich, auf dem ihnen besonders naheliegenden Gebiet, dem Wohnungsbau für Arbeitnehmer, tätig zu werden. Sie konnten im Volkstag 1925 eine „Wohnungsbauabgabe“ durchsetzen, die der deutschen Hauszinssteuer entsprach, und mit deren Erträgen einige von den Kommunen durchgeführte Bauprojekte unterstützen. Es handelte sich um Wohnblöcke in Schidlitz, Langfuhr, Neufahrwasser und die Stadtrandsiedlung Zigankenberg, in der u. a. eine Reihe von Eigenheimen für Kriegsversehrte entstanden. Die Sozialdemokraten fanden hierbei fast durchweg die Unterstützung des Zentrums, der Demokraten und eines Teiles der Wirtschaftsparteien. Auch in Neuteich herrschte eine rege Bautätigkeit, die in Bürgermeister Reek einen unermüdlichen Förderer fand.

Als in Deutschland die Arbeitsgesetzgebung wesentlich erweitert und Arbeitsämter geschaffen wurden, legte die Sozialdemokratische Partei im Volkstag entsprechende Gesetzesanträge vor und konnte entscheidend dazu beitragen,

---

<sup>43</sup> ebenda, Nr. 305 vom 31. Dezember 1928.

<sup>44</sup> ebenda, Nr. 304 vom 31. Dezember 1930.

daß die Danziger Arbeiterschaft die gleichen Rechte wie ihre Berufsgenossen im Reichsgebiet bekam. Diese Bemühungen führten nicht zuletzt dadurch zum Erfolg, daß eine gute Zusammenarbeit zwischen den Sozialdemokraten, dem Zentrum, den freien und den christlichen Gewerkschaften bestand.

Weil die politischen Kämpfe mit der aufstrebenden NSDAP schnell an Härte zunahmen, wurde der „Arbeiter-Schutzbund“ gegründet, der dem „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ entsprach. Es wurde eine uniformartige Windjacke mit Koppel und blauer Schirmmütze getragen. Die Formationen führten als Abzeichen eine rote Fahne mit blauer Gösch, die ein gezacktes S enthielt. Die Leitung der Organisation hatten der Lehrer Günter Klingenberg und der Arbeitersportler Willi Godau. Der Arbeiter-Schutzbund hat zahlreiche Wahlversammlungen und Kundgebungen geschützt, Werbefahrten unternommen und sich an Treffen außerhalb Danzigs beteiligt, so z. B. an einem des Reichsbanners in Stuhm/Westpreußen 1932, an dem nicht weniger als 1 500 Danziger teilnahmen.

Die Frauenarbeit in der Partei und in den Gewerkschaften wurde, nachdem die Frauen das Wahlrecht bekommen hatten, weiter ausgebaut. Hier waren Gertrud Müller und Käthe Leu, die aus der USP kam, tätig. Letztere war auch für mehrere Jahre Volkstagsabgeordnete, bis sie durch einen Schlaganfall gezwungen wurde, aus der Politik auszusteigen. Als sie 1933 starb, wurde ihre Beisetzung eine der letzten großen antifaschistischen Demonstrationen Danzigs. Unter den jüngeren Mitarbeiterinnen wären Meta Malikowski und Rose Woltermann, die spätere Frau Marquardt, welche nach dem Kriege Vorstandsmitglied der Gewerkschaft Chemie werden sollte, zu nennen.

Aus der Zahl der in der Freien Stadt tätig gewesen Gewerkschaftsfunktionäre sind Arczynski, Hübner, Kloßowski, Neisser, Roggenbuck, Selow, Urbach und Werner zu nennen. Diese arbeiteten auch führend in der Konsumgenossenschaft und in der Arbeiter-Siedlungsgenossenschaft mit. Nicht vergessen werden darf die „Freie Bau-Genossenschaft“, die von Senator Grünhagen, später von Otto Bluhm geleitet wurde.

### Die Kommunisten

In Danzig hatte sich, wie in allen größeren Städten Deutschlands, 1917 eine Spartakusgruppe gebildet, die nach der Revolution zur Kommunistischen Partei wurde. Sie blieb aber eine kleine Gruppe, bis sie durch den Zusammenschluß mit dem linken Flügel der USP zu einer Mitgliederpartei wurde.

Ein Einbruch gelang den Kommunisten in die Hafnarbeiterschaft, die sich unter Führung von Funktionären dieser Partei zu einem Streik gegen die Entladung von Schiffen bewegen ließ, die Waffen und Munition für die polnische Armee an Bord hatten. Dieser Streik ist aber der größte Erfolg geblieben, den die KPD in der Freien Stadt hat verzeichnen können.

Sie versuchte weiterhin, in den Kreisen der Bau- und Werftarbeiter Einfluß zu gewinnen, dabei konnte sie auch einige Erfolge für sich buchen. Der führende

Kopf der Partei war der Zoppoter Lehrer Plenikowski, der bis zum Verbot der KP dem Volkstag angehörte. Er war ein guter Redner und geschickter Agitator, ferner war er auch journalistisch tätig. Wenn die Kommunistische Partei der Freien Stadt ein ernster Gegner der Sozialdemokraten im Ringen um die Gefolgschaft der Arbeiter wurde, ist dies nicht zuletzt der Arbeit Plenikowskis zuzuschreiben. In den engen Verhältnissen wirkte sich die Spaltung der Arbeiterbewegung in zwei sich bekämpfende Lager weit stärker aus als im Reichsgebiet, denn hier konnten bei Wahlkämpfen 100 Stimmen eine Verschiebung herbeiführen.

Im ersten Volkstag waren die Kommunisten zunächst nicht vertreten. Als sich die USP spaltete, bildeten am 28. Januar 1921 zwölf ihrer Abgeordneten eine „Fraktion der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands“, aus der aber am 27. Juni 1923 nochmals sieben Mandatsträger ausschieden, um sich den Sozialdemokraten anzuschließen.

Bei der Wahl zum zweiten Volkstag hatten die Kommunisten Glück, denn sie konnten infolge der geringen Wahlbeteiligung mit nur 14 982 Stimmen elf Mandate erringen, während sie 1927 nur acht und 1930 trotz ihrer 20 194 Stimmen nur sieben Abgeordnetensitze bekamen.

#### Die christlichen Gewerkschaften

Die Bevölkerung der Freien Stadt war zu etwa 35 % (= 1 400 000 Seelen) katholischer Konfession. Die christlichen Gewerkschaften konnten von dieser Seite auf erhebliche Scharen von Anhängern rechnen, d. h. die Positionen, die sie vor 1914 erreicht hatten, ausbauen und befestigen. Die Gewerkschaften, in Danzig spielten besonders die der Metall-, Holz-, Bau- und Verkehrsarbeiter eine Rolle, haben aber in allen Fragen der Tarifpolitik gut mit den sozialistischen freien Gewerkschaften zusammengearbeitet.

#### *Kultur- und Sportorganisationen der Arbeiterschaft*

##### Die Kulturarbeit

Die kulturellen Einrichtungen der Sozialdemokratie wurden nach 1919 stärker gefördert als vor dem Kriege, war es doch allen klar, daß die Erhaltung Danzigs als deutsche Stadt zu einem erheblichen Teil eine kulturelle Aufgabe war. Die Bibliothek im Hause Dominikwall 8 wurde beträchtlich erweitert.

In Jugendheimen, in Schulräumen und in dem Haus der „Danziger Volksstimme“ fanden Seminare und Vorträge statt, für die namhafte Referenten gewonnen wurden, u. a. Luitpold Stern, Engelbert Graf, Nölting, Renner und Severing<sup>45</sup>.

Wieviel Bedeutung diesem Bildungsbemühen zugemessen wurde, ist am Beispiel einer vierseitigen Beilage „Vom neuen Werden, Zur Arbeiter-Kultur- und

<sup>45</sup> „Danziger Volksstimme“ vom 13. Juni 1925, Artikel „Die sozialistische Bildungsbewegung“ und „Kulturwille“.

Sportwoche 14.—21. Juni“ in Nr. 135 (16. J.) der „Danziger Volksstimme“ vom 13. Juni 1925 zu ersehen. Da findet sich als Leitmotiv das berühmte Zitat von Ferdinand Lassalle: „Es ziemen Ihnen nicht mehr die Laster der Unterdrückten, noch die müßigen Zerstreungen der Gedankenlosen, noch selbst der harmlose Leichtsinn der Unbedeutenden.“ Ein ausführlicher Aufsatz beschäftigt sich mit „Sozialismus und Kultur“, Max Adler behandelt unter Bezugnahme auf Immanuel Kant das Erziehungsziel „Neue Menschen“. Weitere Beiträge betitelt sich „Die sozialistische Bildungsbewegung“, „Kulturwille“, „Alkohol und Kultur“, „Jugend und Kultur“. Sodann stellen die Arbeitersportler, die Arbeitersänger, die Naturfreunde u. a. ihr Tun dar. Das „Festprogramm der Arbeiter-Kultur- und Sportwoche“ zeigt bemerkenswerterweise neben anderen kulturellen und sportlichen Darbietungen auch zwei öffentliche Vorträge von Oberschulrätin Dr. Wegscheider über „Sozialistische Kultur und Alkohol“ sowie von Landgerichtsdirektor Dr. Zint über „Kulturbestrebungen der Arbeiterbewegung.“

Es bestanden ferner Arbeiter-Gesangvereine, nämlich „Freie Sänger Danzig“ unter Leitung des Lehrers Wilhelm Brennert, der „Volkschor“ unter Adolf Müller und die „Typographia“ der Buchdrucker: Alle drei trugen viel dazu bei, Veranstaltungen der Arbeiterschaft zu umrahmen<sup>46</sup>. Die „Freie Sängervereinigung Langfuhr“ und der „Arbeiter-Sängerchor Lassalle Neufahrwasser“ wirkten in den Vorstädten. Wertvolle Arbeit wurde auch in den Arbeiterjugend-Musikgruppen geleistet, die in Danzig und Neufahrwasser bestanden.

Besonders gepflegt wurde die Sprechchorbewegung, die Hermann Dombrowski aufbaute, der nicht nur künstlerischer Leiter war und ein bedeutendes Organisationstalent besaß, sondern auch mehrere Bühnenwerke für Sprechchöre geschrieben hat, die weit über Danzigs Grenzen Beachtung fanden und Auführungen erlebten.

Im August 1926 fand eine „Ostdeutsche Sprechkonferenz“ statt, die dem Erfahrungsaustausch an Hand praktischer Beispiele diente. Hierzu waren außer den Danzigern Gruppen aus Elbing, Marienburg, Marienwerder, Deutsch-Eylau und Osterode erschienen. Worum es ging, zeigten Dombrowskis Worte:

„Unsere Feste sind keine Betriebmacherei, keine Vergnügungsfabrik, sondern natürlicher Ausdruck unseres Kulturstrebens. Wir vermeiden daher alles, was nach äußerlichem Tamtam, nach Phrase und Geste riecht.“

Als die Zeit der großen Arbeitslosigkeit begann, haben Sprechchöre, Sänger und andere Vereine des kulturellen Bereichs Abende zugunsten der Arbeitslosen und Rentner in Danzig, dessen Vorstädten, aber auch in Ohra, Neuteich und Zoppot veranstaltet.

### Der Arbeitersport

Die vor dem Krieg entstandenen Arbeiter-Turnvereine wurden weiter ausgebaut, wobei wie überall in Deutschland Absplitterungen eintraten. Die Wassersportler schieden aus und gründeten eigene Vereine, ebenso die Athleten und Ballspielgruppen, so daß die Turnvereine sich auf die gleichen Disziplinen wie die der Deutschen Turnerschaft angeschlossenen Vereine beschränken

---

<sup>46</sup> „Danziger Volksstimme“, vom 13. Juni 1925. „Kulturaufgaben der Arbeitersänger“.

konnten, was ihrer Arbeit sehr zugute kam. Auf dem Kreistag zu Königsberg/Pr. wurde Danzig zum selbständigen Bezirk erhoben und die dort wirkenden Vereine zum „Arbeiter-Turn- und Sportverband Danzig“ zusammengeschlossen, der 1933 16 Vereine mit 1 267 Mitgliedern umfaßte und eine Turn- und Sportschule unterhielt.

Am mitgliedsstärksten waren die „Freie Turnerschaft Danzig“ und der Arbeiter-Sportverein „Vorwärts“, neben denen die „Schwerathletik-Vereinigung 07 Neufahrwasser“, der „Arbeiter-Sportverein Frischauf Danzig-Troyl“ sowie die Wassersportvereine „Die Wasserfreunde“ und „Freier Seglerbund“ zu nennen wären. Örtliche Bedeutung hatten die Vereine in Schilditz, Heubude, Ohra, Klein und Groß Plehnendorf, Langfuhr und Bürgerwiesen.

Stark waren auch die Arbeiter-Radsportvereine, unter denen zunächst der „Radfahrverein Solidarität Danzig“ zu nennen wäre. Auch in Zoppot, Langfuhr, Neufahrwasser und Oliva waren Radsportvereine gebildet worden.

Enge Beziehungen bestanden zwischen den Turnern und Sportlern und dem „Arbeiter-Samariter-Bund Danzig“, der seine Helfer zum größeren Teil aus den Reihen dieser Vereine holte, aber auch Kurse in Erster Hilfe veranstaltete.

Danziger nahmen häufig an den großen sportlichen Veranstaltungen teil, so z. B. am „Ersten Deutschen Arbeiter-Turn- und Sportfest“ in Leipzig 1922, von dem mehrere als Sieger heimkehren konnten. Sie starteten aber auch in Pommern und Ostpreußen auf zahlreichen sportlichen Veranstaltungen und konnten auch Arbeitersportler aus allen Teilen Deutschlands bei Danziger Veranstaltungen als Gäste begrüßen.

In allen Disziplinen des Ballspieles gehörten sie den ostpreußischen Gruppen an, weshalb die Danziger Fuß- und Handballmannschaften wohl am häufigsten auf deutschen Sportplätzen zu sehen waren. Internationale Arbeitersportfeste mit Deutschen, Polen, Letten und Österreichern fanden auf dem Stadionsplatz in Langfuhr statt. Beliebt waren auch der „Staffettenlauf quer durch Danzig“ und der Fackelzug des Arbeiter-Sportkartells zum Bischofsberg. Auch die Kampfbahn am Werdertor wurde gern in Anspruch genommen. Für andere Veranstaltungen dienten das Friedrich-Wilhelm-Schützenhaus, die Aula der Petrischule am Hansaplatz, der Sportplatz Wallgasse und der Dominikanerplatz, auf dem meistens der Sternlauf der Turner und die Lampionfahrt der Radfahrer endeten.

Die Arbeitersportler pflegten besondere Verbindungen zum lettischen Sport- und Schutzbund. U. a. wird von einer Begegnung des Deutschen Arbeiter-Athletenbundes mit dem „Verein Riga Zentrum“ im Rigaer Volkshaus berichtet, wobei die Danziger Sportler mit guten Leistungen aufwarten konnten. Auch ein in Danzig durchgeführter Boxkampf des Danziger Sportklubs „Gedania“ mit dem Graudenzer Sportverein „Olympia“, dem Meister von Pommern, fand starke Beachtung.

Die Danziger Arbeitersportler beteiligten sich im August 1925 am „Hermannslauf“, dem größten Sportfest, das der deutsche Staffettenlauf je gesehen hat. Von allen Grenzen des Reiches wurden Staffetten zum Hermannsdenkmal

im Teutoburger Wald getragen, davon eine durch das Gebiet der Freien Stadt Danzig.

Für die Organisation von Turn- und Sportfesten war zum Schluß Paul Neumann verantwortlich.

Große Bedeutung hatte die Arbeiter-Wanderbewegung „Die Naturfreunde“. Sie stellte sich nicht nur die Aufgabe, mit jungen Arbeitern die Schönheit der Heimat zu erwandern, sondern Jugendlichen Urlaubsaufenthalte an der See und in den Bergen zu ermöglichen. Solche Ferienzele lagen damals fast außerhalb der Möglichkeiten des Arbeiters und waren finanziell nur über solche Gemeinschaften zu erreichen. Auch die Danziger Arbeiter trugen bereitwillig ihr Scherflein dazu bei, um Erholungsheime und Ferienlager der Naturfreunde zu unterstützen.

Für die Jüngsten bestand die Organisation „Kinderfreunde“, die Gertrud Müller betreute. Sie war später Abgeordnete des Volkstags und Mitglied des Senats, mußte dann aber den Weg in die Emigration nach Schweden antreten, wo sie heute noch lebt.

Die Kommunisten hatten ihre eigenen Sportvereine, die mit den sozialdemokratischen nicht zusammenarbeiteten und stark politisiert waren. Bedeutung hatten ihre Vereine aber nur in Danzig und seinen Vororten, in Zoppot und Oliva. Einige Sportler der kommunistischen Vereine nahmen an den Spartakiaden teil.

### Die Arbeiterjugendbewegung

Nach dem Ersten Weltkrieg gab es eine Blüteperiode der für Deutschland typischen Wandervogelbewegung. Auch die Arbeiterjugend schloß sich seit ihrem Jugendtag 1920 in Weimar diesen in Kleidung (Sammetkluft mit Schillerkragen) und Auftreten eigenwilligen Formen an. In der Freien Stadt Danzig hat die „Sozialistische Arbeiter-Jugend“, beflügelt durch Persönlichkeiten wie Brost, Dombrowski, Leschner und Sommerfeld, Beachtliches hervorgebracht, das weit über Danzig hinaus ausstrahlte.

Hermann Dombrowski verdanke ich den Einblick in seine Sammlungen „Jungvolk, Beilage für die sozialistische Jugend“ der „Danziger Volksstimme“, in zahlreiche Zeitungsberichte über Kulturveranstaltungen sowie in Aufzeichnungen von der Monatsarbeit ihrer Gruppen. Außer in Danzig hat es sie in Langfuhr, Schidlitz, Bürgerwiesen, Ohra, Osterwieck-Zugdum, Kahlbude, Groß Zünder, Schönfeld, Gemlitz, Eichwalde, Groß Lesewitz, Wolfsdorf, Kniefkohl, Heubude, Laental, Praust und Zoppot gegeben. Träger dieser Arbeit waren Heinz Jeschke, Georg Neumann, Alfred Roggenbuck, Gerda Siedler (später die Frau von Helmut Leschner) und Hella Steinbeiß.

Höhepunkt in der Tätigkeit dieser Jugendorganisation, die wiederholt den Namen änderte: von „Sozialistischer Arbeiterjugendbund der Freien Stadt Danzig“ zu „Arbeiter-Jugendbund“ und „Jung-Wandervogel, Bund sozialistischer Jugendwanderer“, war ein Funktionär-Kursus in Kahlbude am 10./11. Oktober 1925, bei dem Dombrowski über „Jugend und Sozialismus“, Sommerfeld über

„Jugendschutz und Jugendrecht“, Brost über die „Geschichte der Arbeiterjugendbewegung“, Leschner über „Unsere Agitation und Organisation“ gesprochen haben.

Aus der Initiative der Danziger ging der „Erste Ostjugendtag der Sozialistischen Arbeiterjugend“ in Elbing Pfingsten 1926 mit großer Beteiligung hervor. Ostpreußische Teilnehmer wie Luft, Matull, Mertins, Metz, Müller u. a. erinnern sich nach 47 Jahren gerne an dieses Treffen und die künstlerisch hochstehenden Vorführungen der Danziger im Elbinger Stadttheater.

Besondere Erlebnisse vermittelten die deutschen und internationalen Arbeiterjugendtage 1925 in Hamburg und 1926 in Amsterdam. Hier traf man sich aus Ostdeutschland einschließlich Danzig mit den übrigen Jugendfreunden und lernte dabei Erich Ollenhauer, Piet Voogt und Koos Vorrink als Führer der sozialistischen Jugendinternationale kennen<sup>47</sup>.

Auch die Kommunisten hatten ihre Jugendorganisation, die übrigens gut geleitet war, da in dem KP-Vorsitzenden Plenikowski eine pädagogisch geschulte Kraft zur Verfügung stand. Sie unterhielten auch Kontakte zu polnischen und lettischen kommunistischen Jugendgruppen.

### *Das Aufkommen der Nationalsozialisten*

In der Freien Stadt bildeten sich 1926 die ersten nationalsozialistischen Gruppen. Die ersten Wahlen zum Volkstag, an denen sie sich beteiligten (1927), zeigten sie als eine unbedeutende Erscheinung des politischen Lebens, denn auf ihre Liste entfielen nur 0,8 % der Stimmen. Durch Abspaltungen schwächten sich die Nationalsozialisten noch mehr, weshalb Hitler am 24. September 1930 den Gau Danzig auflöste. Einen Monat später nahm der mit der Neugründung des Gaues beauftragte Forster seine Tätigkeit auf, zu dessen engstem Mitarbeiter Greiser wurde.

Tatsächlich gelang es beiden, die Nationalsozialisten binnen zweieinhalb Jahren zur stärksten Partei der Freien Stadt zu machen. Bei der Volkstagswahl des Jahres 1933 konnte sie 51 % der abgegebenen Stimmen auf sich vereinen und mit 38 Abgeordneten in das Parlament einziehen.

Die Gründe für diesen unerwarteten Erfolg sind in der geschickten Ausnutzung der wirtschaftlichen Krisensituation Danzigs zu sehen, die viele das Versprechen glauben ließ, die nationalsozialistische deutsche Reichsregierung würde einem gleichfalls nationalsozialistischen Danzig nachdrücklich helfen. Natürlich versäumten die Agitatoren nicht, auf die Erfolge Hitlers hinzuweisen, der im ersten Halbjahr seiner Regierung über zwei Millionen Arbeitslose wieder ins Erwerbsleben eingegliedert hätte. Daß Hitler mit ungedeckten Wechsellern arbeitete, ahnte in der Freien Stadt natürlich niemand, sondern glaubte, daß die Nationalsozialisten auch für Danzig bessere Zeiten heraufführen könnten, zumal dann, wenn sie auf die Hilfe des Reiches rechnen konnten.

---

<sup>47</sup> „Jungvolk“, Nr. 6 vom 4. Juni 1926.

Erster nationalsozialistischer Regierungschef wurde Dr. Rauschnig, der sich nach einem Jahr mit seiner Partei überwarf und emigrieren mußte. Er trat am 20. Juni 1933 sein Amt an. In Deutschland waren zu diesem Zeitpunkt fast alle politischen Parteien aufgelöst worden. Nur der Status der Freien Stadt hinderte die Nationalsozialisten, hier sofort das gleiche Verfahren anzuwenden. Die Demokraten leisteten der beginnenden Diktatur Widerstand, solange es ihnen bei ihren geringen Kräften möglich war. Der Gaulleiter konnte über die Hilfsquellen der NSDAP verfügen, die Parteien waren auf die Mitgliederbeiträge und geringe Spenden angewiesen, die ihnen aus dem Gebiete der Freien Stadt zufließen. Die Finanzfrage hat die mögliche propagandistische Gegenwehr fast noch mehr beschränkt als der Terror der Nationalsozialisten.

### *Das Ende der Arbeiterparteien*

#### Die Volkstagswahl von 1935

Rauschnig vertrat eine verhältnismäßig gemäßigte Linie, er hatte auch die Absicht, die auf eine Entspannung mit Polen zielende Politik der demokratischen Regierungen fortzusetzen. Er geriet dadurch seiner eigenen Partei gegenüber in eine isolierte Stellung. Am 22. November 1934 sprach ihm die nationalsozialistische Fraktion des Volkstages das Mißtrauen aus, worauf er am nächsten Tag zurücktrat und Greiser Platz machte. Dennoch hat er zwei Gesetzen zur Gültigkeit verholfen, welche die Basis der späteren Verfassungsbrüche der Nationalsozialisten abgaben. Es waren dies das „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Staat“ vom 24. Juni 1933<sup>48</sup>, eine Art Ermächtigungsgesetz, und die „Rechtsverordnung betreffend Maßnahmen zur Erhöhung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ vom 30. Juni 1933<sup>49</sup>, mit deren Hilfe man gegen mißliebige Politiker, Parteien oder Presseerzeugnisse vorgehen konnte.

Die Kommunistische Partei wurde als erste am 28. Mai 1934 verboten. Da sie dieses nach den Ereignissen in Deutschland längst erwartet hatte, war alles für eine illegale Tätigkeit vorbereitet und eine Basis geschaffen, von der aus weitergekämpft werden konnte.

Die Deutschnationalen verloren einen Teil ihrer Mitglieder an die NSDAP. Im November 1933 konnte auch ihre „Danziger Landeszeitung“ gleichgeschaltet werden, der Kern der Partei war aber intakt. Das Zentrum erwies sich als massiver Block, dem nicht beizukommen war. Versuche Forsters, ihn von innen auszuhöhlen, scheiterten, nur einige labile Anhänger verließen die Partei<sup>50</sup>.

Auch die Sozialdemokratische Partei gab sich keinen Täuschungen hin. Der „Fall Gruhn“ hatte ihr gezeigt, was auf sie zukommen würde. Am 5. Mai 1932 fand in Neuteich eine landwirtschaftliche Ausstellung mit einer Zuchttierschau statt. Unter den Bürgern, die ihren Sonntagsspaziergang mit einer Besichtigung

<sup>48</sup> Gesetzblatt für die Freie Stadt Danzig, 1933, Nr. 33 S. 273 ff.

<sup>49</sup> ebenda, Nr. 36 S. 287.

<sup>50</sup> Sodeikat, S. 141.

der Schau verbanden, befand sich auch der sozialdemokratische Stadtverordnete Gruhn mit seiner Frau. Der Führer der Neuteicher SS, Rudzinski, lief auf die beiden Spaziergänger zu und erschoss Gruhn. Gauleiter Forster sah von der Veranda des „Hotel zum Deutschen Hause“ dem Mord zu. Am nächsten Tage wurde die „Danziger Volksstimme“ auf drei Monate verboten, weil sie letztere Einzelheit in ihrem Bericht über den Mord erwähnt hatte<sup>51</sup>. Der Danziger Senat stützte sich bereits damals auf die Stimmen der Nationalsozialisten, obwohl diese noch nicht die Regierung tragen halfen. Die deutsche sozialdemokratische Presse berichtete eingehend über diesen Fall<sup>52</sup>. Ihre Hoffnungen auf ein Eingreifen des Völkerbundes erfüllte sich nicht.

Als die Nationalsozialisten in Danzig an die Regierung kamen, wurden die Sozialdemokraten zum Kern der Opposition. Diese Rolle mußte ihnen nicht nur ihrer zahlenmäßigen Stärke wegen zufallen, sondern weil sie über die einzige täglich erscheinende Zeitung des demokratischen Lagers verfügten. Die „Danziger Volksstimme“ wurde zum Sprachrohr aller Parteien und fand Käufer in Kreisen, die es früher abgelehnt hatten. Die Verkaufsziffern schwollen stark an<sup>53</sup>. In ihr konnte man z. B. noch lesen, daß der britische Delegierte Anthony Eden in der Sitzung des Rates des Völkerbundes am 18. Januar 1935 betont hatte, daß die Methoden der Nationalsozialisten in Danzig nicht mit der Verfassung der Freien Stadt vereinbar seien<sup>54</sup>, was die gleichgeschalteten Blätter nicht zu bringen wagten.

Am 21. Februar 1935 wurde der Volkstag aufgelöst und für den 7. April seine Neuwahl ausgeschrieben. Am 16. März begann ein Wahlkampf im Zeichen brutalen Terrors der Nationalsozialisten. Sie veranstalteten mehr als 1 300 Wahlversammlungen, die unter dem Generalthema standen: „Kampf den Separatisten! — Danzig bleibt nationalsozialistisch!“ Das erste Schlagwort war dem Wahlkampf im Saargebiet entnommen, wo sich am 13. Januar 91 % der Wahlberechtigten für die Rückkehr zu Deutschland ausgesprochen hatten. Für Danzig war diese Parole völlig unsinnig, da es hier keine Separatisten gab.

Die Sozialdemokraten durften dagegen nur sieben öffentliche Wahlkündgebungen durchführen und nur eine davon in einem größeren Saal. Alle wurden von Rollkommandos der SA und SS gestört<sup>54a</sup>. Dem Zentrum erging es genau so.

---

<sup>51</sup> „Danziger Volksstimme“, 6. und 7. Mai 1932.

<sup>52</sup> „Volksblatt“, Göttingen, 6. und 9. Mai 1932.

<sup>53</sup> Sodeikat, S. 143.

<sup>54</sup> „Danziger Volksstimme“, 19. Januar 1935.

<sup>54a</sup> Es hat sich eine Ausgabe der „Danziger Volksstimme“ (Nr. 62, 26. J. vom 14. 3. 1935) erhalten, die in großer Aufmachung von einem letzten „Vorstoß der Sozialdemokratie“ in der Sporthalle berichtet. Es war eine Massenkundgebung, die zu diesem Zeitpunkt außerordentliches Aufsehen über Danzig hinaus erregte und unter dem Motto stand: „Für ein freies deutsches Danzig!“ Der erste Redner auf dieser Kundgebung, der Abgeordnete Willy Moritz (1892—1960), der seit 1919 Vorsitzender des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, seit 1923 Ermittler bei der Hauptfürsorgestelle gewesen und von der NSDAP bereits durch Strafversetzung zum Steueramt und Kürzung seiner Bezüge um fünf Gehaltsgruppen gemäßregelt worden war, wurde sofort fristlos entlassen, obwohl er dem Volkstag von der 3. bis 5. Wahlperiode angehört und 1929/30 auch als Senator im Nebenamt verdienstvoll gewirkt hatte.

Nur die Polen wagten, eigene Veranstaltungen durchzuführen, während die anderen Parteien auf Wahlkundgebungen verzichteten, zumal sie den Schlägerbanden der Nationalsozialisten keinen Saalschutz wie die Arbeiterbewegung entgegensetzen konnten. Der Rundfunk stand fünf Wochen hindurch ausschließlich der NSDAP zur Verfügung, während den Oppositionsparteien nicht eine Minute Sendezeit zugebilligt wurde.

Während die Nationalsozialisten Wahlkampfzeitungen in hohen Auflagen herausbrachten und kostenlos verteilten, daneben aber auch die gleichgeschaltete deutschnationale Tageszeitung „Danziger Nachrichten“ als Wahlhelfer einsetzen konnten, wurden die Blätter der Opposition stark behindert. Die „Volksstimme“ wurde zweimal während des Wahlkampfes auf mehrere Tage verboten und zweimal in den drei letzten Tagen vor der Wahl beschlagnahmt<sup>55</sup>. Dem Zentrumsblatt erging es genau so.

Ungeachtet der aufgewendeten Propagandamittel und des brutalen Terrors konnten die Nationalsozialisten ihr Ziel nicht erreichen. Sodeikat schreibt darüber<sup>56</sup>:

„Trotz allem Aufwand aber wurde die Wahl zum Danziger Volkstag am 7. April 1935 die erste größere Schlappe, die der Nationalsozialismus im deutschen Sprachgebiet erlitt. In der Nacht vom 7. zum 8. April hatte sich Gauleiter Forster die erste Bekanntgabe des vorläufigen Wahlergebnisses durch den Rundfunk selber vorbehalten. Als ihm nach Mitternacht der Zettel mit den Wahlergebnissen vor dem eingeschalteten Mikrophon überreicht wurde, begann er siegesicher zu sprechen: ‚Die Abstimmung des deutschen Danzig zur Wahl des Danziger Volkstages hat ergeben, daß . . .‘ Hier brach seine Stimme ab, man hörte flüchtige Geräusche, es knackte. Dann kam eine peinliche Pause. Nach dieser Pause wurde durch den Rundfunksprecher verkündet, und zwar ohne jede Überleitung ‚Wir bringen jetzt Marsch- und Tanzmusik . . .‘ In diesem Augenblick wußten die Danziger, die an ihren Rundfunkgeräten saßen, daß die NSDAP ihr Ziel, die Zweidrittelmehrheit, nicht erreicht hatte.“

Eine Siegesparade der SA und SS wurde abgesetzt<sup>57</sup>.

Das endgültige Wahlergebnis zeigte, daß die Nationalsozialisten 59,31 % der Stimmen erhalten hatten (1933: 50,13). Sie hatten ihre hauchdünne Mehrheit erheblich ausbauen können, hatten aber die Zweidrittelmehrheit nicht bekommen. Selbst mit Hilfe der Deutschnationalen, die als „Liste Weise“ kandidiert hatten, war diese nicht herzustellen, weil jene Partei nur 4,17 % (6,35) der Stimmen bekommen hatte. Der Rückgang dieser Rechtspartei wirkte jetzt wie ein Bumerang.

Die Sozialdemokraten hatten ihre Wählerstämme fast unversehrt halten können, denn sie hatten 16,05 (17,69), das Zentrum 13,41 (14,63) und die Polen 3,53 % (3,15) bekommen. Die Kommunisten, die als „Liste Plenikowski“

<sup>55</sup> Staatsanzeiger für die Freie Stadt Danzig, Teil I, Nr. 31 und 34/1935.

<sup>56</sup> Sodeikat, S. 145. Vergl. auch „Unser Danzig“ Nr. 7/1961, S. 11.

<sup>57</sup> „Gazeta Polska“, 8. April 1935.

erschienen waren, bekamen 3,37 % (6,80). Eine weitere Organisation, „Freie Frontkämpfer“, die sich nicht den NS-Organisationen anschließen oder gleichschalten lassen wollte, konnte als „Gruppe Pietsch“ nur 0,16 % der Stimmen auf sich vereinen. Bei dieser Wahl wirkte sich das Auftreten dieser Splitterpartei besonders ungünstig aus, denn die auf sie vereinten Stimmen hätten genügt, der SPD und dem Zentrum zu je einem weiteren Mandat zu verhelfen.

Die NSDAP gewann 43 Abgeordnetensitze (1933: 38), die Sozialdemokraten 12 (13), das Zentrum 10 (10), Liste Weise 3 (DNVP 4), Liste Plenikowski 2 (KP 5) und die Polen 2 (2)<sup>58</sup>.

Da alle Parteien, die außer den Nationalsozialisten im Volkstag saßen, gezwungen waren, zusammenzugehen, wenn sie nicht an die Wand gedrückt werden wollten, war es möglich, eine Sperrminorität aufzubauen, die verfassungsändernde Gesetze, zu denen eine Zweidrittelmehrheit erforderlich war, unmöglich machte.

### Der Währungsschnitt

Drei Tage nach der Wahl wurde die „Danziger Volksstimme“ auf fünf Monate verboten<sup>59</sup>. Hierbei hat es sich offensichtlich um eine Vorbeugungsmaßnahme Greisers gehandelt, weil die Nationalsozialisten im Mai den Währungsschnitt durchführen mußten und während der Wochen, in denen sich die Abwertung des Guldens auswirken mußte, das Blatt der Opposition mundtot machen wollten. Das Verbot der Zeitung wurde nämlich nach drei Monaten unerwartet aufgehoben, so daß sie am 1. Juli 1935 wieder erscheinen konnte. Zu jenem Zeitpunkt waren aber die mit der Abwertung verbundenen Preiserhöhungen und Vermögensverluste bereits geschehen. Verhindert war vor allem, daß die „Volksstimme“ über die Debatten im Volkstag zum Problem der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik, die nach großen Versprechungen zu dem Desaster der Abwertung des Guldens geführt hatte, berichten konnte.

Dennoch brachte die erste Nummer der nach dem Verbot wieder ausgelieferten „Volksstimme“ am 1. Juli die Rede des SPD-Abgeordneten Wiechmann im Volkstag, in der er erklärte, daß die Regierung, wie die Abwertung beweise, ihrer Auskunftspflicht über die finanzielle Lage des Staates nicht nachgekommen sei. Jetzt sei der Opposition auch klar, weshalb die Nationalsozialisten die Wahlen um zwei Jahre vorverlegt hätten, weil sie nämlich vor der Abwertung ein Vertrauensvotum benötigten. Deshalb würden die demokratischen Parteien das Wahlergebnis anfechten<sup>60</sup>.

Nach der Abwertung des Guldens traten die Arbeiter scharenweise aus der „Danziger Arbeitsfront“ aus und kamen zum „Allgemeinen Arbeiterverband“,

<sup>58</sup> Danziger Statistische Mitteilungen“, Nr. 1/1935.

<sup>59</sup> Staatsanzeiger für die Freie Stadt Danzig, I, Nr. 44/1935. Als Begründung wurde der Nachdruck kritischer Auslandsstimmen zum Ausfall der Wahl und ein Bericht über die Verhaftung eines britischen Journalisten, der seiner Zeitung angeblich unkorrekt über die Wahl berichtet hatte, angeführt.

<sup>60</sup> „Danziger Volksstimme“, Nr. 86 vom 1. Juli 1935.

dessen Mitgliederzahlen in die Höhe schnellten<sup>61</sup>. Während die Arbeitsfront zum 1. Mai 1934 100 000 Abzeichen herstellen ließ, deren Abnahme für alle Mitglieder obligatorisch war, bestellte sie zum 1. Mai 1936 nur 35 000<sup>62</sup>. Der Mitgliederschwund war so stark, daß die Organisation ihre Büros verkleinerte und einige Dutzend Mitarbeiter entlassen mußte<sup>63</sup>. Die Korruption in der Arbeitsfront, die im Mai 1936 einem der bekanntesten ihrer Führer, dem neunmal vorbestraften Edmund Klekacz, wegen Blankettfälschung in Tateinheit mit Betrug und Unterschlagung zwei Jahre und drei Monate Zuchthausstrafe einbrachte, tat ein übriges, den Mitgliedern die Augen zu öffnen<sup>64</sup>.

Die verfehlte nationalsozialistische Wirtschaftspolitik wirkte sich auch auf dem Lande aus. Die Bauern, traditionell konservativ oder deutschnational, erkannten, daß bei den Nationalsozialisten zwischen Versprechen und Halten ein weiter Zwischenraum lag. Der Vorsitzende der Danziger Bauernkammer, Rang (übrigens selbst Mitglied der NSDAP), gab diese Unzufriedenheit auch in einigen Versammlungen, in denen er sprach, offen zu, beschönigte die Lage freilich mit den unerwartet strengen deutschen Devisenbestimmungen, die den Absatz Danziger Produkte im Reich fast unmöglich machten, aber er konnte die Mißstimmung der Bauern nicht verschweigen<sup>65</sup>.

Im April wurden Unterschriftensammlungen in den Landkreisen vorgenommen, mit denen 2 177 Ländarbeiter gegen den Zwangsabzug von Beiträgen zur Bauernkammer von ihren Löhnen protestierten. Mitglieder der Oppositionsparteien setzten sich sehr für diese Aktion ein, die gegen den Widerstand der nationalsozialistisch beherrschten Kreisverwaltungen durchgeführt wurden<sup>66</sup>.

Auch die Fischer sprachen sich energisch gegen die nationalsozialistischen Wirtschaftspraktiken aus<sup>67</sup>. Die Haus- und Grundbesitzervereine schlossen sich ebenfalls der Opposition an, zumal ihr Vorstandsmitglied Blavier deutschnationaler Volkstagsabgeordneter war.

Am 26. August 1935 stellten die Oppositionsparteien den Antrag auf Auflösung des Volkstages und Ausschreibung von Neuwahlen. Das Zerbrechen der Anhänger- und Mitläuferschaft der NSDAP, das vorstehend geschildert wurde, zeichnete sich bereits so deutlich ab, daß mit weiteren erheblichen Rückschlägen zu rechnen war, man es also durchaus wagen konnte, eine richterliche Entscheidung des Obergerichtes abzuwarten, denn die Zeit arbeitete von 1935 bis 1936 für die Opposition. Den Antrag begründeten für die Sozialdemokraten Willy Moriz, für die Zentrumsfraktion Weiß und für die Deutschnationalen Gamm. Sämtliche Abgeordnete der Opposition, auch die Polen, stimmten für

---

<sup>61</sup> Sodeikat, S. 151—152.

<sup>62</sup> „Danziger Volksstimme“, Nr. 103 vom 4. Mai 1936.

<sup>63</sup> Sodeikat, S. 150—151.

<sup>64</sup> „Danziger Volksstimme“, Nr. 110 und 111 vom 12. und 13. Mai 1936.

<sup>65</sup> „Danziger Volkszeitung“, Nr. 92 vom 1. August 1935.

<sup>66</sup> „Danziger Volksstimme“, Nr. 98 vom 27. April 1936.

<sup>67</sup> ebenda, Nr. 94 vom 22. April 1936.

die Auflösung, die Nationalsozialisten dagegen. Nunmehr waren die demokratischen Parteien gezwungen, die richterliche Entscheidung anzurufen<sup>68</sup>. Die Sitzung endete mit einem Skandal, indem zwei Nationalsozialisten den Fraktionsvorsitzenden der Sozialdemokraten Brill niederschlugen.

### Die Wahlanfechtungsklage

Die Wahlanfechtungsklage wurde von der Sozialdemokratischen Partei, dem Zentrum, den Deutschnationalen, der Vereinigung Freier Frontkämpfer und den Kommunisten eingereicht. Das Obergericht vernahm 988 Zeugen und setzte den öffentlichen Termin auf den 30. Oktober 1935 an. Die Parteien wurden durch Rechtsanwälte vertreten, die ihnen angehörten und Mitglieder des Volkstages waren, so die SPD von Dr. Bernhard Kamnitzer, die DNVP von Dr. Gerhard Weise und das Zentrum von Bruno Kurowski. Für die Kommunisten sprach Plenikowski, für die Frontkämpfer Kapitän a. D. Pietsch. Die Verhandlung ergab, daß von den 45 Ortschaften, in denen nach Auffassung der Opposition Unregelmäßigkeiten beim Wahlakt vorgekommen waren, das Obergericht nur in fünf Fällen keine Beanstandungen hatte feststellen können<sup>69</sup>.

Am 14. November wurde die Entscheidung des Obergerichtes verkündet. Obwohl das Gericht sehr wesentliche Rügen der Oppositionsparteien als berechtigt anerkennen mußte, wurde nicht die gesamte Wahl für ungültig erklärt, sondern nur in achtzehn Orten der Landkreise. Das Obergericht erkannte jedoch zu Recht, daß den Nationalsozialisten in den Städten drei und auf dem Lande zehn Prozent der Stimmen abzuziehen wären. Dadurch verlor die NSDAP 10 804 Stimmen, während den Sozialdemokraten 75, den Kommunisten 19, dem Zentrum 54, den Deutschnationalen 17 und den Freien Frontkämpfern zwei Stimmen zugezählt wurden. Die NSDAP verlor ein Mandat, das den Sozialdemokraten zufiel<sup>70</sup>.

Das Urteil erregte in Danzig großes Aufsehen, zumal in der Urteilsbegründung ausdrücklich das zeitweilige Verbot und die Beschlagnahmungen der Zeitungen der Opposition als eine Verwaltungsmaßnahme angesehen wurde, über die dem Gericht kein Urteil zustände<sup>71</sup>. Gauleiter Forster gab in einer Rede vor Danziger Juristen beim Gauparteitag der NSDAP am 5. Oktober 1936 zu:

„Ich habe vor der entscheidenden Sitzung (d. h. des Obergerichts) den entscheidenden Mann zu mir bestellt. Der kam herein und sagte zu mir, bevor ich überhaupt etwas gesagt hatte: ‚Aber ich bitte, ich bin ein unabhängiger Richter!‘ Meine Herren, darauf kann ich nur eines erwidern: ‚Das finde ich lächerlich‘<sup>71</sup>.“

Die Oppositionsparteien Sozialdemokraten, Deutschnationale und Zentrum gaben aber nach diesem Urteil noch nicht auf, sondern petitionierten beim

<sup>68</sup> „Danziger Volksstimme“, Nr. 155 vom 27. August 1935.

<sup>69</sup> „Danziger Volksstimme“, Nr. 176 vom 9. November 1935.

<sup>70</sup> ebenda, Nrn. 180—182 vom 14. bis 16. November 1935.

<sup>71</sup> „Neuer Vorwärts“, Karlsbad, Nr. 170 vom 8. November 1936.

Völkerbund, wobei sie gleichzeitig vorschlugen, Neuwahlen unter den internationalen Sicherungsmaßnahmen stattfinden zu lassen, die während der Volksabstimmung an der Saar gültig gewesen waren und sich dort bewährt hatten.

Am 22. Januar 1936 gab der britische Außenminister Anthony Eden einen Überblick über die Ereignisse in Danzig und sprach dabei von den beklagenswerten Verletzungen der Danziger Verfassung durch den Senat. Der Minister hatte das Urteil des Danziger Obersten Gerichtes und die Petition der demokratischen Parteien durchgearbeitet und vertrat den Standpunkt, daß die Wahlen zum Volkstag ein verfassungsrechtlicher Akt seien, und da die Verfassung der Freien Stadt unter dem Schutz des Völkerbundes stünde, sei dieser verpflichtet, über ihre Wahrung zu wachen<sup>72</sup>.

Nach der Sitzung soll Hitler den in Genf anwesenden Senatspräsidenten Greiser angewiesen haben, dem Völkerbund künftige Wahrung der Verfassung zu versprechen, was jener in der nächsten Sitzung am 24. Januar auch tat<sup>73</sup>. Der Völkerbund gab sich leider mit diesen leeren Worten zufrieden und vertagte seine Entscheidung über die Wahlbehinderung, über die dann aber kein Spruch gefällt wurde. Auch auf der Sitzung vom 13. Mai 1936, auf deren Tagesordnung die Danziger Petition stand, wurde eine erneute Vertagung beschlossen<sup>74</sup>. Die Danziger Opposition wußte nun, daß sie in ihrem Kampf gegen den Nationalsozialismus allein stand und nur noch ehrenvoll untergehen konnte. Auch der Hohe Kommissar des Völkerbundes, Lester, der sich in Genf stets klar über die wirkliche Lage in Danzig ausgesprochen hatte, gab im vertrauten Kreise die Sache der demokratischen Parteien verloren<sup>75</sup>. Sein Amtssitz wurde von der Polizei ständig überwacht, wie britische Journalisten im August 1936 bei einem Danzigbesuch feststellten<sup>76</sup>.

### Das Ende der Parteien

Gauleiter Forster hatte vorausgesehen, daß der Völkerbund nicht mehr die Möglichkeit hatte, in Danzig einzugreifen, und sagte deshalb bereits im März 1936 auf einer Kundgebung, nachdem er versichert hatte, daß die Opposition nie an die Macht kommen werde<sup>77</sup>:

„Es kommt auch für uns der Tag, an dem wir abrechnen werden, radikal abrechnen werden . . . Und dann werden wir uns diese Herrschaften kaufen. Wir werden so blitzschnell, so überraschend zugreifen, daß die Herrschaften gar nicht mehr Gelegenheit haben werden auszurücken.“

Lester bat den Verbindungsmann der Opposition, den sozialdemokratischen Redakteur Brost, nicht mehr in seinen Amtssitz, sondern traf sich mit ihm an einer abgelegenen Stelle des Olivaer Waldes, bis er bei einer solchen Zusammen-

<sup>72</sup> „Danziger Volksstimme“, Nr. 21. vom 25. Januar 1936.

<sup>73</sup> Leonhardt, Hans L.: *Nazi Conquest of Danzig*, Chicago 1942. Hier S. 205 und S. 207 ff.

<sup>74</sup> Sodeikat, S. 165.

<sup>75</sup> ebenda.

<sup>76</sup> „Neuer Vorwärts“, Karlsbad, Nr. 170 vom 13. September 1936.

<sup>77</sup> „Danziger Volksstimme“, Nr. 63 vom 14. März 1936.

kunft ihn bitten mußte, an seine Sicherheit zu denken, da er ihn nicht schützen könne<sup>78</sup>. Nachdem der Völkerbund seine Entscheidung über die Ungültigkeitserklärung der Danziger Wahl erneut verschoben hatte, häuften sich die Überfälle der Nationalsozialisten auf Demokraten in solchem Ausmaße, daß Lester zweifellos richtig handelte, Brost zu warnen.

Zwei Tage nach der Völkerbundssitzung wurden vor dem Eingang zum Volkstagsgebäude die Zentrumsabgeordneten Posack und Formell von Nationalsozialisten grundlos angegriffen und niedergeschlagen. Der Polizeiposten vor dem Portal sah zu und schritt nicht ein, zumal sich unter den Schlägern der Kriminalassistenten-Anwärter Schulz, übrigens Volkstagsabgeordneter der NSDAP, befand<sup>79</sup>.

Dies war aber nur der Auftakt. Am 28. Mai 1936 wurde der Vorsitzende des Haus- und Grundbesitzervereins, Dr. Curt Blavier, in dem Büro dieser Organisation verhaftet und dort Haussuchung gehalten. Dr. Blavier war Deutschnationaler, Senator a. D. und früher selbst stellvertretender Polizeipräsident von Danzig gewesen, weshalb er als stadtbekannt Persönlichkeit gelten konnte. Als Verhaftungsgrund wurde sein Artikel „Traumwandler“ in der Zeitung „Die neue Zeit“, dem Organ des Haus- und Grundbesitzervereins, das nur Mitgliedern zuzug, angeführt. Am 30. Mai wurde von Kriminaldirektor Grötzner, dem Beauftragten Himmlers in Danzig, mitgeteilt, daß in dem beanstandeten Artikel dem Sinne nach stünde, „daß die ungeheure Gegnerschaft gegen das Nazi-Regime öffentlich und in Versammlungen nur deshalb nicht zum Ausdruck komme, weil jeder befürchte, daß ihm sonst Nachteile durch die Behörden entstehen würden“<sup>80</sup>. „Die neue Zeit“ wurde auf acht Monate verboten<sup>81</sup>.

Am 1. Juni folgte ein Verbot der „Danziger Volksstimme“ auf zwei Monate<sup>82</sup>. Dies geschah wahrscheinlich, um Propagandierung und Berichterstattung über den „Volkssport-Tag“, der am 7. Juni im Gedania-Stadion stattfinden sollte, zu unterbinden. Dennoch erschienen über 15 000 Menschen jeder verfassungstreuen Richtung, um den Wettkämpfen der Arbeitersportler zuzuschauen<sup>83</sup>. Es war die letzte große Veranstaltung, die der Arbeiter-Sportverband in Danzig durchführen konnte.

Am 10. Juni kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen Flugblattverteilern der Sozialdemokraten und SA- oder SS-Trupps. Zahlreiche Verteiler wurden niedergeschlagen, einige durch Messerstiche schwer verletzt. Zwei Tage später schlugen etwa 100 Nationalsozialisten eine Versammlung der Deutschnationalen zusammen, wobei über fünfzig Personen so schwer verletzt wurden,

<sup>78</sup> Nach Mitteilungen des Redakteurs Erich Brost, s. u.

<sup>79</sup> „Danziger Volksstimme“, Nr. 105 und 106 vom 6. und 7. Mai 1936.

<sup>80</sup> Leonhardt, S. 307 und „Der Danziger Vorposten“ vom 30. Mai 1936.

<sup>81</sup> Staatsanzeiger für die Freie Stadt Danzig, Nr. 62, 1936.

<sup>82</sup> ebenda, gleiche Nummer.

<sup>83</sup> „Neuer Vorwärts“, Karlsbad, 9. Mai 1936. Berichte über den Volkssport-Tag.

daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Dieser Terrorakt war der bedeutendste in der Geschichte der Danziger Saalschlachten<sup>84</sup>.

Am 13. Juni stellte Forster die Tatsachen auf den Kopf, indem er in einem Aufruf mitteilte, die NSDAP würde den Terror der Oppositionsparteien nicht länger dulden und rücksichtslos gegen ihn Front machen. Es war deshalb nur eine Augenwischerei, daß das Verbot der „Danziger Volksstimme“ zum 1. Juli vorfristig aufgehoben wurde. Als die Zeitung am nächsten Tag erschien, wurde sie sofort beschlagnahmt und am 7. Juli erneut auf fünf Monate verboten<sup>85</sup>. Am 8. Juli wurde die Monatszeitung der Deutschnationalen, die „Danziger Nationale Zeitung“, für den gleichen Zeitraum verboten. Am 18. Juli erfolgte das Verbot der jüdisch-zionistischen Zeitung „Danziger Echo“, die für zehn Monate nicht mehr erscheinen durfte<sup>86</sup>. Die „Danziger Volks-Zeitung“, welche als katholisches Blatt dem Zentrum nahestand, ohne aber Eigentum der Partei zu sein, durfte nach einem kurzen Verbot nur noch mit der Auflage erscheinen, nichts mehr über die Danziger Innenpolitik zu bringen. Die Zeitung hatte von nun an weiße Lücken, die den Rotstift des Zensors verrieten. Aber schon am 5. August 1936 wurde dieses letzte Sprachrohr der Opposition auf sechs Monate verboten<sup>87</sup>. In seiner Rede auf dem Gauparteitag der NSDAP erklärte Forster, daß die Zeitungen der Oppositionsparteien nicht wieder erscheinen würden<sup>88</sup>.

Während in Danzig das Verbot der demokratischen Zeitungen ausgesprochen wurde, gelangten unter Bruch der Verfassung zwei Rechtsverordnungen am 16. Juli zur Einführung, die das Gebiet des Vereins- und Versammlungsrechtes, des Pressewesens, des Waffentragens und der Schutzhaft neu regelten. Künftig konnte z. B. ein Verein aufgelöst werden, wenn drei seiner Vorstandsmitglieder oder drei Mitglieder mit Wissen des Vorstandes Waffen besaßen<sup>89</sup>. Logischerweise hätte sich nunmehr die NSDAP auflösen müssen, aber Waffen durften

---

<sup>84</sup> „Danziger Volks-Zeitung“, Nr. 27 vom 15. Juni 1936. Der in der Emigration in Prag arbeitende Vorstand der SPD erfuhr nähere Einzelheiten über den Versammlungsterror durch ein Schreiben des Danziger SPD-Funktionärs Arthur Brill vom 20. Juli 1936, dem eine Denkschrift der in der Freien Stadt tätigen Parteien und politischen Gruppen, die dem Senat übergeben war, beilag. Die Sozialdemokraten nahmen Stellung zu nationalsozialistischen Überfällen am 12. und 13. Juni in Wiesental, am 17. d. M. in Danzig und einen am gleichen Tag verübten in Oliva. Sie betonten, daß in allen Fällen die staatlichen Organe versagt hätten. Die deutschnationale Volkspartei beklagte sich über die Sprengung ihrer Versammlung im Josephshaus am 13. Juni, der „Bund deutscher Frontkämpfer des Weltkrieges e.V.“ beschwerte sich wegen des Überfalls auf seine Versammlung in Oliva am gleichen Tage. Wörtlich hieß es in der Denkschrift, „daß die öffentliche Sicherheit und Ordnung durch die Vorfälle der letzten Woche aufs schwerste gefährdet sind und daß durchgreifende Maßnahmen zur Wiederherstellung gesetzmäßiger Zustände erforderlich sind“. (Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn/Bad Godesberg, Abt. „Allgemeine Korrespondenz 1933–45“, Schriftwechsel zwischen Artur Brill/Danzig und Paul Hertz/Prag.)

<sup>85</sup> Staatsanzeiger für die Freie Stadt Danzig, 1, Nr. 80, 1936.

<sup>86</sup> ebenda, Nr. 85, 1936. Der emigrierte Vorstand der SPD erhielt über die Lage in Danzig einen vom 29. Juli 1936 datierten Bericht von Immanuel Birnbaum (Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn/Bad Godesberg, Abt. „Allgemeine Korrespondenz 1933–45“).

<sup>87</sup> ebenda, Nr. 89, 1936.

<sup>88</sup> „Neuer Vorwärts“, Karlsbad, Nr. 178 vom 8. November 1936.

<sup>89</sup> Gesetzblatt für die Freie Stadt Danzig, Nr. 50, 1936.

nur die Angehörigen der Opposition nicht besitzen. Diese Verordnung richtete sich natürlich in erster Linie gegen die SPD, die in ihrer Selbstschutzorganisation über eine kleine, aber tapfere Einheit verfügte, die sich in allen Saalschlachten ungeachtet ihrer zahlenmäßigen Unterlegenheit immer wieder den Schlägerkolonnen der SA und SS entgegenwarf.

Am 3. Oktober begann schlagartig der Angriff auf die Sozialdemokraten. Am nächsten Tage waren bereits 74 von ihnen in Haft, darunter die Delegierten einer SPD-Landeskonferenz. Die Zahl der Verhafteten stieg bis zur zweiten Oktoberhälfte auf 120. Nachdem zwei, vermutlich von politischen Spitzeln versteckte<sup>90</sup>, Revolver im Büro der SPD gefunden worden waren und weitere Waffen angeblich bei Parteimitgliedern entdeckt wurden, konnte die SPD auf Grund der Verordnungen vom 16. Juli am 14. Oktober verboten werden<sup>91</sup>. Forster aber erklärte am 21. Oktober<sup>92</sup>:

„Nachdem die SPD verboten worden ist, muß mit allen Mitteln versucht werden, die bisherigen Anhänger der Sozialdemokratie in die nationalsozialistischen Organisationen einzugliedern. Wer nicht zu gewinnen ist, muß vernichtet werden.“

Im Februar und Anfang Mai 1937 erfolgte eine neue Verhaftungswelle. Zahlreiche Mitglieder des Arbeiter-Turn- und Sportvereins Danzig-Langfuhr mußten den Weg ins Polizeigefängnis antreten, weil sie versucht hatten, ihren aufgelösten Verein getarnt weiterbestehen zu lassen. Gleichzeitig wurde gegen das Zentrum vorgegangen, das nicht daran dachte, sich freiwillig aufzulösen, und dessen Vorsitzender, Geistlicher Rat Dr. Stachnik, verhaftet<sup>93</sup>.

Die nächste Aufgabe sahen die Nationalsozialisten darin, die Zweidrittelmehrheit im Volkstag zu bekommen. Drei verhaftete Abgeordneten brachen unter dem massiven Terror der NS-Polizei zusammen und schlossen sich als Hospitanten der Fraktion der NSDAP an, einer des Zentrums und zwei der SPD. Dem sozialdemokratischen Abgeordneten Wilhelm Godau, einem Arbeiter, wurden 15 000 Danziger Gulden für seinen Übertritt angeboten, dem kommunistischen

---

<sup>90</sup> Leonhardt, S. 266 ff.

<sup>91</sup> Gutachten der „Vertretung der Freien Stadt Danzig“ (Lübeck) vom 22. April 1934. Über die letzten Vorgänge in Danzig gab Artur Brill dem Vorstand der SPD einen Situationsbericht, der am 15. Oktober 1936 aus Gdingen datiert wurde, da in Danzig ein Brief mit solchem Inhalt nicht mehr zur Post gegeben werden konnte. Brill schrieb wörtlich: „Die Genossen stehen, trotz allem, was gekommen ist, brav und tapfer auf ihrem Posten . . . Das Zentrum hält sich vortrefflich. Bei den Deutschnationalen krieselt es um Weise.“ (Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn/Bad Godesberg, Abt. „Allgemeine Korrespondenz 1933—45“, Schriftwechsel zwischen Artur Brill/Danzig und Paul Hertz/Prag.)

<sup>92</sup> „Neuer Vorwärts“, Karlsbad, Nr. 178 vom 8. November 1936.

<sup>93</sup> ebenda, Nr. 193 vom 21. Februar und Nr. 203 vom 2. Mai 1937.

Abgeordneten Plenikowski sogar die Wiedereinstellung in den Schuldienst, aus dem ihn die Nationalsozialisten im Juni 1933 entfernt hatten<sup>94</sup>.

Außer den bereits genannten drei Abgeordneten widerstanden die anderen Vertreter der Oppositionsparteien allen Drohungen oder Bestechungsversuchen, so daß die Zweidrittelmehrheit nicht zu bekommen war.

Im Mai 1937 erlag die Deutschnationale Volkspartei dem massiven Druck und beschloß ihre freiwillige Auflösung. Am 20. Oktober wurde die Zentrumspar- tei verboten und am 1. November eine Verordnung erlassen, die jede Neu- bildung von Parteien untersagte<sup>95</sup>.

Während der Amtszeit von Burckhardt hat sich der Terror der National- sozialisten ins Unerträgliche gesteigert. Am 23. Oktober 1937 kam es zu anti- semitischen Demonstrationen. 1938 wurden die sogenannten „Ariergesetze“ auch in Danzig eingeführt. Während eines Besuches von Burckhardt in Berlin — so berichtet er selbst — „wurden in der Freien Stadt zwei Synagogen in Brand gesteckt und jüdische Privatwohnungen und Läden geplündert. Schon am nächsten Morgen flohen etwa 1 500 Juden über die polnische Grenze“.

Die Mitarbeit der demokratischen Abgeordneten im Volkstag war bereits vor dem Verbot der Parteien stark eingeschränkt worden. In den Ausschüssen be- standen Mehrheiten der Nationalsozialisten, so daß sich abweichende Meinun- gen nicht durchsetzen konnten und selbst schwerwiegende Argumente der Oppo- sitionsparteien nicht berücksichtigt zu werden brauchten.

Lediglich im Plenum des Volkstages hatten die demokratischen Abgeordneten die Möglichkeit, sich gegen die nationalsozialistischen Methoden zu äußern, und auch das war mit Gefahr verbunden. Am 25. Mai 1937 wurde der sozialdemo- kratische Abgeordnete Hans Wiechmann nach einem Besuch beim Völkerbunds- kommissar Burckhardt um 11 Uhr abends von der Danziger Politischen Polizei verhaftet und war seitdem verschwunden. Dieser Fall erregte nicht nur die Dan- ziger, sondern auch die Weltöffentlichkeit. Allgemein wurde an ein Verbrechen der Gestapo geglaubt. Als am 12. Juni in einem Kanal bei Elbing eine Leiche an Land gezogen wurde, nahm man an, es handle sich um den vermißten Volks- tagsabgeordneten<sup>96</sup>. Kurz vor Kriegsausbruch gab Greiser in einer depressiven Stimmung in einem Gespräch mit Burckhardt zu, daß Wiechmann in der Gestapohaft an den Folgen von Folterungen gestorben und — um das an ihm

---

<sup>94</sup> Leonhardt, S. 307 ff. — Der Danziger Redakteur Erich Brost schrieb zu diesen Vorgängen am 25. April 1937 dem Vorstand der SPD in einem Brief, der zur Sicherung des Absenders von Warschau nach Prag gesandt wurde, und sprach dabei von den „Erpressungsversuchen“ der Nationalsozialisten gegenüber den noch standhaft gebliebenen sozialdemokratischen Volkstagsabgeordneten. Zu der sich ständig verschlechternden politischen Lage in der Freien Stadt schrieb er wörtlich: „Das Los unserer Freunde ist wirklich grauenhaft. Das Schlimmste ist, daß die Widerstandskraft durch den Mangel an Aussicht auf Hilfe so stark geschwächt ist. Aber die Garde steht.“ (Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn/Bad Godesberg, Abt. „Allgemeine Korrespondenz 1933—45“ Schriftwechsel Erich Brosts mit dem Parteivorstand.)

<sup>95</sup> Gesetzblatt für die Freie Stadt Danzig, Nr. 70/1937.

<sup>96</sup> Leonhardt, S. 315 ff. „Der Deutsche in Polen“ vom 12.—19. September 1937.

begangene Verbrechen zu vertuschen — ins Wasser geworfen worden sei. Es sollte ein Selbstmord vorgetäuscht werden<sup>97</sup>.

Das tragische Schicksal Wiechmanns warnte viele. Demokraten und Juden verließen Danzig, solange es noch Zeit war, wenn sie nur eine Möglichkeit sahen, ihren Lebensunterhalt und den ihrer Familien im Ausland sicherstellen zu können. Von denen, die diesen Absprung nicht wagten, haben viele Gefängnis- und KZ-Haft auf sich nehmen müssen.

Hilfe vom Völkerbund war nicht zu erwarten. Er hätte zwar den Danziger Senat auffordern können, freie Wahlen zum Volkstag durchführen zu lassen, aber keine Machtmittel besessen, sie notfalls zu erzwingen. Den Polen hatten die Danziger Nationalsozialisten weit mehr Entgegenkommen in wirtschaftlichen und politischen Fragen gezeigt, als vorher die demokratisch gewählten Senate, weshalb Polen Partei für die Nationalsozialisten nahm, glaubte es doch in dem Verhalten die Absicht Hitlers zu erkennen, mit Polen zu einem Ausgleich zu kommen. Es trat deshalb in seinem Bericht an den Völkerbund vom 27. Januar 1937 eindeutig für den amtierenden Danziger Senat ein<sup>98</sup>.

Im November 1938 wurden die fälligen Kommunalwahlen „bis auf weiteres“ verschoben<sup>99</sup>; es sollten keine mehr stattfinden. Als der Hohe Kommissar des Völkerbundes dagegen Einspruch erhob, versicherte ihm Greiser in einem Schreiben vom 9. Januar, daß im Jahre 1939 mit aller Wahrscheinlichkeit eine Wahl oder eine Abstimmung stattfinden werde, in der die Bevölkerung Danzigs gewiß die Maßnahmen des nationalsozialistischen Senats gutheißen würde<sup>100</sup>. Aber bereits am 21. März 1939 erließ der Senat eine Rechtsverordnung, die die Amtsdauer des bestehenden Volkstages um weitere vier Jahre verlängerte<sup>101</sup>. Der Völkerbund nahm auch den Bruch des Wahlversprechens widerspruchslos hin.

Man könnte heute natürlich fragen, ob die Erzwingung demokratischer Wahlen nicht die einzig richtige Antwort auf das Verhalten Greisers gewesen sei. Objektiv muß man aber sagen, daß die Chance, freie Wahlen in Danzig durchführen zu lassen, in dem Augenblick verpaßt war, als der Völkerbund die Entscheidung über die Wahlanfechtungsklage der Oppositionsparteien vertagte. Im Jahre 1939 hätten die Parteien, deren Organisationen zerschlagen worden waren, keine Möglichkeit mehr gehabt, ohne Kapital und ohne Presse einen Wahlkampf durchzuführen, es sei denn, sie hätten genügend Zeit zur Neugründung und Ansammlung eines Wahlkampffonds bekommen. Ihre Mitglieder hätten sich vermutlich schnell wieder in neuen Orts-, Kreis- oder Landesverbänden zusammengefunden.

Eine weitere Erschwerung bestand darin, daß die Gewerkschaften frühzeitig zerschlagen worden waren, die demokratischen Parteien bei etwaigen Wahlen

<sup>97</sup> Burckhardt, S. 94.

<sup>98</sup> Leonhardt, S. 280 ff.

<sup>99</sup> Gesetzblatt für die Freie Stadt Danzig, 1938, S. 537.

<sup>100</sup> Denne, Ludwig: Das Danzig-Problem in der deutschen Außenpolitik. Bonn 1959. Hier S. 168.

<sup>101</sup> Gesetzblatt für die Freie Stadt Danzig, Nr. 20/1939, S. 135

also auch von dieser Seite keine Unterstützung zu erwarten hatten, was eine weitere Erschwerung eines Wahlkampfes bedeutet hätte. Der Zeitpunkt, das Steuer in Danzig herumzuwerfen, war verpaßt worden.

Viele hervorragende Führer der Danziger Arbeiterbewegung waren in der Folgezeit derart an Leib und Leben bedroht, daß ihnen schließlich nur die Flucht übrig blieb. Manche von ihnen, wie etwa Verlagsleiter Anton Fooken, waren schwer mißhandelt worden. Andere, wie z. B. Karl Töpfer, wurden nachts heimlich über die grüne Grenze gebracht, wieder andere, wie Erich Brost, kehrten von diplomatischen Missionen nicht mehr zurück. Unzählige kleine Funktionäre und treue Mitglieder haben jahrelang die ganze Last von Drangsalierungen durch das NS-System erdulden müssen. Wer etwa „Vernehmungen“ in der Stube 84 im Kapfenwall über sich ergehen lassen mußte, schwieg meist für immer.

### Das Ende der Gewerkschaften

Forster und Greiser haben in Danzig die Methoden Hitlers bei der Auflösung der demokratischen Organisationen bis ins kleinste kopiert, nur konnte man hier nicht so offen vorgehen.

Nach der Machtübernahme wurde eine „Danziger Arbeitsfront“ gegründet, die freilich einen weit schwierigeren Start hatte, weil man nicht wie in Deutschland das Vermögen der Gewerkschaften enteignen und ihr übertragen konnte. Sie war also in keiner Weise leistungsfähig. Die Mitglieder mußten einzahlen, spenden und nicht zuletzt zwangsweise teure Broschüren, Abzeichen usw. kaufen, um überhaupt erst einmal einen Fonds zu schaffen. Den Freien Gewerkschaften war es in den Gründungsjahren nicht viel anders ergangen, aber ihnen kam der Idealismus der freiwillig eingetretenen Mitglieder zugute, während die Arbeitsfrontbeiträge von den meist zum Eintritt gezwungenen Mitgliedern nur unwillig gezahlt wurden.

Die Gewerkschaften hatten sich nach Möglichkeit auf den Kampf mit der Arbeitsfront vorbereitet. Sie schlossen sich, weil sie nur noch vereint etwas ausrichten konnten, 1933 zum „Allgemeinen Arbeiterverband der Freien Stadt Danzig“ zusammen, dem sich alle freien Gewerkschaften anschlossen und dem sich auch die christlichen stark näherten. Die Leitung des Verbandes übernahm der Sozialdemokrat Karl Töpfer. Selbstverständlich vertrat diese Organisation die Interessen der Arbeitnehmerschaft wie die Gewerkschaften, weshalb sie ständig steigende Mitgliederzahlen nachweisen konnte. Als sich 1935 die verfehlte Wirtschaftspolitik der Nationalsozialisten auszuwirken begann, traten scharenweise Arbeitsfrontmitglieder in den Verband über.

Der Arbeiterverband sah nunmehr eine Möglichkeit gekommen, mit der Abwendung der Massen von der Arbeitsfront eine Gegenoffensive zu verbinden. Er bemühte sich, in die Positionen der Vertrauensleute, die in den Industrieunternehmen die Betriebsräte abgelöst hatten, Mitglieder einzuschleusen, die dann, wie man es von Gewerkschaftlern gewohnt gewesen war, das Interesse

ihrer Kollegen den Unternehmern gegenüber vertraten. Dies brachte den Verband Sympathie und neue Mitglieder ein.

Eine weitere Aufgabe sah man darin, Danziger Erwerbslosen Arbeitsplätze in Deutschland zu vermitteln, wo nach Beginn der Wiederaufrüstung und der Einführung der Allgemeinen Wehrpflicht Arbeitskräfte knapp zu werden begannen. Deutsche Industriebetriebe griffen bereitwillig auf das kleine Danziger Arbeitskräftereservoir zurück.

Diese Betätigungen sahen die Nationalsozialisten als strafbar an. Die gewerkschaftlichen Bestrebungen in den Betrieben werteten sie als gegen das herrschende Regime gerichtet und die Vermittlung der Erwerbslosen als eine Schwächung der wirtschaftlichen Reserven der Stadt. Der Verband wurde durch eine Verfügung des Polizeipräsidenten vom 7. Dezember 1935 aufgelöst<sup>102</sup>. Gerichtliche Schritte des Verbandes hatten keinen Erfolg, obwohl die Auflösung ein Verfassungsbruch war, die den Gewerkschaften eine ungehinderte Betätigung verbriefte. Eine Entscheidung ist vor dem Verbot der demokratischen Parteien nicht mehr gefallen.

Die Nationalsozialisten versuchten, ein Verbot der Gewerkschaften auf gerichtlichem Wege zu erreichen. Ihr Argument war dabei, daß mit der Einführung der „Volksgemeinschaft“ und dem „Zusammengehen der Arbeiter der Stirn und der Faust“ Gewerkschaften überholt wären. Beide Schlagworte dienten auch in Deutschland als Begründung der Auflösung der Gewerkschaften. Der Prozeß wurde angestrengt und dauerte bis zum 14. Mai 1936. Dann verkündete das Obergericht die Aufhebung der Gewerkschaften und die Eingliederung ihrer Mitglieder bei gleichzeitiger Übereignung ihres Vermögens in die Danziger Arbeitsfront. Das Gericht folgte in der Urteilsbegründung der des Reichsgerichtes über die Auflösung der Gewerkschaften und folgerte, daß die in Danzig wirkenden Organisationen nur als Unterorganisationen der deutschen zu betrachten seien, weshalb die in Deutschland verfügte Gleichschaltung automatisch auch für sie zu gelten habe<sup>103</sup>.

### *Mourir pour Danzig*

Burckhardt wollte schon aufgeben, aber das Dreierkomitee des Völkerbundes ersuchte ihn, in die Freie Stadt Danzig zurückzukehren. Am 26. Mai 1939 veröffentlichte das NS-Organ „Danziger Vorposten“ unter dem Titel „Danzig braucht keinen Runciman“, eine provokatorische Notiz des Inhalts, der Bankrott der Genfer Organisation sei so offensichtlich, daß man keine Kupfermünze mehr für eine Vorschrift, die von dort komme, ausgeben würde.

In der Nacht vom 31. August zum 1. September 1939 hatte der Hohe Kommissar des Völkerbundes bei der Freien Stadt Danzig, Carl J. Burckhardt folgendes Erlebnis: „Um elf Uhr war ich allein im Hause noch wach, als an der

<sup>102</sup> „Danziger Volksstimme“, Nr. 200 vom 9. Dezember 1935.

<sup>103</sup> „Danziger Volksstimme“, Nr. 112. vom 14. Mai 1936.

inneren Haustür laut geläutet wurde, die äußere Tür war augenscheinlich mit einem Schlüssel von der Anfahrt aus geöffnet worden. Niemand von der Dienerschaft zeigte sich. Auf das zweite heftige Klingelzeichen hin öffnete ich selbst, zwei Männer drangen ein, die sich barsch als Vertreter der Geheimen Staatspolizei auswiesen. Sie erklärten mir, ich dürfte das Haus nicht verlassen, die Telefonleitung sei unterbrochen, und ich hätte mich bereit zu halten, noch in der Nacht den Gauleiter zu empfangen, der mir eine wichtige Mitteilung zu machen habe. Ich erwiderte, daß ich mich nun zurückzöge, um zu schlafen, den Gauleiter würde ich am nächsten Morgen sehen. Geweckt wurde ich um 4 Uhr morgens durch die ersten Explosionen des 2. Weltkriegs, die Stukas jagten über die Stadt, es wurde neben meinem Haus die kleine polnische Besatzung des Bahnhofs niedergekämpft, man kämpfte um das polnische Generalkommissariat, die schweren Schiffsgeschütze der „Schleswig-Holstein“ gaben ihre Salven auf die Westerplatte ab.

Der Gauleiter erschien Punkt 8 Uhr früh mit großem Gefolge. Er eröffnete mir in einer kurzen Rede, ich sei der Vertreter des Versailler Vertrages, den Versailler Vertrag habe der Führer zerrissen, in zwei Stunden würde die Hakenkreuzfahne auf der Residenz der gewesenen Hohen Kommissare aufgezogen werden, die polnischen Vertreter seien alle verhaftet, ich hätte das Territorium innerhalb von zwei Stunden zu verlassen.

Die Danziger Geschichtsschreiber Erich Keyser und Heinz Neumeyer stellen übereinstimmend fest, daß „der Gauleiter Albert Forster, der . . . unter Bruch der Verfassung sich zum Danziger Staatsoberhaupt erklärt hatte“, ebenso widerrechtlich am 1. September die Eingliederung Danzigs in das Deutsche Reich verkündet habe. Mit den Kampfhandlungen der sogenannten „Danziger Heimwehr“ und dem Einmarsch von deutschen Truppen von Elbing her begann der Tod reiche Ernte zu halten. Es starben bei den Gefechten in Danzig Deutsche und Polen, es starben jahrelang Danziger auf den Schlachtfeldern Europas ebenso wie Polen.

### *Persönliche Erinnerungen an die Danziger Arbeiterbewegung*

Eine Anzahl von Persönlichkeiten, die zwischen den Weltkriegen in Danzig lebten, konnten Erinnerungen beisteuern, die aus dem unmittelbaren Erleben heraus wertvolle Ergänzungen bieten können. Der in Königsberg als Sohn eines Justizrates, der übrigens der Schwager Hugo Haases war, geborene Dr. Erwin Lichtenstein (er lebt heute in Tel Aviv in Israel) stellte nachfolgenden Bericht zur Verfügung.

### Begegnungen mit Danziger Sozialisten\*

„Am 31. Dezember 1922, eben von Königsberg nach Danzig übergesiedelt, waren wir zu einer Silvesterfeier im Kreise einiger Freunde eingeladen. Unter

---

\* Von Dr. Erwin Lichtenstein, Tel Aviv/Israel

den Gästen trat einer besonders hervor, der offensichtlich nicht aus dem Osten, sondern aus Westdeutschland stammte. Das merkte man nicht nur an seinem Dialekt, sondern auch an seinem Temperament, das lebhafter, aggressiver war als das der übrigen Gäste. Es war der Arzt Dr. Hans Bing, der in Danzig in jener Zeit eine bekannte Persönlichkeit war. Er war einer der meist gesuchten Ärzte und sehr beliebt bei seinen Patienten. Darüber hinaus war er einer der Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion im Danziger Volkstag und wurde von ihr häufig als Redner herausgestellt, insbesondere wenn es um Fragen der Volksgesundheit ging.

Aber am liebsten richtete er seine Angriffe gegen die Vertreter der Rassenlehre im Danziger Parlament. Mit überlegener Kenntnis und ausgesprochener Freude an der geschliffenen Polemik diskutierte er mit den Anhängern des Nationalsozialismus, die damals noch eine kleine Minderheit darstellten, und wies die Unwissenschaftlichkeit ihrer Rassenbegriffe nach.

Obleich jüdischer Herkunft, gehörte er der jüdischen Gemeinde nicht an, da er Freidenker war. Dies hinderte ihn aber nicht, in jüdischen Versammlungen das Wort zu ergreifen, wenn es galt, gegen nationalsozialistische Redner aufzutreten, die in Begleitung von Stoßtrupps jüdische Versammlungen zu sprengen suchten. Mit großem persönlichem Mut trat er einem ihrer Führer, dem Hochschulprofessor Petersen, entgegen, als dieser mit einer Gruppe von Studenten eine Versammlung störte, und zwang ihn zum Abzug.

Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme in Danzig mußte Hans Bing die Stadt verlassen und ist in der Emigration in USA 1939 im Alter von 50 Jahren gestorben. Er war, was nur wenige wußten, nicht nur Arzt und Politiker, sondern hatte sich auch als Lyriker ausgezeichnet.

Etwa um dieselbe Zeit — 1923 — gelangten wir in ein Haus sozialistischer Tradition, das Haus der Frau Caroline Plagemann in Danzig-Langfuhr, einer kleine Villa am Prinzenweg mit einem schön gehaltenen Garten. Frau Plagemann war die Witwe eines Baumeisters und war Zeit ihres Lebens Sozialistin aus Überzeugung, die ihre Gesinnung offen zur Schau trug, obwohl ihr das viele Anfeindungen einbrachte. Auch nach 1933 demonstrierte sie in größeren Frauenversammlungen ihren Widerstand, indem sie sich dem allgemeinen Zwang zum Hitlergruß widersetzte, ohne Rücksicht auf die Folgen. Sie war auch in den Kriegsjahren nicht bereit, ihr Haus zu verlassen, und hielt in Danzig bis zum bitteren Ende durch. 1945 gelangte sie auf der Flucht nach Berlin und starb dort auf der Straße vor Erschöpfung.

Der Ehemann ihrer Tochter Suse, Dr. Hans Zint, war Landgerichtsdirektor in Danzig und wohnte mit Frau und Tochter mit Frau Plagemann zusammen, während ihre Tochter Lore mit ihrem Mann, dem Arzt Dr. Schlomka, im Reich lebte. Dr. Hans Zint war gleichfalls Sozialist, aber darüber hinaus ein Mann von weitreichenden geistigen Interessen. Er war Vorsitzender der Deutschen Schopenhauer-Gesellschaft und überzeugter Pazifist. Mit Männern wie Romain Rolland und Gandhi stand er in Briefwechsel, und eine Unterhaltung mit ihm war stets ein unschätzbare Gewinn.

Als Kurt Grossmann, damals Bankbeamter in Danzig, eine Ortsgruppe der Liga für Menschenrechte gründete, übernahm Dr. Zint ihren Vorsitz und präsierte in ihren Versammlungen. Auch hier ließen es nationalsozialistische Stoßtrupps an Störungsversuchen nicht fehlen, aber Dr. Zint ließ sich nicht einschüchtern. In den Versammlungen der Liga kamen die führenden Pazifisten jener Tage zu Wort, u. a. General von Schönaich, Graf Harry Kessler, Kurt Hiller, Armin T. Wegener, Otto Lehmann-Russbüldt. In der zweiten Links-konkalition des Danziger Senats, an der die Sozialdemokraten von 1927 bis 1930 teilnahmen, gehörte Dr. Zint zu den Senatoren der SPD. 1930 wurde er als Landgerichtspräsident von Danzig nach Stettin versetzt und 1932 in derselben Eigenschaft nach Breslau. 1933 verweigerte er den Hitler-Gruß, als die SA auf dem Gerichtsgebäude die nationalsozialistische Flagge hißte. Er beantragte seine Beurlaubung und wurde dann in Pension geschickt. Er zog sich nach Hirschberg im Riesengebirge zurück und ist dort 1945 im Alter von 63 Jahren verstorben. Seine Witwe und Tochter wohnten nach dem Kriege in Hamburg.

Zur Liga für Menschenrechte gehörte auch der Mühlenbesitzer Johannes Großkopf aus Konradshammer bei Oliva. Er war ein leidenschaftlicher Anhänger der alten Danziger Freistaattradition und nahm 1928 am Kongreß der Friedensorganisationen in Warschau teil, um für seine Idee der Verständigung zwischen Danzig und Polen zu wirken. Seine Tochter Helene, die ihn auf dieser Fahrt begleitete, heiratete später den Rechtsanwalt Dr. Norbert Sternfeld, der nach der Vertreibung aus Danzig als Präsident der Vertretung der Freien Stadt Danzig bis zu seinem Tode im Jahre 1964 fungierte. Frau Sternfeld war auf dem Gebiete der sozialen Arbeit eine der aktivsten Mitarbeiterinnen ihres Mannes.

In der ersten (1925—1927) wie in der zweiten Koalitionsregierung (1927 bis 1930), an der die Sozialdemokraten teilnahmen, stand an ihrer Spitze Julius Gehl, ein alter Gewerkschaftspraktiker, der auch als Präsident des Volkstages großes Ansehen und allseitiges Vertrauen wegen seiner Objektivität genossen hatte. Seine nüchterne und sachliche Art kamen seiner Geschäftsführung als Vizepräsident des Senats und seiner Zusammenarbeit mit dem damaligen Senatspräsidenten Dr. Heinrich Sahn zugute. Sahn war bis 1920 Oberbürgermeister von Danzig gewesen und war parteipolitisch nicht festgelegt.

Gehl wurde in der ihm zunächst fremden Regierungsarbeit unterstützt durch den Landgerichtsrat Dr. Bernhard Kamnitzer, welcher der ersten Linksregierung als parlamentarischer nebenamtlicher Senator angehörte, der zweiten als Finanzsenator, also hauptamtlich. Kamnitzer stammte aus Dirschau, war als Jurist sehr geschätzt und hatte sich als Herausgeber eines Kommentars zum Bürgerlichen Gesetzbuch einen Namen gemacht. Im Volkstag trat er bald als sachkundiger Redner zu Fragen der Gesetzgebung hervor und ebenso als scharfer Debatter in der politischen Diskussion. Als Finanzsenator führte er wichtige Anleihe-Verhandlungen für Danzig im Ausland und versuchte, auch in Rußland Aufträge für die Danziger Werften zu gewinnen.

1930 mußte die Linkskonkalition zurücktreten, da das Zentrum es vorzog, nach

den Neuwahlen zum Volkstag eine Rechtsbindung mit den Deutschnationalen unter Mithilfe der Nationalsozialisten einzugehen. Sahn trat zurück und wurde Oberbürgermeister von Berlin. Kamnitzer wurde Rechtsanwalt und war bald ein gesuchter Verteidiger in politischen Prozessen, bis er, wie alle jüdischen Anwälte, 1938 Danzig verlassen mußte. Er ging nach USA und gründete dort einen Verband der Danziger, an dessen Spitze er bis zu seinem Tode im Jahre 1959 stand. In den letzten Jahren seines Lebens war er besonders für die Wiedergutmachungsansprüche der früheren Danziger tätig. Dieses Thema hatte im Mittelpunkt unserer letzten Unterhaltungen in Wiesbaden im Sommer 1957 gestanden.

Der Kampf der Danziger Sozialdemokraten gegen den Nationalsozialismus wurde nicht nur im Danziger Volkstag geführt, sondern vor allem durch die „Danziger Volksstimme“, das Organ der SP. Ihre Redakteure — Ernst Loops, Fritz Weber, Erich Brost, Franz Adomat, Hirschfeld — kämpften zäh und mit größter Geschicklichkeit gegen die Unterdrückungsmaßnahmen der nationalsozialistischen Regierung.

Nach dem Rücktritt des ersten nationalsozialistischen Senatspräsidenten Dr. Hermann Rauschnig Ende 1934, der eine gemäßigte Linie vertreten hatte, wurden unter seinem Nachfolger Arthur Greiser die Aktionen gegen die Oppositionsparteien immer schärfer und führten schließlich zur Auflösung der Deutschnationalen, des Zentrums und der SP.

Die Versuche des Völkerbundskommissars Sean Lester (1933 bis 1937), die Verfassung zu schützen, waren daran gescheitert, daß das damalige Regime in Polen seine guten Beziehungen zu der nationalsozialistischen Regierung so lange wie möglich aufrechterhalten und deshalb in Danzig nicht eingreifen wollte. Lesters Nachfolger, Prof. Burckhardt, erhielt von vornherein vom Völkerbundsrat Anweisung, sich zurückzuhalten. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter, Hans Wiechmann, der ihn besucht hatte, wurde von Nationalsozialisten entführt und ermordet. Andere Arbeiterführer wurden verhaftet oder zur Emigration gezwungen.

Einer der Führer der Zentrumsparterie, der Rechtsanwalt Kurowski, Honorarkonsul der Republik Österreich, wurde wegen seiner wahrheitsgetreuen Berichte an die Regierung in Wien 1937 verhaftet und aus Danzig vertrieben. Er wurde von Land zu Land gejagt und gelangte todkrank in den Kriegsjahren schließlich illegal nach Danzig zurück, um dort zu sterben.

Seine Frau, die Rechtsanwältin Dr. Aenne Kurowski-Schmitz, führte den Kampf gegen den Nationalsozialismus und für die Unterdrückten unter größten Entbehungen weiter, bis 1945 Danzig erobert wurde. Auf der Flucht kam sie in ihre Geburtsstadt Krefeld und war dort nach dem Kriege in der Stadtverwaltung und als Anwältin tätig. Sie wurde dann in den konsularischen Dienst der Bundesrepublik berufen und vertrat die deutschen Interessen in Los Angeles, Basel und Amsterdam. In Basel begegnete ihr der frühere Völkerbundskommissar Professor Burckhardt, aber sie konnte ihm nicht vergessen, daß er ihren Mann nicht geschützt hatte, als seine Immunität als Konsul durch

die Danziger Nationalsozialisten verletzt worden war. Als ich sie 1967 in ihrem Haus in St. Thönis wiedersah, war ihre Gesundheit schwer erschüttert von alledem, was sie durchgemacht hatte. Im Jahre 1968 erlag die tapfere Frau ihrem schweren Leiden. Sie verdient es, neben den Führern der Danziger Arbeiterschaft genannt zu werden, da sie ihrer Gesinnung nach zu ihnen gehörte.“

### Die Presse der Arbeiterbewegung

In der Freien Stadt Danzig hatte die sozialistische Presse einen schwierigen Start. Vor dem Weltkriege hatte es das „Volksblatt“ gegeben, das aber noch nicht die unerläßliche wirtschaftliche Basis gefunden hatte. Der Plan, eine Arbeiter-Druck- und Verlagsgesellschaft zu gründen, stand wohl im Raum, kam aber bis zum Kriegsausbruch nicht zur Durchführung.

Als während des Krieges der Bruch in der SPD erfolgte, kam das „Volksblatt“ zum Erliegen, weil seine Mitarbeiter sich der USPD anschlossen, die sofort nach der Revolution an die Gründung einer eigenen Zeitung in Danzig heranging. Im November 1918 erschien eine „Freiheit“, vom Dezember d. J. bis 1921 „Das freie Volk, Organ der USPD für Ost- und Westpreußen“.

Infolge der Wiedervereinigung mit der SPD, aber auch der Zerfallserscheinungen innerhalb der USPD ging dieses Organ in kommunistische Hände über und erschien seit 1921 als „Danziger Arbeiterzeitung“, später mit dem Zusatz „Organ der KPD, Bezirk Danzig“. Auch der Titel „Die Freiheit, Zeitung für die Werktätigen in Stadt und Land“ wurde von der KPD des Bezirks Danzig von 1931 bis 1933 angenommen.

Die kommunistische Partei unternahm wiederholt Versuche, eigene lebensfähige Zeitungen zu schaffen, die aber meist nur kurze Zeit erschienen, zumal sie sich nur an einen begrenzten Personenkreis wandten. So sind z. B. in Danzig erschienen: „Die rote Fahne des Ostens“, 1924 „Der Kommunist“, 1926—1933 „Der Arbeitslose“, 1931 „Die Fackel“. Im Dezember 1931 ist als Organ der Troylerwerk-Arbeiter „Der rote Troylwagen“ herausgebracht worden. Auch nach 1933 wurde versucht, publizistisch wirksam zu bleiben; so erschien z. B. „Der rote Wähler, Informationsblatt der kommunistischen Volkstagsfraktion Danzig“.

Erst nach dem Ersten Weltkrieg nahm die täglich erscheinende „Danziger Volksstimme“ mit ihren Beilagen „Volk und Zeit“, „Für freie Stunden“, „Die Welt der Frau“, „Jungvolk“, „Turnen, Sport, Spiel“ und „Wirtschaft, Handel, Schifffahrt“ einen außergewöhnlichen Aufstieg. Verlag, Redaktion und Buchhandlung befanden sich Am Spendhaus 6. Geschäftsführer waren Gustav Unger und Anton Fooken. Diese „Danziger Volksstimme“ war nach Aufmachung, Niveau und Abonnentenzahl ein von der gesamten deutschen Arbeiterpresse

---

Abb. 53: Redakteure der „Danziger Volksstimme“ 1929  
(vgl. „Erläuterungen zu den Abbildungen“ im Anhang dieses Buches)

Abb. 54: Titelpfopf der „Danziger Volksstimme“



bewundertes und beneidetes Vorbild. Einer ihrer damaligen Redakteure war Erich Brost, heute Verleger der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ (WAZ) in Essen. Er hat für diese Darstellung den folgenden Beitrag zur Verfügung gestellt.

#### Die „Danziger Volksstimme“\*

„Das Blatt der Sozialdemokratischen Partei der Freien Stadt Danzig, die „Danziger Volksstimme“, war Ende der zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre, im Verhältnis zur Einwohnerzahl der Freien Stadt die auflagenstärkste sozialdemokratische Zeitung im deutschen Sprachgebiet und rangierte damit noch vor der im Deutschen Reich relativ verbreitetsten Zeitung der SPD, der „Lübecker Volkszeitung“. Die Auflage der „Danziger Volksstimme“ hatte etwa 1929 bereits die 20 000-Grenze überschritten und erreichte in der Zeit des nationalsozialistischen Regimes, unter dem sie bei dürftigem Schutz der Danziger Verfassung durch den Hohen Kommissar des Völkerbundes bis Juli 1936 — wenn auch nur sporadisch — weiter erscheinen konnte, bisweilen eine Auflage bis zu 40 000 Exemplaren.

Dieses einzigartige Phänomen in der deutschen sozialdemokratischen Zeitungsgeschichte ist nicht leicht zu erklären, am ehesten wohl durch zwei Umstände. Die Abtrennung Danzigs vom Deutschen Reich im Jahre 1920 hatte das politische Interesse der Danziger Bevölkerung ganz allgemein gestärkt. Der kleine Staat an der Weichselmündung mußte sich neu einrichten. Die Verhältnisse wurden kompliziert durch die Spannungen, die in Anbetracht der wirtschaftlichen Verflechtung Danzigs mit der Republik Polen und seiner kulturellen und weitgehend auch innenpolitischen Verflechtung mit dem Deutschen Reich entstanden.

Die Austragung der deutsch-polnischen nationalen Gegensätze überschattete zuzeiten das gesamte politische Leben in einer keineswegs zu rechtfertigenden Weise, denn die Spannungen waren nicht nur einfach gegeben, sie wurden in einem Propagandakrieg mit erzeugt. Im Laufe der Zeit setzte in den Reihen der Sozialdemokratischen Partei eine Ernüchterung ein. Man besann sich auf die politischen Gegebenheiten und betonte in der praktischen Politik neben den allgemeinen nationalen besonders die spezifisch Danziger Interessen, deren vernünftige Vertretung die Herstellung einer guten oder wenigstens erträglichen Nachbarschaft mit Polen notwendig machte. Die „Danziger Volksstimme“, die in ihrer politischen Linie diesen Akzent besonders deutlich setzte, mag dadurch ein spezielles Interesse in der Danziger Bevölkerung zusätzlich geweckt haben.

Der zweite und — wie ich glaube — wichtigere Grund für die starke Verbreitung der „Danziger Volksstimme“ dürfte aber die allmählich entwickelte neue redaktionelle Konzeption einer sozialdemokratischen Zeitung gewesen sein, die mit Konsequenz und oft in schwerem Ringen mit den Verwaltungsinstanzen der Partei durchgesetzt wurde. Die relativ junge Redaktion durch-

---

\* Von Erich Brost

brach die Hemmnisse, die bis dahin einer Verbreitung der Zeitung über die Partei- und Gewerkschaftskreise hinaus im Wege standen.

Zwar blieb die „Danziger Volksstimme“ in ihrem politischen Charakter Kampfpresse — das gehörte zum damaligen politischen Zeitungstyp überhaupt — sie pflegte aber die möglichst objektiv geschriebene Nachricht und Reportage, eine möglichst vollständige Berichterstattung, eine frei von ideologischen Bindungen der Arbeitersportbewegung allgemeine Sportberichterstattung, eine sachverständige und avantgardistische Theater-, Film- und Kunstkritik und veröffentlichte in einem, wenn auch kleinen, Wirtschaftsteil sogar Börsenberichte. Das waren Dinge, die damals in Arbeiter-Zeitungen nicht ohne weiteres als selbstverständlich angesehen wurden.

Auch das äußere Bild der Zeitung wandelte sich. Man kam ab vom Umbruch von „Bleiwüsten“, verwandte, vorwiegend nach dem Muster des Berliner „8-Uhr-Abendblattes“, ansprechende und größere Schlagzeilen, fette Zwischenzeilen im Text und legte Wert auf Bebilderung durch Fotos und Zeichnungen, so daß das äußere Bild des Blattes lebendiger als alle damals in Danzig erscheinenden Zeitungen — es waren in der Stadt Danzig insgesamt sechs — bezeichnet werden konnte. Schon 1927 stand die Auflage der „Danziger Volksstimme“ an zweiter Stelle in Danzig und hat diesen Platz bis zum endgültigen Verbot durch die Organe der nationalsozialistischen Regierung behaupten können.

Die Modernisierung des Blattes begann bereits unter Chefredakteur Ernst Loops, einem gebürtigen Danziger, Lehrer, Mitglied des Volkstages und zeitweilig des Senats der Freien Stadt Danzig, der später als Chefredakteur nach Halle ging. Loops lebt heute in Wernigerode am Harz. Der Motor der journalistischen Neugestaltung war jedoch sein Nachfolger Fritz Weber, gelernter Optiker aus Rathenow (Brandenburg), der sich als konsequenter Reformier auch große Verdienste um eine undoktrinäre Haltung der Partei in allgemeinen politischen Fragen erwarb.

Weber (1894—1944) war selbst kein Artikelschreiber, aber ein Zeitungsmacher, Organisator und Entdecker journalistischer Talente, die er klug und energisch anzuleiten verstand. Ihm verdankte die Zeitung die neue Form, die Redaktion den Blick für das Allgemein-Interessante. Er war ein Nervenmensch von hellwacher Intelligenz, Mitglied des Parteivorstandes und des Volkstages. Im Jahre 1944 ist Weber im Konzentrationslager Neuengamme umgekommen.

Die Redaktion der „Danziger Volksstimme“ ist personell wesentlich nach Webers Vorstellungen zusammengesetzt worden. Der Leiter des sehr gepflegten lokalen Teils war Franz Adomat, gelernter Buchdrucker aus Bochum, ein äußerst solider Arbeiter, der in der nationalsozialistischen Zeit in mehrere Prozesse mit nachfolgenden Gefängnisstrafen verwickelt wurde, einen KZ-Aufenthalt in Stutthof überlebte und Anfang der 60er Jahre in Elmshorn bei Hamburg gestorben ist.

In der nationalsozialistischen Zeit leitete das Ressort Danziger Politik Erich Brost, gebürtig in Elbing 1903 und gelernter Buchhändler, Mitglied des Partei-

vorstandes und des Volkstages, schon unter dem von den Nationalsozialisten gestützten deutschnationalen Senat 1932 wegen „Gefährdung der Staatssicherheit“ zu Gefängnis verurteilt, später amnestiert. Brost bemühte sich von 1933 bis 1936 im Auftrag der Oppositionsparteien (Sozialdemokratische Partei, Zentrum und Deutschnationale) wegen der ständigen Verfassungsverletzungen durch den nationalsozialistischen Senat den Kontakt zu dem Hohen Kommissar des Völkerbundes aufrechtzuerhalten. Er mußte 1936 als politischer Flüchtling nach Warschau, später nach Stockholm, Helsingfors, Uppsala und London gehen, wo er journalistisch tätig blieb.

Das allgemein-politische Ressort leiteten nacheinander Erich Dobronski und Alfons Penk. Dobronski war Buchdrucker aus Danzig, geboren 1901, ein ruhender Pol in der hektischen Redaktionsarbeit, Stadtverordneter und 1936 unter nicht geklärten Umständen in einem Arbeitslager in Ostpreußen umgekommen. Alfons Penk, 1899 geboren in Oliva bei Danzig, früherer Steueramtssekretär, nach dem Kriege Redakteur in Hamburg, wo er 1970 starb, bereicherte den Inhalt der Zeitung durch bissige und treffende politische Glossen.

Das Wirtschaftsressort leitete Fritz Hirschfeld, gelernter kaufmännischer Angestellter, gebürtig 1902 in Braunsberg/Ostpreußen, ein besonders begabter Schreiber in allen Ressorts. Er wurde 1934, zusammen mit der bekannten Danziger Schauspielerin Lona Berlow, von der Gestapo nach Deutschland ins Konzentrationslager Sachsenhausen verschleppt, aber auf Intervention des Hohen Kommissars des Völkerbundes in Danzig, des Iren Sean Lester, später befreit. Hirschfeld ist während des Krieges in Lublin ermordet worden. Seine Mitarbeiter für Wirtschaft in Polen waren zunächst der polnische Journalist Dr. Jakob Heinsdorff, dann ein bekannter russischer Menschewist, Mark Broido, geboren in Wilna, der als politischer Flüchtling in London starb.

Den Ruf als ernstzunehmende Beobachterin von Theater und Kunst verdankte die „Danziger Volksstimme“ Willibald Omankowski, Lehrer und Schriftsteller, Danziger Stadtverordneter, der heute in Berlin lebt, und Kurt Reinhold, gelernter Bankangestellter aus Danzig, geboren 1901, der besonders durch seine Glossen unter dem Pseudonym „Kater Murr“ Leser aus allen Kreisen fesselte. Er starb 1935 in der Emigration in Wien.

Vielleicht die originellste und populärste Rubrik im redaktionellen Teil stellten die Gerichtsberichte von Richard Teclaw dar. Er war 1893 in Danzig geboren, gelernter Drogist und starb als politischer Emigrant in den 50er Jahren in London. Sein in ganz Danzig populäres Pseudonym war „Ricardo“. Ähnliche Popularität genossen die Karikaturen und Porträts des Zeichners Arthur Kaesling, eines 1899 in Danzig geborenen Zollinspektors, der wegen des publizistischen Erfolges seiner Zeichnungen zum journalistischen Beruf überwechselte. Er lebt heute in Riegsee in Bayern.

Für die Verbreitung des Blattes spielte eine gewichtige Rolle die politisch nicht gebundene Arbeit der Sportredaktion, die von Hermann Thomat, geboren 1902 in Danzig, geleitet wurde. Er war gelernter kaufmännischer Angestellter und ist im Polen-Feldzug gefallen.

Die Bedeutung einer relativ weit und über die Arbeiterschaft hinaus verbreiteten sozialdemokratischen Zeitung, wie es die „Danziger Volksstimme“ in wenigen Jahren geworden war, zeigte sich erst ganz in der nationalsozialistischen Zeit, in der es unter dem Schutze des Hohen Kommissars des Völkerbundes, Sean Lester, gelang, ihr Erscheinen, wenn auch mit großen zeitlichen Unterbrechungen, zu ermöglichen. Die „Danziger Volksstimme“ wurde damals zum einigenden Band aller oppositionellen Danziger Kreise und, wenn auch oft nur heimlich, überall gelesen.

Sie bemühte sich, streng sachlich zu berichten, nationalsozialistische Quellen auszuschöpfen, beispielsweise eine vollständige Berichterstattung über den Reichstagsbrandprozeß nach DNB zu veröffentlichen und erzielte damit stärkste Wirkungen durch die Ernüchterung selbst nationalsozialistischer Anhänger. Sie berichtete meist ohne jeden Kommentar ausführlich über die Danzig betreffenden Verhandlungen des Völkerbundsrats in Genf, die für die Nationalsozialisten peinlich entlarvend waren. Es gelang, einen prominenten Journalisten, den bisherigen Genfer Korrespondenten der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ Max Beer, dafür zu gewinnen.

Sie berichtete über politische Prozesse in Danzig und erzielte lediglich durch die Ausbreitung nüchterner Tatbestände größte Wirkungen. Die politische Polemik wurde geschmeidig geführt, jedes Wort sorgfältig gewählt und Kritik oft nur in einem unscheinbaren Nebensatz verpackt. Die Journalisten vollführten eine ständig gefährlicher werdende Gratwanderung, aber die Leser hatten unter der nationalsozialistischen Herrschaft auch aufmerksam zu lesen gelernt.

Das Echo in der Bevölkerung war gewaltig. 1935 hatte die Auflage bisweilen den Stand von 40 000 verbreiteten Exemplaren überschritten. Jede einzelne Zeitung wurde von Hand zu Hand gereicht, denn nicht jeder Bürger konnte es wagen, die Zeitung zu kaufen oder gar zu abonnieren. Der Einzelverkauf war am stärksten auf den unter polnischer Verwaltung stehenden Bahnhöfen, auf denen die Danziger Partei- und Polizei-Organen nicht einschreiten durften.

Selbstverständlich waren die nationalsozialistischen Machthaber sich der Gefahr, die ihnen aus der Verbreitung der „Danziger Volksstimme“ erwuchs, im klaren. Deshalb versuchte die Polizeibehörde immer wieder, mit Verboten einzuschreiten. Die Verbote dauerten bis zu drei Monaten und schließlich ein halbes Jahr, wodurch finanzieller Schaden entstand, der auch die wirtschaftliche Kraft des Unternehmens und seiner Bediensteten überstieg.

Während des Wahlkampfes 1935, durch den die Nationalsozialisten hofften, eine verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit im Danziger Volkstag zu erreichen, war die „Danziger Volksstimme“ während der meisten Zeit verboten, natürlich auch — bis auf drei — alle Versammlungen der Oppositionsparteien. Trotzdem und trotz gesteigertem physischen Terror, auch trotz zahlreicher, später in einem dramatischen Obergerichtsverfahren nachgewiesenen Wahlfälschungen durch die NSDAP, konnten die Nationalsozialisten ihr Ziel nicht erreichen.

Solange die „Danziger Volksstimme“ erscheinen konnte, erlebte sie in dieser Zeit des Wahlkampfes ihre stärkste Wirkung. Auch der bisherige nationalsozialistische Präsident des Senats, Dr. Hermann Rauschnig, der 1934 wegen seines Versuchs, eine bessere Verständigung mit Polen herbeizuführen, von Gauleiter Forster auf Befehl Hitlers gestürzt wurde, veröffentlichte am Anfang des Wahlkampfes in der „Danziger Volksstimme“ einen Aufruf an die Danziger Wähler, nicht nationalsozialistisch zu wählen.

Mit dem Entschluß des Rates des Völkerbundes, vor den Danziger Schwierigkeiten schließlich zu kapitulieren, und mit der Abberufung des Hohen Kommissars Sean Lester war dann 1936 der Weg für die endgültige Unterdrückung der Danziger Oppositionsparteien frei. Damit war auch das Schicksal der „Danziger Volksstimme“ besiegelt. Am 7. Juli 1936 wurde sie verboten. Vielleicht ist es bezeichnend, daß das Verbot der Sozialdemokratischen Partei im Oktober des gleichen Jahres u. a. damit begründet wurde, daß ihr Vorstandsmitglied, der Redakteur Erich Brost, in seinem Büro in der „Danziger Volksstimme“ ein Waffenlager unterhalten habe, was selbstverständlich erlogen war. Das Verbot der „Danziger Volksstimme“ war der letzte Schritt zur Unterdrückung einer freien Presse im ehemaligen deutschen Reichsgebiet.“

#### Mitarbeiter der „Volksstimme“ erinnern sich

Hermann Dombrowski, der ebenso wie Konrad Mitschke in den 20er Jahren redaktioneller Mitarbeiter war, schildert Örtlichkeit und technische Ausstattung der „Danziger Volksstimme“, die „in einem einstigen kirchlichen Armenhaus, dem Danziger Spendhaus, untergebracht war. Welche Qualitätsarbeit dort in der Akzidenz mit sehr bescheidenen Mitteln geleistet werden mußte, wurde nur noch durch die Intensität übertroffen, mit der in Schichtarbeit auf einer überalterten 16-Seiten-Rotationspresse 32 Seiten herausgebracht wurden“. Erst im Jahre 1932 konnten moderne, leistungsfähige Druckmaschinen erworben und aufgestellt werden, was in dem alten Gebäude technisch nicht einfach war.

Robert Kalwit erinnert sich noch der Tatsache, daß während der Nazizeit die „Danziger Volksstimme“ nachts gedruckt werden mußte, damit sie in den frühesten Morgenstunden, wenn die Arbeiter zu ihren Werkstätten eilten, verkauft werden konnte, bevor die Polizei oder NS-Formationen sie bei den Zeitungshändlern beschlagnahmten. Eine solche Maßnahme bedeutete bekanntlich einen schwerwiegenden finanziellen Schaden, den es unter Einsatz aller Kräfte so gering wie möglich zu halten galt. Beschlagnahmungen drohten immer. Hermann Dombrowski nennt als weitere Mitarbeiter der Zeitung den Dichter Paul Hiesgen, den Porträtisten Paul Dannowski und den im KZ Auschwitz umgebrachten Erich Ruschkewitz.

In den Jahren 1923—1926 wurde in der Druckerei der „Danziger Volksstimme“ eine linksliberale Wochenzeitung, die „Danziger Rundschau“, hergestellt, die jeden Montag erschien. Mit diesem Wochentag lehnte sie sich an das Vorbild der Berliner „Welt am Montag“ an. Als Herausgeber zeichnete

der „Neue Verlag GmbH“, der von einer Reihe Danziger Persönlichkeiten des politischen und wirtschaftlichen Lebens getragen wurde.

Die Zeitung litt unter dem schnellen Wechsel ihrer Mitarbeiter und fand auch nicht den benötigten Leserkreis. Ihre Verbindlichkeiten wuchsen und trotz mehrmaliger beachtlicher Zuschüsse der Gesellschafter konnte sie nicht gehalten werden und mußte ihr Erscheinen einstellen. Für die „Danziger Volksstimme“, die bis zum letzten Augenblick die Druckaufträge kreditiert hatte, bedeutete der Zusammenbruch der „Danziger Rundschau“ einen sehr erheblichen finanziellen Schaden, der nur mit Mühe überwunden werden konnte.

### *Opfer des Nationalsozialismus*

Der Leiter des Stadtarchivs Zoppot, Eitelfriedrich May, war in der Lage, ergänzende Mitteilungen über Opfer und Verfolgte des NS-Systems in Danzig zu machen. Aus seinen Aufzeichnungen und den Angaben des Weißbuchs der deutschen Opposition gegen die Hitlerdiktatur<sup>104</sup> ergibt sich folgende, keineswegs auf Vollständigkeit Anspruch erhebende Totenliste:

Altermann, Dekan aus Meisterswalde, im KZ umgekommen,  
Binnobesel, katholischer Pfarrer aus Drösen, hingerichtet,  
Blavier, Dr., Curt, ehemals Senator, an den Haftfolgen verstorben,  
Brieskorn, Oberleutnant, Gutsbesitzer in Gemlitz, im KZ umgekommen,  
Gruhn, SPD-Stadtrat in Neuteich, am 5. Mai 1932 von der SS ermordet,  
Ernst, Frau eines Hotelbesitzers, an den Haftfolgen verstorben,  
Gräbner, Dr. Walter, Historiker, im KZ umgekommen,  
Hirschfeld, Fritz, Redakteur der „Danziger Volksstimme“, während des Krieges in Lublin ermordet,  
Hoffmann, Karl, vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und hingerichtet im Oktober 1940,  
Kreft, Arbeiter und Stadtverordneter, in Dänemark verhaftet und erschossen, von Majewski, katholischer Vikar aus Zoppot, im KZ umgekommen,  
Malinowski, Karl, im Januar 1937 nach Verhaftung durch SA umgebracht,  
Reek, Walter, Gewerkschaftssekretär und Bürgermeister von Neuteich, Volkstagsabgeordneter und ehrenamtlicher Senator, am 19. Mai 1933 an den Haftfolgen verstorben,  
Post, Konrad, SAJ-Funktionär, am 26. März 1935 in der Gefängnishaft gestorben, angeblich Freitod.  
Pachur, Arbeiter aus Zoppot, bei einem Zusammenstoß erschossen,  
Schlickriede, Witwe des früheren Kommandeurs der Danziger Schutzpolizei, im KZ umgekommen,

<sup>104</sup> Weißbuch der deutschen Opposition gegen die Hitlerdiktatur. Herausgegeben vom Vorstand der SPD. London 1946.

Schulz, Erich, vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und hingerichtet im Oktober 1940,

Tosch, Wilhelm, vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und hingerichtet im Oktober 1940,

Wagner, Oberst, früher Zollbeamter in Danzig, im Zusammenhang mit dem 20. Juli 1944 Freitod,

Weber, Fritz, Redakteur der „Danziger Volksstimme“, 1944 im KZ Neuen-gamme ermordet,

Wiechmann, Hans, Gewerkschaftssekretär, Arbeitsrichter, Volkstagsabgeordneter, am 25. Mai 1937 in Oliva verhaftet, am 12. Juli 1937 tot aufgefunden,

Wilczewski, Eisenbahner, im KZ umgekommen,

Wohlfeil, katholischer Pfarrer aus Kladau, im KZ umgekommen.

Von einer Anzahl weiterer Danziger ist bekannt, daß sie aus politischen Gründen im Gefängnis oder KZ gewesen sind und der Haft lebend entronnen sind. Dafür sind Zeugen:

Stadtbourat Professor Dr. Docinck, Pfarrer Eichel von St. Johann und seine Frau, Senator a. D. Formell, Rechtsanwalt Friedrich, Volkstagsabgeordneter Rudolf Gamm, Pfarrer Heck von der Lutherkirche, Staatsanwalt Hülff, Volkstagsabgeordnete Anna Kalähne, Amtsgerichtsrat Dr. Kielinger, Volkstagsabgeordneter Lehrer Knaust, Landgerichtsdirektor Kuhn, Senator a. D. Willi Kuntze, Volkstagsabgeordneter Rechtsanwalt Dr. Kurowski, Verwaltungsgerechtdirektor Dr. Meyer-Barkhausen, Pfarrer a. D. Schack-Zoppot, Geistlicher Studienrat Dr. Stachnick, Redakteur Franz Steffen, Pfarrer Walter von der Lutherkirche, Stadtverordneter Ob.-Reg.-Rat Dr. Weber, Volkstagsabgeordneter Rechtsanwalt Weise, Landgerichtsdirektor Dr. Zaehle.

Über die in Danzig ermordeten jüdischen Mitbürger und über die nach der Inbesitznahme Danzigs nach dem 1. September 1939 umgebrachten Polen können Angaben nicht gemacht werden, doch sei außer auf die Arbeit Sodeikats darauf verwiesen, daß Rechtsanwalt Dr. Erwin Lichtenstein-Tel Aviv an einer Dokumentation über das Schicksal der Danziger Juden arbeitet.

## Literaturverzeichnis

- Burckhardt, Carl J.: Meine Danziger Mission 1937—1939. München. 1960 und 1962.
- Denne, Ludwig: Das Danzig-Problem in der deutschen Außenpolitik 1934 bis 1939. Bonn. 1959.
- Dombrowski, Hermann: Erinnerungen aus der Danziger Arbeiterbewegung. In: „Ost- und Mitteldeutscher Heimatbote“ 18. J. Nr. 4, Juli/August 1970.
- Eismann, Werner: Danzig, bist du's noch? In: „Ost- und Mitteldeutscher Heimatbote“ 13. J. Nr. 1/2, Januar/Februar 1965.
- Giere, Gustav: Danzigs Rechtsstellung unter dem Versailler Diktat. Berlin. 1935.
- Gülzow, Gerhard: Kirchenkampf in Danzig 1934—1945. Leer. 1968.
- Hess, Otto: Danzig. Werden und Behauptung einer deutschen Stadt. München. 1940.
- Johannsen, Th.: Gdingen. Danzig. 1928.
- Keyser, Erich: Geschichte der Stadt Danzig. Kitzingen. o. J.
- Klawitter, W.: Die Zukunft Danzigs als Staats- und Wirtschaftsgebilde. Danzig. 1925.
- Leonhardt, Hans, L.: Nazi Conquest of Danzig.
- Lichtenstein, Erwin: Die Juden der Freien Stadt Danzig unter der Herrschaft des Nationalsozialismus 1933—1945. Jerusalem. 1970.
- Lienau, Otto: Die Geschichte der Studentenkompagnie auf dem Hagelsberg zu Danzig. Danzig. 1929.
- Markmann-Thies: Danzig. Leipzig. o. J.
- May, Eitelfriedrich: Das Weißbuch der Freien Stadt Danzig (16 Schreibmaschinenseiten, 1947).
- Moritz, Willy: Stellungnahme zu dem Buch des letzten Hohen Kommissars des Völkerbundes in Danzig Prof. C. J. Burckhardt „Meine Danziger Mission 1937—1939“ (6 Schreibmaschinenseiten o. J.).
- Neumeyer, Heinz: Danzig. Ein Blick auf seine Geschichte, o. J.
- Rauschnig, Hermann: Gespräche mit Hitler. Zürich. 1940.
- Röckh, Otto: Die Wahrheit über Danzig, Der Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes. Wien. 1935.
- Rudolph, Th.: Lehren aus 12 Jahren der Beziehungen Danzigs zu Polen und zum Völkerbund. Danzig 1932.
- Simson, Paul: Geschichte der Stadt Danzig. Danzig. 1913/16.
- Sodeikat, Ernst: Die Verfolgung und der Widerstand der evangelischen Kirche in Danzig von 1933 bis 1945. Stuttgart. 1965.
- „ : Verfolgung und Widerstand der Juden in der Freien Stadt Danzig von 1933 bis 1945. Bulletin des Leo Baeck-Instituts. Nr. 30 August 1965.
- „ : Der Nationalsozialismus und die Danziger Opposition. Stuttgart. 1966.

Sommerfeld, Max: Männer des Widerstandes nach 1933 in Danzig, Zum Gedenken an Willy Moritz. In: Ostdeutscher Heimatbote“, 9. J. Nr. 1 Januar 1961.

„ : Danzig in jenen Tagen. In: „Ost- und Mitteldeutscher Heimatbote“ 15. J. Nr. 5/6, Mai/Juni 1967.

Ziehm, Ernst: Aus meiner politischen Arbeit in Danzig. 1914—1939. Marburg. 1960.

Ohne Verfasser: Staatshandbuch der Freien Stadt Danzig. 1926.

„ : Danziger Statistische Mitteilungen.

„ : Staatsanzeiger für die Freie Stadt Danzig.

„ : Gesetzblatt für die Freie Stadt Danzig.

„ : Grünbücher der Stadt Danzig 1920—1935.

„ : Danziger Schriften für Politik und Wirtschaft 1919—1933.

„ : Zusammenstellung der zwischen der Freien Stadt Danzig und der Republik Polen abgeschlossenen bedeutsamen Verträge, Abkommen und Vereinbarungen 1928—1932. Danzig. 1935.

„ : Der Kampf um die militärischen Rechte der Republik Polen in der Freien Stadt Danzig. Danzig. 1928.

„ : Handbuch des Vereins Arbeiterpresse. Berlin. 1914 und 1927.

„ : „Danziger Neueste Nachrichten“ 41. J. 15./16. 9. 1934.

„ : „Danziger Volksstimme“ in Jahrgängen und Einzelnummern 1918—1935 im „International Instituut voor Sociale Geschiedenis“ Amsterdam, im „Institut für Auslandsbeziehungen“ Stuttgart, im „Archiv der sozialen Demokratie“ der Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn-Bad Godesberg, aus Privatbesitz Hermann Dombrowski-Eckernförde.

„ : „Unser Danzig“, Mitteilungsblatt des Bundes der Danziger ab 1948.

Mündliche und schriftliche Mitteilungen von Erich Brost-Essen, Hermann Dombrowski-Eckernförde, Robert Kalweit-Köln, Dr. Erwin Lichtenstein-Tel Aviv, Briefe Willy Moritz-Neumünster 1946—1950, Franz Osterroth-Lübeck, Frau Wiechmann-Lübeck († 1972).

# Grenzmark Posen - Westpreußen

## *Die Gründung der Grenzmark*

### Die Verwaltungsgliederung

Als nach dem Friedensschluß von Versailles große Teile der Provinz Westpreußen und fast das gesamte Gebiet der Provinz Posen an Polen abgetreten werden mußten, entstand für Preußen die Frage, wie die deutschgebliebenen Reste der alten Verwaltungseinheiten künftig zu gliedern seien. Ein Anschluß auch der westlichen Restteile an den Regierungsbezirk Westpreußen mit dem Verwaltungssitz in Marienwerder wurde erwogen, aber bald fallen gelassen, weil es fast unmöglich gewesen wäre, einen durch den polnischen Korridor zerrissenen Regierungsbezirk zu verwalten.

Eine zweite naheliegende Möglichkeit, das Restgebiet benachbarten Regierungsbezirken zuzulegen, wäre zweifellos die wirtschaftlichste gewesen, wurde aber aus politischen Gründen verworfen. Man entschied sich dafür, aus den westlichen Restgebieten der Provinzen Westpreußen und Posen eine „Grenzmark Posen-Westpreußen“ zu bilden. Die Verwaltungseinheit bildete einen selbständigen Regierungsbezirk, was übrigens nicht ohne Vorbild war, denn seit 1852 bestand der preußisch selbständige Regierungsbezirk Hohenzollern. Mit 7 715 qkm und einer Bevölkerung von rd. 337 600 Einwohnern war der neue Regierungsbezirk erheblich größer als die alten Stralsund oder Aurich.

Man mußte es in Kauf nehmen, daß die Grenzmark sich aus drei nicht zusammenhängenden Gebietsstreifen zusammensetzte, aber einmal konnten so die bei Deutschland verbleibenden Teile der beiden abgetretenen Provinzen selbständige Verwaltungseinheiten bleiben, zum andern bedeutete dies für die unteren Instanzen, die Kreis- und Gemeindebehörden, eine wesentliche Erleichterung, weil das Provinzial- und Kommunalrecht in Posen und Westpreußen in wesentlichen Punkten von dem Brandenburgs, Pommerns und Schlesiens erheblich abwich. Man hätte bei der Angliederung der Kreise an benachbarte Regierungsbezirke neue rechtliche Lösungen schaffen müssen, die nur neue Erschwerungen bereitet hätten.

Die Kreise selbst hatten ohne Ausnahme Teile ihrer Gebiete bei der Grenzziehung verloren oder setzten sich wie der Netzekreis nur aus Restteilen abgetretener Kreise zusammen. Die Kreise Bomst und Fraustadt waren nur mit Bruchteilen ihres einstigen Umfangs bei Deutschland verblieben und konnten kaum noch als lebensfähig gelten.

Die Längenausdehnung der neuen Verwaltungseinheit, der jedes Hinterland oder ein Kerngebiet fehlte, machte eine enge Zusammenarbeit mit dem angrenzenden Ostbrandenburg, namentlich der Neumark, zumal die wirtschaftliche Struktur jenem Raum glich, erforderlich.

Der Provinziallandtag trat abwechselnd in Schneidemühl, auf früher posenschem, und in Obrawalde, früher westpreußischem Gebiet, zusammen, um so die Fortdauer der ehemaligen Provinzen zu dokumentieren. Nicht vergessen

werden darf das Wirken des Landeshauptmanns der Grenzmark Posen-Westpreußen Dr. Johann Caspari. Er wurde am 10. Februar 1888 in Berlin geboren, machte dort 1906 Abitur und studierte unter schwierigsten Bedingungen von 1906 bis 1910 Rechtswissenschaften und Nationalökonomie, mußte aber wegen seiner bedrängten finanziellen Lage auf ein Abschlußexamen verzichten. Im Jahre 1911 eröffnete er ein Repetitorium, nahm 1915 am Kriege teil, konnte 1916 mit einer Dissertation über den Erfüllungstatbestand in Berlin zum Dr. jur promovieren und trat der SPD bei. Caspari wurde Hilfsarbeiter im Vormundschaftsamt der Stadt Berlin, stieg zum stellvertretenden Chef dieser Behörde auf, wobei er seine Tätigkeit als Repetitor bis 1918 täglich nach Dienstschluß ausübte.

Nach der Revolution von 1918 wurde er Vorsitzender des bei der Stadtverwaltung gebildeten Arbeiterrates. Im Frühjahr 1919 übernahm er das Amt des Direktors des Jugendamtes der damals noch selbständigen Stadt Neukölln und wurde 1920 Stadtrat von Brandenburg/Havel, zum Ende des Jahres Bürgermeister jener Stadt. Gleichzeitig wurde er zum kommissarischen Hilfsarbeiter in das Reichsministerium des Inneren berufen und mit den vorbereitenden Arbeiten für das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz betraut.

Caspari gehörte zu den Begründern der Arbeiterwohlfahrt und war Mitglied ihres geschäftsführenden Ausschusses. In Anerkennung seiner Verdienste um diese Organisation erhielt er 1969 die Marie-Juchacz-Plakette.

Im Jahre 1922 wurde er zum Landeshauptmann der Grenzmark Posen-Westpreußen gewählt und war von 1925 bis 1933 Mitglied des Preußischen Staatsrates.

Auf Grund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums wurde er wegen seiner jüdischen Herkunft 1933 ohne Pension aus dem Staatsdienst entlassen. Er emigrierte im Juni 1933 nach Paris, ging im nächsten Jahr nach Prag, wo er enge Freundschaft mit Otto Wels schloß, kehrte aber während der Sudetenkrise nach Paris zurück. Im Jahre 1937 wurde er ausgebürgert.

Im Jahre 1941 gelang es ihm, in die Vereinigten Staaten zu kommen, wo er zunächst als Fabrikarbeiter sein Brot verdienen mußte, bis er 1943 eine Anstellung im Office of Strategic Services erhielt, von der er 1945 in die Division of Biographical Information überwechselte. Im Jahre 1947 bekam er eine Professur für deutsche Sprache an der Howard-Universität in Washington, D. C., die er bis zur Erreichung der Altersgrenze 1953 innehatte. Seinen Ruhestand verlebte er in San Francisco/Kalifornien.

### Die Wirtschafts- und Bevölkerungsstruktur

Die einzige größere Stadt der Grenzmark war Schneidemühl, das 1937 37 518 Einwohner besaß. Dennoch war die Stadt kein Wirtschaftszentrum, weil sie bis 1918 hauptsächlich als Eisenbahnnotenpunkt Bedeutung gewonnen hatte und auch über große Reparaturwerkstätten der Reichsbahn verfügte, die Tausenden von Arbeitern Beschäftigung gaben. Da aber durch die Grenzziehung

die Eisenbahnlinien östlich von Schneidemühl an Polen gefallen waren, wurde der einstige Knotenpunkt zu einem Grenzbahnhof und die Werkstätten standen meist leer. Das Personal wurde stark eingeschränkt, weshalb die Stadt eine sehr hohe Arbeitslosenquote besaß und schon früh gezwungen war, Notstandsarbeiten zu vergeben.

Alle anderen Kreise waren land- und forstwirtschaftlich orientiert und verfügten außer einigen Ziegeleien und Sägewerken über keine nennenswerte Industrie.

Die Landkreise der Grenzmark waren dünn besiedelt, was aber nicht auf eine starke Landflucht zurückzuführen ist, sondern stets der Fall gewesen ist. Vergleicht man die Bevölkerungsentwicklung der Provinzen Brandenburg und Pommern pro qkm mit der in den Kreisen, die später zur Grenzmark gehörten, so ergibt sich für die Jahre 1816 bis 1933 folgendes Bild<sup>1</sup>:

Jahr	Brandenburg	Pommern	Grenzmark
1816	27,2	22,6	17,7
1871	49,5	47,3	36,5
1933	69,8	63,5	43,8

Die durchschnittliche Bevölkerungsdichte des Deutschen Reiches betrug 1933 140,3 und Preußens 136,4<sup>2</sup>.

Ein erheblicher Teil des Menschenüberschusses der Grenzmark wanderte im 19. Jahrhundert ab, namentlich nach Berlin, das bei seiner stürmischen Entwicklung magnetisch Arbeitskräfte anzog. Am stärksten betroffen waren die Kreise Bomm, Flatow und Schwerin<sup>3</sup>.

Wer blieb, hielt aber der Heimat die Treue. In den Jahren von 1910 bis 1933 nahm die Bevölkerung in der Grenzmark um 8,9 v. H. zu, mehr als in den benachbarten Regierungsbezirken Frankfurt/O., wo die Vergleichszahl nur 6,3 und in Liegnitz, wo sie 7,1 betragen. Etwas stärker war die Zahl im Bezirk Köslin mit 10,3 v. H. Die Wanderbewegung war zum Stillstand gekommen<sup>4</sup>.

In der landwirtschaftlichen Struktur herrschte der bäuerliche Familienbetrieb vor. Die gesamte Grenzmark gehörte zu den Gebieten, die 1772 mit der Erwerbung Westpreußens und des Netzedistriktes zu Preußen gekommen und von Friedrich dem Großen systematisch mit kleinbäuerlichen Familienbetrieben angesiedelt worden waren. Es entfielen 5,5 v. H. der landwirtschaftlich genutzten Bodenfläche auf Betriebe bis fünf ha Größe. Sie waren als Nebenerwerb für diejenigen gedacht, die bei Kolonisten, der Forst oder auf den Domänen als Arbeitnehmer tätig waren. Auf Betriebe bis 20 ha Größe entfielen 26,3 v. H. der Bodenfläche, auf solche bis 50 ha 18,7 v. H., auf solche bis 100 ha 15,2 v. H.

<sup>1</sup> Bezogen auf die Größe der Provinzen am 1. Januar 1934.

<sup>2</sup> Statistik des Deutschen Reiches nach der Bevölkerungszählung von 1933. Berlin 1935, Bd. 451, 1, S. 54.

<sup>3</sup> Rogmann, Heinz: Die Bevölkerungsentwicklung im preußischen Osten in den letzten hundert Jahren. Berlin 1937, S. 30.

<sup>4</sup> Rogmann, S. 20.

Die aus statistischen Gründen erfolgte Einteilung in Größenklassen besagt in der Grenzmark nichts, denn die Größe der Kolonistenstellen richtete sich nach der Bodenqualität, und die preußische Regierung mußte gleichwertige Siedlerhöfe vergeben, wenn sie Bauern gewinnen wollte. Selbst die Betriebe über 100 ha Größe, die 29,8 v. H. der Bodenfläche bewirtschafteten, können nur zu einem Teil als Großbetriebe angesprochen werden <sup>5</sup>.

Getreide und Kartoffeln spielten eine große Rolle im Feldbau neben Futterpflanzen, während Zuckerrüben nur auf den besseren Böden gediehen. Schon früh hatte sich eine starke Gänsemast entwickelt, die namentlich die kleinen Betriebe rentabel machte.

Die systematische Aufsiedlung des Gebietes mit Kleinbauern hatte zu einer Entwicklung geführt, die sich bereits in den letzten Jahren des 18. Jahrhunderts herausbildete, zum „Landsberger Schnitter“. Bauern der Neumark zogen ins Brandenburgische oder auch nach Pommern und mähten auf den großen Gütern das Getreide <sup>6</sup>. Ihnen schlossen sich auch aus den Kreisen der späteren Grenzmark Saisonarbeiter an. Zwischen 1925 und 1933 ging aber die Zahl der Schnitter ständig zurück, weil die Mähmaschinen sie überflüssig machten <sup>7</sup>.

Eine andere Saisonarbeit, die für die Grenzmärker früher eine Rolle gespielt hatte, fiel der Wirtschaftskrise zum Opfer, die Verdingung als Bauhilfsarbeiter in Berlin <sup>8</sup>.

### *Die Arbeiterbewegung*

#### Die Anfänge der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen

Vor dem Ersten Weltkriege war Schneidemühl mit seiner starken Arbeiterbevölkerung das Zentrum der gewerkschaftlichen Tätigkeit. Die Beschäftigten der Eisenbahn waren bereits gut organisiert und hatten auch einen eigenen Sekretär. Dort und in Meseritz, Schlochau, Schwerin, Bomst und Fraustadt gab es auch Gewerkschaften der Bau- und Ziegeleiarbeiter. Da im westlichsten Teil Westpreußens auch Tabak angebaut wurde, konnte die Gewerkschaft der Tabakarbeiter eine Reihe von Mitgliedern gewinnen, da die Veredelung des Rohtabaks weitgehend in Heimarbeit vergeben wurde.

Nachdem die Landarbeiter das Koalitionsrecht bekommen hatten, gelang es, in den Landkreisen für sie gewerkschaftliche Gruppen zu bilden. Selbstverständlich gehörten alle derartigen Orts- und Kreisgruppen den Provinzialverbänden von Westpreußen oder Posen an.

Für die Sozialdemokratische Partei bestand ein größeres Arbeitsfeld nur in Schneidemühl. Dort gab es vor 1914 einen Kreisverband, dessen Redner auch die umliegenden Kreise betreuten.

---

<sup>5</sup> Könekamp, Alfred Heinrich: Die preußischen landwirtschaftlichen Versuchs- und Forschungsanstalten Landsberg/Warthe. Würzburg 1968.

<sup>6</sup> ebenda, S. 3 ff. und 39 ff.

<sup>7</sup> Statistik des Deutschen Reiches, Band 423, Berlin 1933, S. 101/102.

<sup>8</sup> Rogmann, S. 117.

## Die Entwicklung der Gewerkschaften bis 1933

Nach dem Friedensschluß galt es zunächst einmal, die Reste der Gewerkschaftsorganisationen Westpreußens und Posens zusammenzufassen. Gegen Ende des Jahres 1921 gab es in der Grenzmark acht Ortsausschüsse mit 71 Gewerkschaften, die insgesamt über 7 517 Mitglieder verfügten <sup>8\*</sup>.

Eine große Aufgabe war 1920 zu bewältigen, als in kurzer Zeit die deutschen Beamten das an Polen abgetretene Korridorgebiet räumen mußten. Schneidemühl wurde zum Sammelpunkt der Eisenbahner, die hier auch von ihrer Gewerkschaft betreut wurden, bis sie nach dem Inneren Deutschlands weiterfahren konnten <sup>9</sup>.

Von 1919 an mußten mehrere Kasernen und die ehemalige Zeppelinhalle als Aufnahmelager für die deutschen Optanten aus Westpreußen und Posen dienen. Auch hier beteiligte sich die Sozialdemokratische Partei an der Betreuung der Vertriebenen <sup>10</sup>. In der Grenzmark ließen sich 26 024 Optanten nieder, was für den Verwaltungsbezirk schwere Aufgaben mit sich brachte, namentlich das Problem der Arbeitsbeschaffung machte in den Jahren der Wirtschaftskrise große Schwierigkeiten <sup>11</sup>.

Im Jahre 1927 gab es im Regierungsbezirk Schneidemühl fünf hauptamtliche Gewerkschaftssekretäre, von denen vier in der Bezirkshauptstadt und einer in Meseritz tätig waren.

Das Arbeitersekretariat leitete Adolf Beeskow, der auch den ADGB vertrat, Gewerkschaftssekretär der Maurer war Willy Hoffmann, Geschäftsführer des Schneidemühler Gewerkschaftshauses, Friedrichstraße 23, war Hermann Donig. Der Sekretär der Landarbeitergewerkschaft, Karl Schippa, hatte in Meseritz seinen Sitz <sup>12</sup>. In ehrenamtlichen Stellungen betätigten sich für die Arbeiterjugend Herbert Stolz und für den Arbeitersport Paul Rinnert.

Es ist interessant festzustellen, daß aus den beiden großen Berufsgruppen, die die Hauptmasse der Saisonarbeiter stellten, den Landarbeitern und Maurern, so viele Gewerkschaftsmitglieder gewonnen werden konnten, daß die Anstellung eigener Sekretäre möglich war.

Eine Sonderentwicklung, deren Hintergründe nicht mehr zu klären sind, machte die Gewerkschaft der Eisenbahner und Lokomotivführer durch. Als im März 1922 die Inflation krassere Formen annahm, war eine schnelle Anpassung der Löhne und Gehälter an die schwindende Kaufkraft der Mark unerlässlich. Bei den Lohnkämpfen, die vom Februar 1922 an einsetzten, waren stets die Schneidemühler Eisenbahner die Wortführer. Wenn sie Lohnerhöhungen for-

<sup>8\*</sup> Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, 32. Jg. Berlin 1922, Aufsatz „Die Ortsausschüsse des ADGB im Jahre 1921“.

<sup>9</sup> „Göttinger Tageblatt“, Juli-August 1920 passim.

<sup>10</sup> ebenda, laufende Berichterstattung 1919.

<sup>11</sup> Rogmann, S. 108.

<sup>12</sup> Handbuch des Vereins Arbeiterpresse, 4. Jg., Berlin 1927.

dernten, zogen die in den Bereichen der Reichsbahndirektionen Stettin, Frankfurt/O., Breslau und Oppeln arbeitenden Eisenbahnergewerkschaften sofort nach<sup>13</sup>. Viel von dieser Entwicklung mag beigetragen haben, daß der Grenzbahnhof Schneidemühl durch die politische und wirtschaftliche Situation besonders krisenempfindlich geworden war, allein erklärt dies die führende Rolle der dortigen Eisenbahnergewerkschaft nicht.

### Die politische Arbeit

Die Sozialdemokraten hatten es in der Grenzmark nicht leicht. Die stärkste Partei war die Deutschnationale Volkspartei. Das Zentrum blieb schwächer, aber dennoch beachtlich, zumal es sich auf einen festen Wählerstamm stützen konnte, der ihm bis 1933 die Treue hielt. Die Sozialdemokraten lagen in den Wahlen knapp unter den Ergebnissen des Zentrums. Die Deutsche Volkspartei war Jahre hindurch ein nicht unbeachtlicher Faktor auf der kommunalen und provinziellen Ebene, bis sie in den letzten Wahlen zerrieben wurde.

Zeitweise spielte die deutschvölkische Freiheitsbewegung eine nicht unbedeutende Rolle. Sie wurde aber genauso zerrieben, wie die Wirtschaftspartei. Die erstgenannte Partei ging in der deutsch-sozialen Partei auf, die Ende der zwanziger Jahre ihre Wähler verlor. Auch die Demokraten und die aus ihnen hervorgegangene Staatspartei hatten in der Grenzmark nur geringe Wahlchancen.

Die Kommunisten traten zwar bei den Wahlen zum Provinziallandtag an, konnten aber keine Mandate erringen.

Im Jahre 1923 waren im Provinziallandtag vertreten: die Deutschnationalen mit zwölf, das Zentrum mit sieben, die Sozialdemokraten mit sechs, die Deutsche Volkspartei mit drei, die Demokraten mit einem und die Wirtschaftsliste mit einem Abgeordneten. Für die SPD waren gewählt worden: Zimmermann Beckmann-Flatow, Konsumverwalter Bocksdorf-Schwerin a. d. W., Gauleiter Koch-Schneidemühl, Gastwirt Mark-Fraustadt, Stadtrat Rösler-Schneidemühl und Parteisekretär Steinbrecher-Meseritz.

In der nächsten Legislaturperiode des Provinziallandtages hatten sich mehrere bürgerliche Parteien zu Listenverbindungen entschlossen. Im Parlament waren vertreten vom Nationalen Block elf, vom Zentrum neun, von der Sozialdemokratie sechs und vom Block „Mittelstand in Stadt und Land“ vier Abgeordnete. Für die Sozialdemokraten waren eingezogen der Zimmerpolier Beckmann-Flatow, Parteisekretär Meier-Schneidemühl, Lehrer Rösler-Schneidemühl, Hausmeister Semrau-Pillowbrück/Kr. Deutsch Krone, Landwirt Stegemann-Richmar/Kr. Schlochau und Reichsbahn-Hilfsbetriebsassistent Strach-Kreuz a. d. Ostbahn.

Bei den Wahlen zum Preussischen Landtag und zum Reichstag stießen fast alle Parteien auf Schwierigkeiten, in der Grenzmark geeignete Kandidaten zu

---

<sup>13</sup> „Göttinger Tageblatt“. 1.—12. Februar 1922.

finden. Es kandidierten fast durchweg Berliner. Stark wirkte sich in dem engen politischen Raume des Regierungsbezirks die Zersplitterung der Parteien aus. Die Sozialdemokraten konnten sich wie die Deutschnationalen und das Zentrum auf einen festen Wählerstamm stützen, während die kleineren Parteien des bürgerlichen Lagers immer wieder neue Fusionen und Listenverbindungen eingingen, um so eine Kraft im politischen Felde zu bleiben.

Auch die Kommunisten waren bei den Reichstags- und Landtagswahlen mit Berliner Kandidaten vertreten. Während die Sozialdemokraten mit Splittergruppen wie der USPD, der SAP und den Alten Sozialdemokraten sich auseinanderzusetzen hatten, spalteten sich von der KPD die Linken Komunisten ab.

Unter den Sozialdemokraten, die im Regierungsbezirk Schneidemühl kandidierten, befanden sich so namhafte Persönlichkeiten wie Ernst Heilmann, der SPD-Fraktionsvorsitzender im Preussischen Landtag wurde, und Hedwig Wachenheim, die in der Zeit ihrer Emigration in Amerika das Buch „Die deutsche Arbeiterbewegung 1844—1914“ schrieb.

Im Reichstag vertraten prominente Abgeordnete der SPD die Grenzmark, nämlich Schumann, Kotke, Heilmann und der letzte Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokraten, Otto Wels. Die Kommunisten schickten 1924 den Berliner Metallarbeiter Müller in den Reichstag, 1928 den Parteivorsitzenden Thälmann.

Das Zentrum konnte dagegen Einheimische in den Reichstag entsenden, zunächst Oberregierungsrat Buchholz, später Studienrat Warnke, beide aus Schneidemühl. Die Deutschnationalen vertrat zunächst Minister von Keudell-Hohenlühbichau, später der Landwirt Wege aus Follstein im Netzekreis.

Zweier Frauengestalten muß noch gedacht werden, die aus dem neumärkischen Landsberg a. d. Warthe stammten und in der caritativen Arbeit sowie als Parlamentarierinnen Jahre hindurch eine bedeutende Rolle gespielt haben. Es waren dies die beiden Töchter eines Landsberger Zimmermanns Gohlke, die 1879 geborene Marie Juchacz (gest. 1956) und ihre 1888 geborene Schwester Elisabeth Röhl (gest. 1930). Beide haben in Landsberg schwere Jugendzeiten als Dienstmädchen, Fabrikarbeiterin, Krankenwärterin und Näherin verbracht, ehe nach dem 1905 zunächst nach Berlin, dann nach Köln erfolgten Wegzug ein ungewöhnlicher Aufstieg begann. Beide haben der Nationalversammlung 1919/20 angehört; Marie Juchacz ununterbrochen dem Reichstag bis 1933, Elisabeth Röhl (später verheiratete Kirschmann) dem preussischen Landtag. Marie Juchacz hat sich einen ehrenvollen Namen als Schöpferin der Arbeiterwohlfahrt gemacht.

Aus dieser Einrichtung hat auch die Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen Nutzen gezogen, als nach 1919 in Schneidemühl Aufnahme- und Betreuungslager für die aus Posen und Westpreußen geflüchteten, später von den Polen ausgesiedelten Menschen eingerichtet werden mußten.

Die nachfolgende Tabelle enthält Angaben über die Ergebnisse der Reichstagswahlen vom 4. Mai und 7. Dezember 1924 und der vom 20. Mai 1928:

Kreis	Wahltermin	DNVP	Deutsch-Völk. Bever.	DVP	Z	DDP	SPD	KPD	USPD u. Soz. Bund	Wirtschafspartei	Deutsch-soziale Partei	K eine soz. Parteien	Sonstige
Schlochau	4. 5. 1924	8 889	3 673	1 200	8 085	488	2 451	848	108	101	143	—	375
"	7. 12. 1924	8 906	2 061	1 814	7 977	603	4 246	636	33	84	97	—	25
"	20. 5. 1928	6 820	294	1 179	7 087	604	5 210	703	—	1 544	—	313	707
Flatow	4. 5. 1924	7 606	3 436	754	1 813	334	1 766	175	98	40	190	—	3 660
"	7. 12. 1924	7 142	2 625	1 143	2 011	432	2 706	314	65	38	85	—	3 146
"	20. 5. 1928	6 359	88	866	1 929	570	3 725	213	—	439	—	221	4 777
Deutsch Krone	4. 5. 1924	10 726	3 046	1 457	11 697	492	3 955	692	163	124	262	—	451
"	7. 12. 1924	10 704	1 839	2 060	11 722	616	4 321	1 865	61	67	81	—	13
"	20. 5. 1928	9 571	94	1 560	10 158	828	5 877	1 713	—	174	—	420	782
Schwerin													
a. d. Warthe	4. 5. 1924	3 762	202	744	4 129	222	1 381	266	44	71	122	—	262
"	7. 12. 1924	3 403	199	969	4 206	239	2 190	167	12	40	40	—	43
"	20. 5. 1928	2 634	52	736	3 822	296	2 552	206	—	154	—	354	207
Meseritz	4. 5. 1924	7 432	471	990	4 438	542	1 758	276	53	61	129	—	1 009
"	7. 12. 1924	6 506	577	1 388	4 523	672	2 890	209	28	43	68	—	692
"	20. 5. 1928	6 104	67	1 026	4 225	653	3 602	396	—	102	—	303	1 232
Bomst	4. 5. 1924	2 587	49	622	1 100	133	470	113	28	129	32	—	1 132
"	7. 12. 1924	2 482	55	631	1 197	202	715	76	27	161	9	—	920
"	20. 5. 1928	1 205	63	445	1 248	204	712	48	—	59	—	987	915
Fraustadt	4. 5. 1924	4 973	97	627	3 149	332	895	402	47	152	72	—	134
"	7. 12. 1924	4 989	47	678	3 233	376	1 001	508	20	94	55	—	43
"	20. 5. 1928	4 000	33	616	3 205	305	1 612	134	—	188	—	181	145
Stadtkreis Schneidemühl	4. 5. 1924	3 455	5 186	1 247	3 809	677	1 836	1 690	83	102	203	—	480
"	7. 12. 1924	4 240	4 069	1 227	3 791	813	2 697	1 911	37	45	70	—	173
"	20. 5. 1928	4 990	246	1 708	4 370	1 009	4 223	1 885	—	194	—	83	1 669
Netzkreis (Kreis und Schneidemühl)	4. 5. 1924	7 995	6 356	601	2 682	466	1 092	801	97	80	127	—	320
"	7. 12. 1924	8 930	4 107	1 061	2 639	607	1 886	757	41	65	65	—	16
"	20. 5. 1928	8 392	116	950	2 441	947	3 486	552	—	294	—	350	1 552

## Die Arbeiterpresse

Das Gebiet der Grenzmark war von eh und je für die Presse schwierig zu erfassen. Es gab Kreisblätter, die durchweg im bürgerlichen Lager standen und eine recht gute überregionale Generalanzeigerpresse.

Die Arbeiterbewegung war dagegen auf Berliner Zeitungen angewiesen. Die in Königsberg oder Breslau erscheinenden fanden hier naturgemäß wenig Interesse.

Die Sozialdemokraten ließen deshalb die „Märkische Volksstimme“, ihr Zeitungsorgan für die Provinz Brandenburg, mit Kopfblättern in den Regierungsbezirken Frankfurt/Oder und Schneidemühl erscheinen, wobei Nachrichten, die diese Gebiete betrafen, besondere Berücksichtigung fanden.

Im Jahre 1919 existierte für kurze Zeit ein „Schweriner Volksblatt, Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung“, das für Landsberg a. d. W. wie für Schwerin a. d. W. gedacht war. Von 1919 bis 1922 hat ein „Freier Volkswille“, später nur „Volkswille“ titulierte, als Organ der USPD für Frankfurt/Oder, Schneidemühl, Guben, Lübben, Landsberg a. d. W. usw. bestanden. Dann hat sich aber der in Frankfurt/Oder herausgegebene „Volksfreund“ als sozialdemokratische Tageszeitung durchgesetzt, dessen Auflage in die Nähe von 10 000 kam. Diese Zeitung brachte als Kopfblatt eine „Schwiebuser Grenzzeitung“ heraus. Der „Volksfreund“ hat mit seinen Kopfblättern bis 1933 bestanden.

Wie andernorts waren die Kommunisten besonders erfinderisch in der Herausgabe von Zeitungen, die in Berlin, in Brandenburg oder Frankfurt/Oder hergestellt wurden und nach Verboten oft den Zeitungskopf wechselten. Für die Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen konnten folgende Blätter festgestellt werden: 1925 „Roter Weckruf“, 1926—1933 „Der Arbeitslose, Organ der Erwerbslosenausschüsse“, der von Berlin aus das ganze östliche Deutschland erreichte und ausdrücklich auch diese Provinz in sein Verbreitungsgebiet einbezog. 1926—1930 kam außerdem ein „Volksecho für das werktätige Volk der Provinz Brandenburg, Grenzmark, Lausitz“ heraus, das zeitweise als „Stimme der Werktätigen“ firmierte und als Feuilleton die Beilagen „Der rote Stern“ oder „Aus Haus, Hof, Feld und Garten“ führte. 1927 kamen eine „Dorfzeitung für das werktätige Landvolk“ und 1930 der „Pionier“ für Bauarbeiter und verwandte Berufe heraus.

Die SPD hat als spezielle „Mitteilungen des Bezirks Brandenburg-Grenzmark“ von 1901—1933 die „Brandenburgische Wacht“ erscheinen lassen, die von 1929 im Untertitel für „Gau Mark Brandenburg und Pommern und Grenzmark Posen-Westpreußen“ firmierte.

## Literaturverzeichnis

- Becker, P.: Die Grenzmark Posen = Westpreußen. Eine geschichtliche Studie. In Ostdeutsche Monatshefte, Jahrg. 5, 1924.
- Bloch, Erich: Der Atlas der deutschen Volkskunde in der Grenzmark Posen = Westpreußen in: Grenzmärkische Heimatblätter. Schneidemühl 1928.
- Bülow, von: 10 Jahre Aufbau Grenzmark Posen = Westpreußen. In Ostdeutsche Monatshefte, Jahrg. 10. 1929/30.
- Gleitze, Bruno: Ostdeutsche Wirtschaft. 1956. S. 149.
- Harnier, von, Alexander: Beitrag zur Geschichte des deutschen Großgrundbesitzes im Lande der Netze und Warthe. Essen 1971.
- Könekamp, Alfred Heinrich: Die preußischen landwirtschaftlichen Versuchs- und Forschungsanstalten. Landsberg/Warthe. Würzburg 1968.
- Koerber, von, Hans Joachim: Die Bevölkerungsverhältnisse im Raum Ostbrandenburg/Grenzmark vor 1945. S. 3 ff. In: Die preußischen landwirtschaftlichen Versuchs- und Forschungsanstalten. Landsberg/W. Würzburg 1968.
- Lüdtke, Fr.: Grenzmark Posen-Westpreußen. Eine Heimatkunde. Leipzig 1927.
- Mollenhauer, J.: Wirtschafts- und bevölkerungsgeographische Verhältnisse der nördlichen Grenzmark. Greifswald 1935.
- Rhode, Gotthold: Das Deutschtum in Posen und Pommerellen. In: Die deutschen Ostgebiete zur Zeit der Weimarer Republik. Köln 1966. S. 88 ff.
- Schleinitz, Helmut: Die Verteilung und Dichte der Bevölkerung in der südlichen Grenzmark im Jahre 1933. In: Grenzmärkische Heimatblätter. Schneidemühl 1938.
- Schmid, Bernhard: Das Bauernhaus der nördlichen Grenzmark. Schneidemühl 1938.
- Schmitz = Frase: Landeskunde der Grenzmark Posen = Westpreußen. Breslau 1929.
- o. V.: Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes 1918—1923. Berlin.
- „ : Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Preußen. Herausgeg. vom Preußischen Statistischen Landesamt. 1920—1930.
- „ : Statistik des Deutschen Reiches. Berlin 1913—1933. Bd. 250, 315, 451, 452, 559.
- „ : Gewerkschafts-Zeitung, Organ des ADGB. 34. Jahrg. 1924 — 41. Jahrg. 1931. Berlin.
- „ : Ostdeutsche Monatshefte. 2. Sonderausgabe Grenzmark Posen-Westpreußen. 1926.
- „ : Grenzmark Posen-Westpreußen. Gebiet und Bevölkerung — Verwaltungsverhältnisse. In: Das mitteleuropäische Grenz- und Auslandsdeutschtum. Berlin 1929.
- Ferner Mitteilungen von Oberregierungs- und Schulrat Otto Schrank aus Schönlanke.